

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verlagsdirektor: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 14. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verlagsdirektor: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 2,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 23 Pf. frei ins Haus.
Einzelnr. 6 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
abonnement: 1,10 Mk. pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
3 Pf. für das übrige Ausland
8 Pf. pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Kolonial-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schul-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Insertale für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Kolonialpolitik.

Die Ausgaben für unsere Kolonien betragen für das Jahr 1906 rund 132 Millionen Mark, einer Ausgabe, der nur Einnahmen in der Höhe von rund 11 Millionen Mark gegenüberstehen! Dabei hat der gutunterrichtete Herr Erzberger bereits die Vermutung ausgesprochen, daß dem Reichszuge unmitttelbar nach seinem Wiederzusammentritt abermals eine Kolonialforderung in der Höhe von 100 Millionen Mark präsentiert werden dürfte!

Bis zum Jahre 1904, also innerhalb der zwanzig Jahre, seitdem wir Kolonien besitzen, betrug die ganze Ausfuhr Deutschlands nach den Kolonien 318 Millionen Mark, während das Deutsche Reich in dieser Zeitperiode für diese Kolonien Ausgaben in Höhe von 750 Millionen Mark machte! Die angeblich wirtschaftlich „zukunftsreichste“ unserer Kolonien, Kiautschou, ein Fleckchen Erde von 9 Quadratmeilen Größe, hat uns einschließlich der Ausgaben für den China-Kreuzzug bereits 360 Millionen gekostet, während sich die Ausfuhr Deutschlands nach diesem „Platz an der Sonne“ im Jahre 1905 auf ganze 8 Millionen belief!

Wie mit Kiautschou steht es mit allen Kolonien. Die Gesamtausfuhr Deutschlands nach seinen Kolonien hatte im Jahre 1905 einen Wert von 45 Millionen Mark, also gerade den dritten Teil der Summe, die das Reich in jedem der letzten drei Jahre an barem Gelde für diese herrlichen Kolonien aufwenden mußte! Und da die Gesamtausfuhr Deutschlands im Jahre 1905 einen Wert von 5841 Millionen hatte, beträgt der deutsche Export nach seinen glorreichen Kolonien gerade den 130. Teil der deutschen Gesamtausfuhr!

Deutsch-Südwestafrika hat uns bisher nicht weniger als 400 Millionen gekostet. Wenn die Pläne, auch nach Beendigung des Krieges noch eine Schutztruppe in Stärke von 7000 Mann zurückzulassen, ausgeführt werden, werden binnen weiteren zehn Jahren weitere 400 Millionen dazukommen! Dabei ist ganz Südwestafrika eine ungeheure Einöde. Selbst Herr Mohr bach berechnete die Zahl der überhaupt anfänglich zu machenden Ansiedler nur auf 20 000 Familien, wobei er von der Annahme ausging, daß jede Familie eines Areal von 10 000 Hektar zu erfolgreicher Viehzucht benötige. Aber diese Schätzungen Mohr bachs sind noch viel zu optimistisch. Erklärte doch kürzlich ein Landesföndiger in den gewiß unverdächtigen „Windhuker Nachrichten“, daß für den Süden der Kolonie 10 000 Hektar für die Existenz einer Farm viel zu wenig seien. 20 000 Hektar seien „als Durchschnittsgröße das mindeste“. So wisse er aus Erfahrung, daß ein Farmer bei einem Gelände von 10 000 Hektar 100 Stück Kleinvieh eben nur kümmerlich durchgebracht habe, fünf Kühe hätten auf einen fremden Platz gegeben werden müssen, das einzige Pferd sei verhungert! Einem anderen Farmer mit 18 000 Hektar seien von 150 Stück Rindvieh 46 Stück eingegangen. Einem dritten sei bei 56 000 Hektar von 400 Stück Großvieh die Hälfte verhungert! Und das auf einem Areal von 560 Quadratkilometer, einem Gebiete also, das doppelt so groß ist, wie das ganze Fürstentum Schaumburg-Lippe! Dies war allerdings während einer Periode der Dürre der Fall. Aber der Verfasser erklärt: „Diese Dürreperioden sind stehende Faktoren, mit denen man rechnen muß. Beseitigen lassen sie sich nicht, das einzige wirksame Mittel ist ausreichende Jubemessung des Weidelandes.“ Und für eine solche Wüstenei sind bis jetzt bereits 400 Millionen Mark zum Fenster hinausgeworfen worden, sollen im nächsten Jahrzehnt weitere 400 Millionen Steuergeldern verpulvert werden!

Auch Freisinn und Zentrum haben an dieser aberwitzigen Kolonialwirtschaft schärfste Kritik geübt. Aber eine Verweigerung der Mittel, diese Kolonialpolitik fortzuführen, eine prinzipielle Verneinung dieser sinnlosen Verschwendungspolitik darf man deshalb von diesen Parteien noch lange nicht erwarten. Trotz des Wütens des Herrn Erzberger wird das Zentrum auch die neuen 100 Millionen für Südwestafrika bewilligen! Und Freisinn und Zentrum werden nach der Verabschiedung des Kolonialprinzips und der Berufung des Herrn Dernburg auch sicher für das unabhängige Reichskolonialamt stimmen, das sie vor einigen Monaten noch so heroisch abgelehnt haben!

Man wird diesen täglichen Umsatzen damit begründen, daß die neue Kolonialverwaltung bei ihrer bekannten Rücksichtslosigkeit ja die Gewähr dafür biete, daß sie mit dem bisherigen bürokratischen Regiment und der damit verbundenen Kolonialkorruption gründlich aufräumen werde. Dadurch würden auch die Bedingungen für ein besseres wirtschaftliches Gedeihen gegeben sein. Wenn an die Stelle der bürokratischen Engergigkeit und Plegementierungslust der kaufmännische Wagemut trete, werde die jetzige wirtschaftliche Stagnation einer wachsenden kolonialen Prosperität Platz machen.

Wir fürchten sehr, daß diese Illusionen sich nicht erfüllen werden. Für das wirtschaftliche Gedeihen unserer Kolonien fehlen alle ökonomischen Vorbedingungen. Südwestafrika wird, sofern nicht die W i n t e r e n o r m e unterirdische Wasser-

reservoirs und Diamantlager erschließt, allezeit eine wertlose Sand- und Felsenwüste bleiben. In Kiautschou wird sich der deutsche Handel infolge der übermächtigen japanischen Konkurrenz niemals zu entwickeln vermögen. Aber auch unsere tropischen Kolonien werden niemals durch Produktion von Baumwolle, Kaffee, Tabak, Kautschuk usw. auf dem Weltmarkte eine irgend erhebliche Rolle zu spielen vermögen. Aber selbst angenommen, diese Kolonien hätten eine gewisse Zukunft — wäre diese treibhausmäßige Kolonialwirtschaft nicht viel zu teuer erkauft durch die enormen Zuschüsse, die das Deutsche Reich für sie geleistet hat und in Zukunft erst recht wird leisten müssen?!

Unsere Kolonialenthusiasten halten freilich die Auspöpelung der Kolonien auf Kosten der Gesamtheit für etwas ganz Natürliches und Selbstverständliches. So heißt es in einem Artikel im „Ansiedler-Freund“, einer Beilage der „Ufambara-Post“, daß ja auch England selbst heute noch für den Kolonialdienst in seinen neueren Kolonien jährlich 240 Millionen Mark opfere. Und Frankreich, das für Algier nicht weniger als 5000 Millionen Franc geopfert habe, leiste noch heute für diese Kolonie einen jährlichen Zuschuß von 75 Millionen Franc. Das ist auch ganz richtig. In Wirklichkeit stellen selbst für England und Frankreich die Kolonien volkswirtschaftlich ein zweifelhaftes Geschäft dar, ein, wie wir schon früher ziffernmäßig nachgewiesen haben, sogar noch viel schlechteres Geschäft, als es die von dem Kolonialblatt angegebenen lächerlichen Zahlen charakterisieren.

Die Berufung Dernburgs und die Selbständigmachung des Kolonialamts wird todsicher nur ein Ergebnis haben: das enorme Wachstum unserer Kolonialausgaben. Die Eisenbahnen, die das private Kapital zu bauen sich hütet, werden künftig auf Staatskosten gebaut werden. Zugleich wird man neue Landstraßen bauen, zahlreiche neue Stationen anlegen und zu deren Besetzung die Schutztruppen überall erheblich vermehren. Das alles wird ungezählte Millionen kosten. Und mit der durch diese künstlichen Mittel ermöglichten wirtschaftlichen Exploitation der Kolonien wird sich der auf die Eingeborenen ausgeübte Druck mehren. Die Eingeborenen-mißhandlungen werden sich häufen. Unter der Zahl der Kolonialbesten befinden sich ja nicht nur Beamte und Schutztruppenoffiziere, sondern auch manche Vertreter der Kaufmannschaft und der Faktoreien. Die Eingeborenen sollen ja zur Zwangsarbeit gezwungen werden! Heißt es doch selbst in dem „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ unter dem Kapitel „Kolonien und Kolonialwirtschaft“: „Mit Rücksicht auf die große Entfernung der Absatzmärkte von den kolonialen Produktionsgebieten müssen die Kolonialprodukte auch billig, also die Arbeitslöhne niedrig sein. Es läßt sich deshalb nicht leugnen, daß die Kolonialwirtschaft als solche zur Zwangsarbeit hindrängt.“ In dem schon erwähnten „Ansiedler-Freund“ wird denn auch neben der Annektion des bisherigen Gemeindefeldes Einführung von Frondiensten gefordert. Speziell bei der Kautschukproduktion müßten die Eingeborenen in den Dienst der Plantagenkultur gezwungen werden. Bei der Eingeborenenkultur würden sich die Eingeborenen mit dem Anpflanzen und jährlichen Zapfen von 60 Bäumen, das ihnen ihre Existenz garantiere, begnügen. Bei der Plantagenkultur müßten sie aber, um das gleiche Einkommen zu erwerben, fünfmal soviel Arbeit leisten! Das Blatt verhehlt sich allerdings nicht, daß ein solches Verslavungssystem böses Blut sehen müsse:

„Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß unsere träge Bevölkerung, deren Gemütskraft nur da aufhört, wo energische und andauernde Arbeit verlangt wird, sich dagegen alsbald erheben würde, bald hier, bald dort und immer wieder von neuem: ein Zustand chronischer Rebellion würde eintreten, der natürlich der Skulpturarbeit nicht günstig ist und bedeutende Mittel für die militärische Reaktionierung verschlingen würde.“

Man sieht also, die Abkehr vom Bürokratismus und die kapitalistische Forcierung der Kolonialexploitation würde uns nur vom Regen in die Traufe bringen! Daß die „kaufmännisch“ betriebene Kolonialwirtschaft die koloniale Wirtschaft nur potenziert, bewies ja hinlänglich die Tätigkeit der Ditschischen Compagnie in Indien. Kein Geringerer als Macaulay urteilte darüber:

„In Kalkutta wurden unermessliche Vermögen rasch zusammengehäuft, während 30 Millionen menschlicher Wesen bis auf die äußerste Stufe des Elends herabgedrückt wurden. Sie waren daran gewöhnt, unter der Herrschaft von Tyrannen zu leben, aber niemals hatten sie eine Tyrannie erfahren wie diese.“

Und Herbert Spencer, der als Engländer ja das nicht bürokratische englische Kolonialsystem sehr genau kannte, nannte die Kolonialpolitik gleichwohl eine „Verteileriebung, eine organisierte Mäuererei“. Auch Genosse van Kol, selbst langjähriger Kolonialbeamter und einer der besten Kenner der nicht bürokratischen, sondern kaufmännisch geleiteten holländischen Kolonialpolitik, urteilt: „Die Kolonialgeschichte aller Länder ist nur ein einziger riesenhafter Diebstahl mit einem Gefolge von Greuel und Grausamkeit.“

Und da wollen uns naive Leute erzählen, daß die Herr Dernburg der „Kolonialkorruption“ ein Ende bereiten werde!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September.

Toleranz-Manöver.

Das Zentrum ist bekanntlich die Partei der unbegrenzten „Toleranz“. Dafür bürgt schon die geistige und moralische Verantwortung mit der römischen Kirche, die, wie jeder weiß, die Duldsamkeit zu ihren heiligsten Gütern zählt. Wenn man die Toleranz des Klerikalismus auf politischem wie auf religiösem Gebiete nicht durch langjährige Erfahrungen zur Genüge kennen würde, so hätte der Effener Katholikentag die Welt belehren müssen, wie ernst es dem Zentrum und der Kirche mit der Duldsamkeit gegenüber der Ueberzeugung anderer ist. Der Präsident Gröber wies in der Schlußrede am vierten Tage der Effener Woche mit Benutzung darauf hin, nicht weniger als vier Redner hätten den Gedanken betont, „daß wir mit den Andersgläubigen zusammenstehen und zusammenarbeiten müssen für gerechte gemeinsame Güter. Wahrung des konfessionellen Friedens, Vermeidung der konfessionellen Polemik, positives Zusammenarbeiten — in diesem Sinne haben gesprochen Vertreter des Adelsstandes, des Bürgerstandes, der Laien und des Klerus.“

Der Toleranz galt auch der Vortrag, den der Zentrumsgesamte Oberlandesgerichtsrat Marx auf der Generalversammlung des Augustinusvereins der katholischen Presse hielt, die mit dem Katholikentag zugleich abgehalten wurde. In diesem Vortrage, der in der neuesten Nummer des Augustinusblattes abgedruckt wird, erörtert Herr Marx zunächst das Wesen der Toleranz im allgemeinen und ihrer verschiedenen Arten: der theoretisch-dogmatischen, der praktisch-bürgerlichen und der staatslich-politischen Toleranz im besonderen. Nur mit der praktisch-bürgerlichen Toleranz beschäftigt sich der Redner eingehend. Er weist auf ihre Notwendigkeit hin, betont besonders die Pflicht der Presse zur Vertretung der Toleranz und erörtert dann die Mittel und Wege zur Verbreitung toleranter Gesinnung. Dabei heißt es:

„Das erste und Hauptfordernis echter Toleranz ist das Streben nach möglichst vollkommenem Verständnis des Standpunktes und der Auffassung anderer anders denkenden Mitbürger. Wie können wir die Denkweise eines anderen gerecht beurteilen, wenn wir uns nicht in seine Sinnesart, in seinen Gedankengang möglichst tief und vollständig hineinzuversehen bestrebt sind? Wie soll es uns anders deutlich werden, ob wir mit einem oberflächlich das Gewordene hinnehmenden, oder mit einem die Wahrheit streng prüfenden, aber infolge Mißverständnisses irreführenden Trüber zu tun haben? Wie sollen wir erkennen, ob nur schuldloser Irrtum auf der Seite unseres Gegners vorhanden ist, oder nicht sogar volle, tief eingewurzelte Ueberzeugung von der Richtigkeit seines Standpunktes? Unterschiede, die sicher nicht zu niedrig anzuschlagen sind, da sie die pflichtschuldige Liebe und Duldsamkeit zu Hochachtung und Anerkennung zu freier Instände sind. . . . Daher in erster Linie: Verständnis des Standpunktes der Gegenseite!“

Das sind recht anerkanntswürdige Mahnungen, deren allgemeine Erfüllung gerade wir Sozialdemokraten freudig begrüßen würden. Denn über keine Partei wird so oberflächlich, so ohne Prüfung und Kenntnis ihrer Bestrebungen geurteilt, wie über die unsere — ganz zu schweigen von den absichtlichen Verdrehungen und Fälschungen, die über uns im Umlaufe sind und täglich neu erfunden werden. Wir stimmen Herrn Marx völlig zu, daß vor allem die Presse befragen sei, die von ihm verfaßten Grundzüge zu üben, und mit Recht fragt er: „Wie kann jemand tolerant sein und werden, wenn seine Zeitung ihm tagtäglich nur die trassesten Schilderungen von der Verderbtheit und Verworfenheit Andersdenkender vor Augen hält?“ — wie es tagtäglich in der bürgerlichen Presse, der Klerikalen voran, gegen die Sozialdemokratie geschieht. Jedoch zeigt sich bald, daß Herr Marx diese Toleranz nicht allgemein, nicht unter allen Umständen und gegen jedermann geübt wissen will, sondern nur in besonderen Fällen und zu einem bestimmten Zwecke. Das beweist der Satz, der gleich nach der oben angeführten Stelle von dem „Streben nach möglichst vollkommenem Verständnis des Standpunktes Andersdenkender“ folgt:

„Die Presse ist in erster Linie dazu berufen, die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Toleranz in den weitesten Kreisen der katholischen Bevölkerung zu verbreiten. Es muß hingewiesen werden auf die Notwendigkeit des Zusammenhaltens aller gutgesinnten, noch auf dem Boden des Christentums stehender Kreise gegenüber dem mächtigen Andringen des Unglaubens; es muß klar gemacht werden, daß alle Zerplitterung, aller kleinliche Konfessionszwist nur dazu dient, die Gesamtstellung des Christentums zu schwächen.“

Also Toleranz gegen den Gläubigen zum Zwecke der Intoleranz gegen den Ungläubigen. Wie schön hört sich die Mahnung an, die Herr Marx in die Presse richtet: „Nie, auch nicht in Stunden berechtigter Entrüstung, soll uns die Klugheit und vor allem die christliche Liebe verlassen: zu Beschimpfungen Andersdenkender soll sich die katholische Presse niemals hinreichen lassen“ — und wie verlogen wird diese Toleranz, wenn aus allem hervorgeht, daß die Andersdenkenden nur die Andersgläubigen im Gegensatz zu den Ungläubigen sein sollen.

Wer da glaubt, daß wir Herrn Marx, dem Apostel der Toleranz, Absichten unterstellten, die er nicht hat, dem sei folgendes gesagt: Herr Marx weist im weiteren Verlaufe seines Vortrages darauf hin, ein wie „reiches ersprießliches Feld“ sich der Presse eröffne, „namentlich bei der Verbreitung und Behandlung der für die So-

Kollung des öffentlichen Lebens zu treffenden Maßnahmen. In erster Linie soll bei den staatlichen und kommunalen Wahlen die Presse auf die Betätigung und Vertiefung toleranter Gesinnung hinwirken.

Worauf dann diese „tolerante Gesinnung“ hinausläuft, erkennt man, wenn man weiter liest:

Die Pflicht der Gerechtigkeit verlangt, daß jeder Geisteshaltung, soweit sie sich auf dem Boden der Aufrechterhaltung unserer religiösen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung stellt, eine billige und verhältnismäßige Vertretung zuteil werde.

Es ist nicht von ungefähr, daß sich gerade die „Kölnische Volkszeitung“ mit besonderer Eifertigkeit über den Marx'schen Vortrag hergemacht und ihn veröffentlicht hat. Der leitende Geist des rheinischen Zentrumsblattes, Justizrat Julius Wagem, war es, der vor kurzem den Ruf erschallen ließ: „Wir müssen heraus aus dem Turm!“ Die Ausführungen des Oberlandesgerichtsrates Marx in seinem Toleranzvortrage laufen auf dasselbe hinaus, was damals der Justizrat Wagem in seinem Turmartikel äußerte. Das Zentrum sucht engeren Anschluß an die übrigen bürgerlichen Parteien. Einmal der Konkurrenz um den Platz an der staatlichen Futterkrippe wegen — dazu muß sich das Zentrum als „gleichwertig“ erweisen und dazu wieder muß es seine konfessionelle und gesellschaftliche Absonderung aufgeben. Dann aber auch der Bedrängnis durch die Sozialdemokratie wegen, die dem Zentrum Angst macht für die nächsten Wahlen und der gegenüber es rüsten heißt — sei es mit konservativer, mit christlich-sozialer oder liberaler Hilfe!

Duldung der Konfessionen untereinander, Zusammenschluß der Konfessionen zur Bekämpfung des „Unglaubens“, oder, um das Kind beim rechten Namen zu nennen: der Sozialdemokratie. Deshalb fordert auch Herr Marx im Namen der Toleranz, daß seine Partei- und Glaubensgenossen „unter keinen Umständen gegen einen Kandidaten stimmen lediglich und allein wegen seines konfessionellen Bekenntnisses“, daß sie aber „unter allen Umständen gegen den Kandidaten stimmen müssen, der den Umsturz der gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu seinem Programm erhoben hat“.

Herr Marx deutet schon auf die Möglichkeit hin, dieses Verhalten nicht nur bei Stichwahlen, sondern auch für den ersten Wahlgang zu empfehlen. „Es wird“, so meint er, „vielleicht die Zeit nicht zu fern sein, wo die harte Notwendigkeit die Widerstrebenden auf beiden Seiten zwingt, weiter sich entgegenzukommen, als man jetzt für möglich hält.“

Das glauben wir auch, und wir wissen, welchen Zweck der in jüngster Zeit so hochgehende Drang des Zentrums nach Toleranz hat: es gilt zu rüsten gegen den Unglauben, d. h. gegen die Sozialdemokratie. Herr Wagem ruft zu diesem Zweck: „Heraus aus dem Turm!“, Herr Marx verkündet: „Toleranz über alles!“ und Herr Antonius Fischer, der Kölner Erzbischof, ruft seine gläubigen Zeitgenossen auf, daß sie sich vereinigen und „gemeinsam Front machen gegen die unheimlichen Mächte, die am Werke unseres Volkes nagen und ihm die Errungenschaften der christlichen Kultur zu rauben drohen“.

Sie sind tolerant, die Herrlichen Wiederwähler, weil sie als „moderne Reichen“ am Segen der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung teilnehmen wollen. In derselben Nummer, die den Toleranzvortrag des Herrn Marx bringt, veröffentlicht denn auch die „Kölnische Volkszeitung“ einen Artikel über „Politische Kleinarbeit“. Darin wird auf Grund des Parteivorstandsberichtes nachgewiesen, daß „von jeher die Sozialdemokratie sich auf die moderne Kleinriegelskunst verstanden und sie von Jahr zu Jahr mit wachsendem Erfolge gehandhabt hat“, und weiter wird der Sozialdemokratie nachgerühmt, daß sie verfolge, ihr Gefolge „mit der Klammer einer kräftigen Organisation zu umschließen und durch systematische politische Aufklärung und Schulung zu schlagfertigen Kämpfern heranzubilden.“

Senatsreform in Kanada.

Der Senat von Kanada wurde in seiner gegenwärtigen Form durch die im Jahre 1867 gegebene Konstitution (Britisch-Nordamerika-Akte) geschaffen. Neben dem Generalgouverneur, der von der englischen Regierung ernannt wird und der die Souveränität Englands repräsentiert, bilden Senat und Unterhaus die gesetzgebenden Körperschaften. Die kanadischen Senatoren sind zwar nicht erblich, aber wenn einmal ernannt, behalten sie das Amt auf Lebenszeit. Der Senator muß ein Alter von mindestens 30 Jahren haben und ein unbewegliches Eigentum im Werte von mindestens 12000 Mark besitzen. Daraus resultiert, daß der Senat für das „gewöhnliche“ Volk gesperrt bleibt. Der Senat kann nun zwar keine Befehle machen, welche Steuern und Abgaben betreffen, aber er kann alle Befehle, die vom Unterhaus kommen, verwerfen, und in der Regel handelt er als williges Werkzeug derjenigen Partei, die sich in der Macht befindet. In Kanada sind bisher immer nur zwei große Parteien, die Tories und die Liberalen, in Betracht gekommen. Solange die Liberalen in der Opposition waren, konnten sie den Senat nicht genug verurteilen und verlangten dessen Beseitigung oder doch gründliche Reform. Sie brachten den Nachweis, daß sich in den Senat allerhand politische Schiffbrüchige retten, daß die Vertreter der Regierung die Site an ihre Parteifreunde verschachern, daß in einzelnen Fällen sogar Summen von weit über 100 000 Mark dafür bezahlt worden sind! — Seitdem aber die Liberalen im Jahre 1896 zur Macht gelangten, sind sie zu den eifrigsten Befürwortern des Senats geworden. Die Entschädigung an die Senatoren ist auf 6000 Mark pro Jahr erhöht und der Unterschied ist nur, daß jetzt die Liberalen Nachbater ihre Freunde hineinbringen und die Site verschachern.

Die herrschende Partei treibt also mit den Senatsfischen direkt und indirekt ein elendes Schachergeschäft. Hierzu sind aber in der letzten Zeit noch einige Ereignisse getreten, die den herrschenden Massen die Möglichkeit einer so reaktionären Institution recht deutlich vor Augen führten. Vor allem der Ausgang der englischen Wahlen, die Bildung einer unabhängigen englischen Arbeiterpartei und nicht zum wenigsten der Aufschwung des Sozialismus in Kanada selbst. In Britisch-Kolumbien werden zu den jetzigen zwei sozialistischen Abgeordneten bei den nächsten Wahlen voraussichtlich noch fünf weitere hinzutreten. Alles dies hat die herrschenden Kreise von Kanada stark beeinflusst. Von einer Beseitigung des Senats ist nicht mehr die Rede, nur „reformieren“ will man diese unnütze, aber kostspielige Institution. Der der Regierung nahestehende „Globe“ schrieb u. a.: Die Erhaltung eines Oberhauses sei notwendig, namentlich mit Rücksicht auf die große Bewegung, welche in der ganzen Welt vor sich geht und die nach „extremem Demokratie“ hindrängt. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Millionären und Trusts und der arbeitenden Klasse werde

der-furchtbarste sein, den die Welt jemals gesehen. Der Aufstieg der Arbeiterklasse sei sichtbar und unaufhaltbar, und über kurz oder lang werde sie überall dominieren. Wenn aber das Volk, veranlaßt durch die Agitatoren und Demagogen, mit übertriebenen Forderungen käme, dann sei ein solches Oberhaus das festeste Bollwerk der Gesellschaft.

Angelehnt der aufstrebenden Arbeiterklasse vergessenen Konservativen und Liberalen ihre Differenzen und wenden sich gemeinsam gegen das Volk. Der Senat wird bleiben, es wird nur eine kümmerliche „Reform“ herbeigeführt werden, nicht, weil das Volk dies so wünscht, sondern weil das Kapital die Arbeiterklasse fürchtet.

Deutsches Reich.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie erklärt zwar in seinen Zirkulären, daß er sich allen Ordnungsparteien ohne Unterschied ihres politischen Glaubensbekenntnisses in ihrem Kampf gegen den „Ansturm“ zur Verfügung stellt; doch verbündet er allen Anschein nach mit dem Wort „Ordnungspartei“ einen anderen Begriff, als einzelne der sich selbst zum Ordnungsbreier zählenden Parteien. Bekannt ist, daß er das Zentrum nicht als „Ordnungspartei“ ansieht und auch einige der liberalen Parteien scheint er in dieser Beziehung nicht für ganz einwandfrei zu halten; zum mindesten unterscheidet er verschiedene Grade der Ordnungsparteilichkeit. So veröffentlicht z. B. die „Dresdner Zeitung“ eine ihr zugegangene Meldung, wonach der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie für die nächsten Reichstagswahlen in Sachsen ein Abkommen mit der konservativen Partei geschlossen haben soll, dem zufolge einige seiner Agitatoren schon jetzt in den Dienst der mit den Reformern, dem Bund der Landwirte und der Mittelstandsvereinerung verbündeten konservativen Partei treten sollen. Man spricht von zwei Wahlkreisen, in welchen die Agitation des Reichsverbandes schon jetzt beginnen soll. „Dem Reichsverband ist sicher bekannt“ — so lamentiert dazu die „Dresdner Zeitung“ — „daß neben dem genannten Kartell auch andere bürgerliche Parteien in Sachsen vorhanden sind, welche nicht daran denken, mit dem genannten Kartell gemeinsame Sache zu machen. Der Reichsverband wird nicht umhin können, zu erklären, ob er in Zukunft den Charakter einer konservativen Helfstruppe annehmen will oder nicht. Eine Antwort kann um so mehr gefordert werden, als derselbe Reichsverband sich gegenwärtig eifrig bemüht, von national-liberalen Industriellen Mittel für die Zwecke seiner Agitation zu erhalten.“

Der Reichsverband folgt, wenn er sich lieber in den Dienst der Antifemiten und Konservativen stellt, als in den der liberalen Parteien, nur der inneren Konsequenz seines Charakters. Er ist seiner Organisation und seiner Tendenz nach ergreaktionär, und wenn es ihm — woran nicht zu denken ist — tatsächlich gelänge, die Sozialdemokratie an die Wand zu drücken, würde sich sein Angriff sofort gegen die entschiedeneren liberalen Parteien kehren. —

Ein gläubiger Staatsanwalt und ein ungläubiger Beschuld. Die Staatsanwaltschaft zu Raumburg hat zu Ende des vorigen Jahres eine Anzeige des Vergewaltigten Friedrich Lange zu Zipsendorf bei Raumburg erhalten, worin der Direktor der Kohlengrube „Bismarck“ in Zipsendorf, Haase jr. beschuldigt wurde, er habe an der noch nicht vierzehn Jahre alten Frida Grubolle, der Pflegetochter des Lange, mehrfach Rotzuchtversuche gemacht. In der Anzeige war angegeben, daß Haase diese Tatsachen vor Zeugen dem Lange eingestanden habe. Trotzdem wurde die Anzeige von der Staatsanwaltschaft zu Raumburg zurückgewiesen, die Strafverfolgung des Herrn Vergewaltigers Haase abgelehnt. Warum? Weil der Herr Vergewaltiger vor dem Staatsanwalt das Verbrechen an dem Arbeiterkinde geleugnet, sein Geständnis als ein Produkt momentaner Verwirrung bezeichnet hatte, und weil das Mädchen sich in dreistündiger Vernehmung vor dem Staatsanwalt „in Widersprüche“ verwickelt habe!

Das Erstaunen über die Ablehnung der Strafverfolgung muß sich noch steigern, wenn man die näheren Umstände der Affäre erfährt, die das „Volksblatt für Halle“ in einem längeren Artikel darlegt.

Als das genotzüchtigte Mädchen ihrer Pflegemutter auf deren Drängen gebeitet hatte, schrieb Lange natürlich an Haase, daß er die Sache dem Vormund melden müsse. Darauf ließ der Vergewaltiger Lange zu sich bitten, und als dieser den Besuch verweigerte, kam Haase selbst in die Wohnung des Vergewaltigten und gab ihm — der Schwiegersohn Langes hörte diese Nebenwendung von der Stube aus — den Geschlechtsverkehr mit Frida zu und bat in beweglichen Worten, die Sache nicht anzugehen. Haase versprach, Lange — ein gebrechlicher alter Mann — solle aufseher werden, er solle freie Bewegung bekommen, für Frida solle gesorgt werden, er wolle alles tun, koste es, was es wolle. Lange erwiderte, was er könne, werde er tun. „Ihre Wege nicht, sondern Ihrer lieben Mutter wegen, die mich in meiner Krankheit nicht verlassen hat, und um unsere große Schande zu verdecken.“

Lange und seine Familienglieder schwiegen streng über das Vorwissen, nicht um Haases willen, sondern weil sie glaubten, die ganze Familie sei geschändet, wenn die Sache ruchbar werde. Lange brachte Frida nach Raumburg zu seinem dort verheirateten Sohne. — Einige Wochen später, etwa am 8. oder 9. November, ließ Haase den alten Lange zu sich rufen und erklärte ihm: „Ich bin beim Staatsanwalt gewesen! Die Frida, das Perlel, lasse ich in Korrektion bringen, und Sie bringe ich ins Gefängnis, wenn Sie was veröffentlichen.“ — Jetzt brach bei Lange die langverhaltene Enttäuschung in voller Stärke aus. Er wendete sich zum Leben, schlug mit der Faust auf die Tischplatte und sagte: „Run ist's aus! Noch heute zeige ich Sie an.“ Lange tat das. Er ging noch am Abend zum Gendarmen, den er zunächst nicht antraf. Am nächsten Morgen aber erstattete Lange seine Anzeige zu Protokoll, und der Gendarm sandte die Anzeige der Staatsanwaltschaft zu Raumburg ein.

Wald darauf wurde Frida Grubolle in Raumburg zur Vernehmung geladen. Langes Schwiegertochter begleitete das Mädchen nach dem Gericht und wollte bei der Vernehmung anwesend sein. Der Staatsanwalt fragte jedoch, ob die Frau mitgeladen sei, und auf ihre verneinende Antwort, ließ er sie hinausgehen. Die Frau hat draußen auf dem Korridor gewartet. Die Vernehmung hat drei Stunden gedauert, von 5 bis 8 Uhr nachmittags. Frida hat erklärt, der Staatsanwalt habe sie wiederholt und eindringlich zu bewegen gesucht, die Beschuldigung gegen Haase zurückzunehmen; er habe gesagt, wie sie so etwas von einem solchen Manne behaupten könne, der ihrem Vater eine Stellung geben und sie als Dienstmädchen haben wolle. Frida habe aber nur immer wieder bekräftigen müssen, Haase habe sie doch gehabt.

Einige Zeit darauf forderte Haase den alten Lange vor den Schiedsrichter. In dem Antrag Haases auf Anberaumung eines Schiedstermins heißt es:

Wilhelm Lange beschuldigt mich, mit seiner minderjährigen Stief-tochter Frida in geschlechtlichem Verkehr gestanden zu haben, so daß diese schwanger ist. — Ich will versuchen, mich mit ihm gütlich zu einigen und bitte um einen Termin zur Schiedsverhandlung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

A. d. Haase.

Obwohl Lange nicht zu dem Termin erschienen ist, hat Haase nicht geklagt.

Trotz aller dieser gravierenden Anzeichen für die Schuld Haases hat die Staatsanwaltschaft am 9. Februar 1900 die Strafverfolgung des Vergewaltigers abgelehnt. Dem Staatsanwalt erscheint es „nicht ungläubwürdig“, wenn Haase ihm erklärt, daß er bei Lange das Verbrechen nur deshalb zugegeben habe, weil er völlig verwirrt gewesen sei und nur zunächst von Lange habe fortkommen wollen, um sich zu überlegen, wie er solchen Beschuldigungen am besten entgegenzutreten könne. Das Geständnis hat deshalb „nach Lage der Sache keine entscheidende Bedeutung“.

Die Staatsanwaltschaft glaubt also dem Haase seine windige Ausrede, läßt alle sonstigen Verdachtsmomente beiseite und erklärt das Mädchen für ungläubwürdig.

Eine sofort bei dem Oberstaatsanwalt in Raumburg eingelegte Beschwerde Langes hat denselben negativen Erfolg. Daraufhin wird vom Genossen Rechtsanwält Dr. Herzfeld-Berlin der Weg der Klage beim Oberlandesgericht Raumburg beschritten. In der Klage wird das ablehnende Verhalten der Staatsanwaltschaft mit den Tatsachen in Vergleich gestellt, die schreienden Widersprüche gebremst und das Oberlandesgericht schließlich ersucht, bei der Schwere des Verbrechens die benannten Zeugen persönlich zu vernehmen. Im Falle der Ablehnung der Klageerhebung gegen Haase wird aber im Namen des Strafantragstellers Lange beantragt, ihn wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung unter Anklage zu stellen. Was tut nun das Oberlandesgericht? Unten 12. Mai dieses Jahres lehnt es die Klageerhebung kostenpflichtig ab, ohne daß es Zeugen vernommen hätte. Es hält ebenfalls wie die Staatsanwaltschaft den Vergewaltiger Haase für glaubwürdig, das Kind aber für ungläubwürdig. Auf den Antrag Langes, im Falle der Ablehnung der Klageerhebung gegen ihn (Lange) selbst das Verfahren wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung einzuleiten, auf diesen Antrag schwieg sich das Oberlandesgericht vollkommen aus. Somit ist jede Möglichkeit abgeschnitten, den Tatbestand aufzuklären und das Verbrechen an dem Verbrecher zu sühnen. Der Vergewaltiger Haase ist Leutnant der Reserve und soll kürzlich zum Oberleutnant befördert worden sein. Und ein solcher Mann läßt sich, wie das halle'sche „Volksblatt“ hervorhebt, den ihm von dem Vergewaltigten auch auf offener Straße in Gegenwart von Zeugen ins Gesicht geschnittenen schweren Vorwurf des an seiner Pflegetochter verübten Sittlichkeitsverbrechens ruhig gefallen. Und kein Staatsanwalt findet sich, der den Sittlichkeitsverbrecher unter Anklage stellt.

Deutschland ist das Land der vollendeten Rechtsgarantien.

Ertrag der Fahrkartensteuer. Im Bezirke der Eisenbahndirektionen Köln, Essen und Saarbrücken ergab die Fahrkartensteuer im Monat August, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, rund 225 000 Mark. Im Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld betrug sie rund 80 000 Mark. Die Steuer wurde hierbei verrechnet für den Inlandverkehr und den Verkehr der Rundreisehefte nach dem Auslande. Der Verkehr vom Auslande, und bei einfachen Fahrkarten auch nach dem Auslande, wird erst vom 1. Oktober ab von der Steuer betroffen. Das Gesamtergebnis der Steuer wird nicht vor Mitte dieses Monats feststehen. Man nimmt aber in sachmäßigen Kreisen auf Grund der Berechnung, daß der Monat August durchschnittlich 10 Proz. der gesamten Eisenbahneinnahmen aus dem Personenverkehr einbringt, an, daß nach dem Ergebnisse des ersten Monats das etatsmäßige Soll der Fahrkartensteuer im laufenden Jahre schwerlich erreicht werden wird.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin betrug das Ergebnis der Fahrkartensteuer im August 225 000 M. —

Vörsensteuer. Neben den Zinsen, die im letzten Rechnungsjahre dem Reichsschatz 80,6 Millionen Mark mehr eingebracht haben, als im Etat angelegt worden war, hat die Vörsensteuer am meisten zu dem günstigen Endabschluß der Reichshauptkasse für das Etatsjahr 1900 beigetragen. Die Vörsensteuer hat nämlich mehr als 50 Millionen Mark eingebracht und damit den Etat um nicht weniger als 20 Millionen Mark überschritten. Aus dem Finalabschluß der Reichshauptkasse für 1900 ist allerdings noch nicht ganz klar zu ersehen, einen wie hohen Ueberschuß über den Etatsanschlag die Vörsensteuer abgeworfen hat; es wird nur erwähnt, daß die gesamten den Bundesstaaten zustehenden Reichsstempelabgaben ein Mehr von 14,5 Millionen Mark erbracht haben. Zu diesen Abgaben gehören aber außer der Vörsensteuer die Zofesteuer und der Schiffsfahrtfrachtkundenstempel. Man wird deshalb erst später genaue Aufschluß über die Einzelergebnisse dieser Steuerquellen erhalten. Nach den berechtigten erstmaligen Nachweisen hat die Vörsensteuer ein Ergebnis von 50,4 Millionen, die Zofesteuer ein solches von 36,1 Millionen und der Schiffsfahrtfrachtkundenstempel von 0,9 Millionen Mark, alle drei Steuerarten zusammen ein solches von 87,4 Millionen Mark gehabt. Da im Reichshaushaltsetat für 1900 der Anschlag der den Einzelstaaten zu überweisenden Stempelabgaben mit 71,9 Millionen Mark angelegt ist, so hätte demnach der Ueberschuß über den Etat nicht 14,5, sondern 15,5 Millionen Mark betragen müssen. Es müssen also bei der Berechnung für den Finalabschluß der Reichshauptkasse Verichtigungen der früheren Feststellungen eingetreten sein. Das ist auffällig, hat doch der erste über die Zofesteuer veröffentlichte Nachweis den Ertrag dieser Steuerart auf 32,4 Millionen Mark angedeutet, während er bald darauf nach der ersten Verichtigung auf 36,1 Millionen Mark festgesetzt wurde.

Ein Jahr Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung! In Elberfeld wurde am 12. September der Weber Arnold Stops von Haan wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Kronprinzenpaares, begangen gelegentlich des Umzuges der Düsseldorfser Husaren nach Arefeld, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Derselbe Angeklagte stand dann noch wegen Diebstahls unter Anklage, weil er seinem Kostgeber einen alten Ueberzieher und einen kleinen Geldbetrag entwendet hatte. Da er schon wiederholt bestraft ist, wurde wegen dieser Diebstahle ebenfalls auf 1 Jahr Gefängnis erkannt und beide Strafen wurden danach auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis zurückgeführt.

Wegen einiger unsäffiger Worte, die, gegen einen gewöhnlichen Sterblichen gebraucht, allenfalls ein paar Wochen Gefängnis einbrächten, muß der Unglückliche ein Jahr lang hinter Kerlennauern, da er diese Worte gegen die Majestät und gegen kaiserliche Hoheiten ausgesprochen hat!

Wohlfürdient. Der russische Zar hat den Chefredakteur der „Post“ Dr. Wilhelm Kronsbein, wie die „Staatsblät.-Ztg.“ meldet, für würdig befunden, ihm den russischen Sankt Stanislausorden zweiter Klasse zu verleihen — wahrscheinlich in Anerkennung der hohen kulturellen Verdienste, die Herr Kronsbein sich durch die Propaganda für die russische Regierungsmethode in Deutschland erworben hat. —

Vom Hamburger Bierkrieg. In einer von Delegierten der sozialdemokratischen Landesorganisation Hamburg, Vertretern der Parteigenossen der Nachbarorte, Gewerkschaftsvorständen und Kartelldelegierten besuchten Versammlung, die am Mittwochabend in Hamburg tagte, wurde zur Bierfrage Stellung genommen. Wohl haben im Städtekomplex schon mehrere von Gastwirten einberufene Vollerwerbungen stattgefunden, deren Beschlüsse aber als bindend nicht anerkannt werden können. Jetzt ist das Aktionskomitee der durch Uneinigkeit auf ein unwichtiges Gleise geratenen Gastwirtervereine an Partei und Gewerkschaften herangetreten und wendet moralischer Unterstützung an. Sie wünschen, daß ein Flugblatt verbreitet werde und der Verkehr des Publikums sich auf solche Wirtschaften beschränke, wo ringfreies Bier zum Ausklang gelangt. Gewerkschaftssekretär Heine empfahl die Ablehnung der Anträge, weil die Sache der Wirte verfahren sei. Für die Konsumenten komme es nur darauf an, daß sie das alte Maß Bier — 1/2 Liter für 10 und 1/2 Liter für 15 Pf. — zum alten Preise erhalten. Könnten die Wirte das nicht, so müsse man sich des Biergenusses enthalten. Außerdem hätten Parteileitung und Gewerkschaftskommisionen beschlossen, ein ausfallendes Flugblatt verbreiten zu lassen.

Den Standpunkt des Aktionskomitees der Wirte vertrat Gastwirt Schulz, der die Erhöhung des Bierpreises als eine politische Frage bezeichnete und meinte, es sei Pflicht der organisierten Arbeiter, die Gastwirte in ihrem Kampfe gegen das Brauapital zu unterstützen. — Nach lebhafter Debatte wurden die Anträge der Parteileitung und des Gewerkschaftslokals mit großer Mehrheit angenommen. Danach soll für Bier nur der alte Preis bei altem Maß (wie oben angegeben) bezahlt und von der Parteileitung und dem Gewerkschaftslokal ein Flugblatt herausgegeben werden. —

Tippelskirch - Concern. Zu der unter vorstehendem Titel in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ von uns veröffentlichten Stuttgarter Korrespondenz erhalten wir von der Firma J. D. Nibel Aktiengesellschaft, hier, mit der Bitte um Abdruck folgende an Herrn Reichstagsabgeordneten Erzberger gerichtete Zuschrift:

Berlin N. 39, 13. September 1906.
Herrn Mathias Erzberger, Mitglied des Reichstages.

Es wird uns soeben die heutige Nummer des „Vorwärts“ vorgelegt, in welcher unter dem Titel „Die Tippelskirch - Concern“ aus Stuttgart eine angeblich von Ihnen herrührende Äußerung wiedergegeben ist, die uns zu folgender Feststellung Anlaß gibt:

1. Es ist uns unbekannt, daß den von der Berliner Oranien-Apotheke der Kolonialverwaltung gestellten Preisen unsere Preisliste zugrunde gelegt wird, und daß die genannte Apotheke auf dieselbe einen Aufschlag von 10 Proz. erheben darf.

2. Unsere Firma ist wohl seit über 80 Jahren Lieferantin für die Garnisonlazarette mehrerer Armeekorps und zahlreicher staatlicher und städtischer Behörden, hat dagegen niemals Aufträge von der Kolonialverwaltung erhalten.

3. Die Firma Nibel befindet sich seit dem Jahre 1814 ohne Unterbrechung in dem ausschließlichen Besitz der Familie Nibel. Laut Ausweis der Anlage wurde die Firma im Jahre 1905 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Herr Kommerzienrat Hecht ist niemals Inhaber oder Teilhaber der Firma Nibel gewesen; auch unterhält weder Herr Hecht, noch Herr von Tippelskirch, noch Herr von Bobbielack irgendwelche Beziehungen zur Firma Nibel.

Wir dürfen wohl von Ihrer Ehrenhaftigkeit erwarten, daß Sie in denjenigen Blättern, welche die von Ihnen ausgehende unzutreffende Nachricht bringen, die entsprechende Richtigstellung aufnehmen lassen.

Der Redaktion des „Vorwärts“ sandten wir Abschrift dieser Zeilen.
Hochachtungsvoll
J. D. Nibel Aktiengesellschaft.

Im Dienste der Kolonialpolitik. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Seit 10. August d. J. bei Samsum vermisst: Unteroffizier Friedrich Ehlers, geboren am 25. 2. 81 zu Rodlum, Grefreiter Gustav Stille, geboren am 21. 10. 82 zu Redarishausingen. Außerdem Meier Karl Schmidt, geboren am 21. 3. 84 zu Grimsfeld, am 6. September d. J. im Lazarett Reetmanshop an Nierenentzündung gestorben. —

Ausland.

Oesterreich.

Wien, 13. September. Im Wahlreformauschuss beantragte das Ausschussmitglied Kaiser, daß zu zweijähriger Sehaftigkeit für die Ausübung des Wahlrechtes erforderlich sein solle. Der Minister des Innern sprach sich gegen jede Verlängerung oder Verringerung der in der Vorlage festgesetzten einjährigen Sehaftigkeit aus, ebenso gegen die Auslegung der Zuerkennung des Wahlrechtes an Frauen, wofür der gegenwärtige Zeitpunkt ganz ungeeignet sei. —

Schweiz.

Eine Regierung, die Scharfmachereien ablehnt.
Schaffhausen, 11. September. (Fig. Ver.) In der hiesigen Zentersfabrik streiken seit neun Wochen die Glaser, Schreiner und Maschinenisten um den Reinstundentag und Lohnerhöhung. Die Firma wird nun ungeduldig, und obwohl nicht die geringste Störung vorgekommen ist, forderte der Vorstand des Schreinermeistervereins von der Regierung das Verbot des Streikpostens, und der Gewerbeverein seinerseits unterstellte nicht nur dieses Begehren, sondern ging noch weiter und forderte die Uebertragung der Züricher Zucht- und Strafvorlage auf den Kanton Schaffhausen. Die Regierung lehnte aber beide Forderungen der gewöhnlichen und gewalttätigen Scharfmacher ab und bewies dadurch ungleich mehr Einsicht und Mut, als die Regierung des Kantons Zürich, die den kapitalistischen Scharfmachern zuliebe durch Mißbrauch der Staatsgewalt die Arbeiter vergewaltigte.

Bekanntlich war es auch das hiesige Bezirksgericht, das die Bezeichnung „Streikbrecher“ als strafbar, also als erlaubt erklärte. —

Frankreich.

Nantes, 13. September. Therese Humbert, deren bedingungslose Freilassung angeordnet worden ist, hat heute mittag die Straf-anstalt verlassen.

Italien.

Rom, 13. September. Der Kongress römischer Professoren nahm mit 228 gegen 11 Stimmen einen Antrag an, die Schulen zu ver-twilligen.

Dem katholischen Frankreich wird das katholische Italien, werden andere katholische Länder die Trennung des Staates von der Kirche nachmachen, nur das „protestantische“ Preußen-Deutschland wird katholischer bleiben als der Papst. —

England.

Made in Germany.
London, 12. September. (W. L. B.) Durch eine heute abend veröffentlichte Armeeorder wird der Generalstab offiziell eingeführt. Er wird in den den allgemeinen Betrieb der Armee leitenden Großen Generalstab und den bei einzelnen Kommandostellen wirkenden Generalstab eingeteilt. Die Angehörigen des letzteren sollen die Kommandeure, denen sie beigegeben sind, besonders bei der Ausbildung der Offiziere und Truppen unterstützen. In einer der Armeeorder beigegebenen Denkschrift betont Kriegsminister Sal-dane, daß es Pflicht des Generalstabes ist, dafür zu sorgen, daß das Militärwesen auf moderner Höhe steht und die Militärwissen-schaft in all ihren Zweigen gebührende Berücksichtigung findet. Sal-dane nimmt Bezug auf den Erfolg des deutschen Generalstabes und führt Stellen aus den Schriften Clausewitz v. Schellendorffs an. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 13. September, nachmittags 5 Uhr.
Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Zum Zeichen des Beileids aus Anlaß des Todes des Prinzen Albrecht, Regenten von Braunschweig, erheben sich die bürgerlichen Mitglieder von den Sichen.

In die gemischte Deputation zur Beratung über die anderweitige Festsetzung der Besoldungsverhältnisse des Mehrpersonals an den Gemeindeschulen sind u. a. auch die Stadtv. Arons, Borgmann und Singer (Soz.) gewählt worden.

An erster Stelle steht heute die schon mehrmals von der Tagesordnung abgesehene, vom Magistrat zur Kenntnisnahme vorgelegte Denkschrift über den Uebergang einzelner Zweige der Wohlfahrts-polizei auf die Stadtgemeinde Berlin zur Vertretung. (Vgl. den Artikel in der Mittwochnummer: „Soll die Berliner Polizei städtisch oder städtisch sein?“)

Hierzu ist ein Antrag Dr. Preuß eingegangen: „Indem die Versammlung von der Denkschrift Kenntnis nimmt, ersucht sie den Magistrat, mit den Behörden um Uebertragung aller Zweige der Polizeiverwaltung in Verhandlung zu treten, die nach Lage der Verhältnisse der Stadtgemein- zu übertragen sind.“

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Denkschrift ist von der Ver-sammlung 1898 erbeten worden. Es hat etwas lange gedauert, bis der Magistrat dieser Bitte entsprochen. Welche Schlüsse sind nun aus der Denkschrift zu ziehen? Daß wir von vornherein absehen sollen von der Uebertragung der Sicherheits-polizei, kann ich im Gegensaß zum Magistrat nicht für richtig halten; es kann sich doch nur darum handeln, was im Interesse der städtischen Verwaltung das Beste ist, und eventuell müßte die Gesehggebung einem Zustand, wonach nur ein Teil der Polizeigewalten auf die Stadt übertragen werden könnte, ein Ende machen. Es ist z. B. ein unzweifelhaftes Recht der Bürger, die Straße zu benutzen; bekanntlich aber macht die Polizei durch ihr Verfahren gegen Streikposten dieses Recht illusorisch. Wie in diesen Fällen, wird in einer Reihe von anderen durch die Polizei in die Rechte der Bürger widerrechtlich eingegriffen. Solchen Zuständen gegenüber hätte die Denkschrift nicht über die Frage der Uebertragung der Sicherheits-polizei so einfach hinweg gehen sollen. Der Begriff „Polizei“ läßt sich in dieser Weise überhaupt in Wohlfahrts- und Sicherheits-polizei nicht scheiden; zu der Wohlfahrt der Bürger gehört eben auch ihre Sicher-heit. Bei solcher Jaghaftigkeit der Denkschrift fürchte ich, daß die Sache nicht allzu schnell vom Fleck kommen wird; man erkennt aus ihr, namentlich aus der historischen Darlegung, wie das Bürgerium immer weiter zurückgewichen ist von seinem eigenen früheren Standpunkt, daß es immer bestrebt war, sich als artiges Kind zu zeigen. Auf dem Gebiet der Wasser-, Bau-, Gesundheits-, Gewerbe-polizei hat die Stadt so gut wie nichts zu sagen, und diese trostlose Lage entnimmt lediglich dem Mangel an Festigkeit bei den städtischen Behörden. — Unzweifelhaft würde bei der Verwaltung der Polizei durch die Stadt weit mehr für die Sicherheit der Bürger-schaft getan werden als es heute durch die staatliche Polizeiverwaltung geschieht. Bei dieser Lage der Dinge sehen wir unjere-ferseits von besonderen Anträgen ab.

Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-Fortf.): Die Denkschrift gelangt schließlich allerdings auf den negativen Standpunkt, daß z. B. etwas auf diesem Gebiete zu unternehmen nicht angezeigt sei. Am schwer-wiegendsten scheint mir der Kadeweis in der Denkschrift, daß die Uebernahme weiterer Polizeiverwaltungszweige die Abhängigkeit der städtischen Verwaltung von staatlichen Aufsichtsorganen noch weiter ausdehnen würde. Trotz dieser Gefahr halte ich es für äußerst wichtig, daß die Stadt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem unnatürlichen Dualismus ein Ende zu machen sucht, daß die polizeiliche Verwaltung eines Zweiges so scharf von der städtischen Verwaltung des anderen Zweiges getrennt ist. Die Grenzlinie zwischen Sicherheits- und Wohlfahrts-polizei ist ja sehr schwer zu ziehen; prinzipiell hat die ganze Ortspolizei auch nach meiner Meinung der Gemeinde zuzufallen; aber viel schlimmer ist die jetzt bestehende weitere Trennung zwischen Verwaltung und Verwaltungspolizei auf demselben Gebiete. Hier hat schon die erste Städteordnung den Grundfehler gemacht. Ob es praktisch ist, unfererseits einen Katalog der Polizeifunktionen aufzustellen, die wir haben wollen, lasse ich dahingestellt; richtiger wäre, wenn wir den Magistrat ersuchen, bei der Regierung die Uebertragung aller Zweige der Polizeiverwaltung zu beantragen, deren Uebertragung nach dem Polizeistatutgesetz und nach den sonstigen Gesetzen zulässig ist. Kommt nichts zustande, so würde dann das Hindernis und die Verantwortung dafür auf seiten der Regierung liegen.

Stadtv. Gaffel (A. L.): Die Denkschrift ist eine sehr fleißige, sorgfältige und umsichtige Arbeit, deren Verfasser unseren vollen Dank verdient. Zur Sache selbst siehe ich im allgemeinen auf dem Standpunkt des Kollegen Preuß. Der Behauptung Stadthagens, daß das Bürgerium immer mehr zurückgewichen wäre, kann ich keine Berechtigung zuerkennen. Vielmehr haben wir verlangt, daß uns auch die Sicherheits-polizei übertragen werde; wenn aber gar keine Aussicht dazu vorhanden ist, so kann man uns doch daraus keinen Vorwurf machen, daß wir wenigstens das andere zu erlangen suchen, was nach Maßgabe der Gesehe und städtischen Verhältnisse uns übertragen werden könnte. Die Resolution Preuß halte ich für völlig überflüssig, weil wir immer auf diesem Standpunkt gestanden haben und der Magistrat tatsächlich darüber verhandelt. Aus-zusetzen wäre an der Denkschrift nur, daß sie sich fast ganz aus-schweigt über die weiteren Absichten des Magistrats. Jedenfalls erfahren wir nicht, welche weiteren Schritte der Magistrat seit 1898 getan hat. Die Regierung wäre auf ihre eigenen früheren Zusagen und Stellungnahmen hinzuweisen; hat sie doch noch 1892 für angängig erachtet, auch die Gesundheits-polizei den Kommunen zu eigener Verwaltung zu übertragen. Berlin wird ja bedauerlicher-weise in dieser Beziehung schlechter behandelt als die kleinsten Städte; einmal muß doch aber die Zeit der Erfüllung dieses Ver-sprechens von 1892 kommen. Die Schuld daran, daß nichts erreicht ist, liegt nicht in der Schwäche des Bürgeriums.

Stadtv. Wommjen (Fr. Fr.): Auch wir werden der Resolution Preuß zustimmen, die ja nur unseren bisherigen Standpunkt von neuem präzisiert. Gegenwärtig allerdings schweben meines Wissens zwischen dem Magistrat und den Behörden keine direkten Verhand-lungen. Natürlich hat die Uebernahme der Polizei durch die Stadt auch gewisse Bedenken, denn nicht die Stadt als solche erhält die Polizei, sondern der Oberbürgermeister als Organ der Staats-verwaltung.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Wir hätten unfererseits gern gesehen, daß der Magistrat etwas energischer auf diesem Gebiete vorgegangen wäre. Die Resolution Preuß sollten wir annehmen, nicht bloß, weil sie einmal eingebracht ist, sondern weil sie den Magistrat anspornen soll, etwas mehr Energie zu entwickeln. Für die Uebernahme der Feuerwehr, die auch ein Teil der Sicherheits-polizei ist, wäre Berlin doch wirklich reif genug. Ob die Stadt oder der Oberbürgermeister die Polizeigewalt erhält, hat für uns kein Bedenken; auch der Oberbürgermeister wird die Polizei im Sinne der Bürgerschaft handhaben. Bekanntlich streben die Regierung und maßgebende Parteien im Abgeordnetenhaus nach einer Erhöhung der Polizei-losten für die großen Städte; es wird also auch da die Möglichkeit gegeben sein, unseren Wünschen zum energischen Ausdruck zu verhelfen.

Stadtv. Gaffel: Wenn zurzeit tatsächlich keine Verhandlungen mit der Regierung schweben, so muß ich allerdings die Annahme des Antrages Preuß auch für zweckmäßig erklären.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Resolution bringt nur erneut zum Ausdruck, was aus den früheren Verhandlungen und Beschlüssen der Versammlung klar erkennbar geworden ist, daß nämlich bei der Stadt die Bereitwilligkeit und der lebhafteste Wunsch zur Uebernahme weiterer Zweige der Polizeiverwaltung vorhanden ist. Dagegen ist nichts zu erinnern; auch der Magistrat wird ihr inhärentlich völlig be-stimmen. Daß augenblicklich Verhandlungen mit den Behörden nicht schweben, ergibt die Denkschrift, und auch die Versammlung hat sich 1897 von weiteren Verhandlungen mit den Staatsbehörden keinen Erfolg versprochen, was ausdrücklich in ihrem damaligen Be-schlusse festgelegt ist. Nichtsdestoweniger sind inzwischen einige Ver-besserungen erfolgt; die Schulpolizei z. B. ist uns übertragen worden. Von einem Antrag an die Regierung, jetzt womöglich die ganze Polizeiverwaltung auf die Stadt zu übertragen, kann ich mir nichts versprechen. Die Wahl des geeigneten Zeitpunktes sollte dem Magistrat überlassen bleiben.

Hierauf wird die Resolution Preuß fast einstimmig angenommen. Die Denkschrift ist damit erledigt.

Aus den Einkünften der Jagor-Stiftung steht der Stadt ein Zehntel zu. Der Magistrat schlägt vor, dieses Zehntel, welches pro 1905 2182,69 M. beträgt, dem Stiftungsvermögen zuzuführen. Die Stiftung ist „zur Vermehrung nützlicher Kenntnisse und Fertigkeiten“ bestimmt. Auf Antrag Arons war der Gegenstand am 8. September auf die heutige Sitzung verschoben worden.

Stadtv. Dr. Arons (Soz.): Die Stiftung hat etwas über 900 000 M. Vermögen. Aus dem Ertragnis werden zunächst die Unkosten der Verwaltung bestritten. Die Verwendung des Zehntels der übrigen Einkünfte an das Stiftungsvermögen kann für dieses keine große Bedeutung haben; es ist ein bloßer Verlegenheitsvorschlag. Das Geld könnte aber sehr gut verwendet werden für Stipendien-zwecke für unsere technischen und Fachanstalten, wir beantragen des-halb die Ablehnung der Vorlage und die Einbringung einer neuen, wonach diese Gelder zur Begründung einer Stipendienklasse für unsere technischen Anstalten Verwendung finden.

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.): Dieser Antrag ist den Fraktionen nicht rechtzeitig bekanntgegeben worden, so daß sie nicht Stellung nehmen konnten. Dem Magistratsantrage fehlt tatsächlich jede Begründung; nur privatim ist mitgeteilt worden, daß gerade in diesem Jahre das Stammkapital der Jagor-Stiftung wegen eines zu erachtenden Grabmals angegriffen werden müßte. (Kopfschütteln des Oberbürgermeisters.) Dann müssen wir die anderweite Begründung abwarten und uns die Entscheidung vor-behalten.

Oberbürgermeister Kirchner: Der eben erwähnte Grund liegt nicht vor; der wirkliche Grund ist, daß wir das Geld im Sinne des Stifters verwenden wollen, und die zur Verfügung stehende Summe schien mir zu besonderen Maßnahmen nicht groß genug. Sollen Sie aber zu einem besonderen Zwecke diese Summe verwenden, so wird das kein Grund zu Dissen sein.

Stadtv. Dr. Arons beantragt jetzt, den Antrag und die Vor-lage einem Ausschuss von fünf Personen zu überweisen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Zur Erörterung gelangt hierauf der schon in der vorigen Sitzung eingebrachte Antrag Singer u. Gen. (Soz.):

Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in ge-mischter Deputation darüber zu beraten, in welcher Weise eine anderweite Regelung des Fach- und Fort-bildungsschulwesens im Magistrat einzurichten ist.

Stadtv. Singer bezieht sich auf das zur Begründung in der vorigen Sitzung von ihm Gesagte und behält sich je nach dem Gange der Diskussion ein nochmaliges Eingreifen vor.

Stadtv. Gaffel: Ich stimme mit meinen Freunden dem Antrage zu. Die Versammlung scheint ja allgemein die Ueberzeugung zu teilen, daß unbedingt eine Aenderung dahin notwendig ist, daß nicht länger ein Einzelner die gesamte Leitung des Volksschul- und des technischen und Fortbildungsschulwesens in der Hand hat. Wenn Vertram das noch vermochte, so lag das an seiner enormen Arbeitskraft und daran, daß auf dem Gebiete des Fach- und Fort-bildungsschulwesens zu seiner Zeit erst Anfänge vorhanden waren. Andererseits ist leider sehr wahrscheinlich, daß Gerstenberg den An-strengungen dieser Doppelaufgabe vor der Zeit erlegen ist. Es muß also entweder ein dritter Schlichter oder ein selbständiger tech-nischer Direktor des Fach- und Fortbildungsschulwesens angestellt werden, der nicht Magistratsmitglied ist. Ich halte die Lösung durch die Bestellung eines dritten Schulrats für die allein angemessene. (Zustimmung.) Der Entwurf, daß das Magistratskollegium dann zu groß und zu schwerfällig werden möchte, hat ja keine Berechtigung, aber diesem Bedürfnis gegenüber muß ein solches Bedenken zurücktreten. Vielleicht könnte, wie angeregt ist, eine andere besoldete Stadtratsstelle dafür ein-geboten werden. Ein Nichtmagistratsmitglied, ein bloßer Beamter, wäre an diesem Plage nicht der richtige Mann; es muß ein gleich-berechtigtes Mitglied des Magistratskollegiums sein, der auch die Verantwortung der Magistratsmitglieder besitzt. Ein dritter Stadtschulrat wäre von der Versammlung zu wählen; der bloße Direktor würde vom Magistrat designiert und wäre ihm allein verantwortlich. Die große Mehrheit meiner Freunde teilt meine Anschauung. Aber auch der Magistrat hat hier mitzusprechen; daher empfiehlt sich die weitere Erörterung in gemischter Deputation.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Magistrat wird hierzu gern bereit sein, zumal er mit mir das Ziel des Antrages eifrig verfolgt. Vertram und Gerstenberg standen auf demselben Stand-punkte, wollten aber erst mit der Organisation fertig sein. Beide, auch Gerstenberg, haben mit größter Hingabe und Energie gewirkt, und Gerstenberg das Pflichtfortbildungsschulwesen eigentlich erst geschaffen. Wir sind ihm zu großem Dank dafür verpflichtet. (Lebhafteste Zustimmung.) Die Einführung einer anderen besoldeten Magistratsstelle ist allerdings nicht tunlich, denn die Arbeit ist so gewachsen, daß die Kräfte dafür kaum noch ausreichen.

Stadtv. Kreitzing (A. L.): Auch wir treten in erster Linie für einen dritten Schulrat ein.

Stadtv. Direktor Mayer (Fr. Fr.): Wir sind ebenfalls grund-sätzlich dem Antrage geneigt, da die Durchführung des Pflichtfort-bildungsschulwesens dieses Gebiet der Schulverwaltung so ausgedehnt hat, daß hier absolut eine Teilung eintreten und dem Fach- und Fort-bildungsschulwesen ein eigener Leiter bestellt werden muß.

Stadtv. Dr. Preuß: Die Debatte zeigt, daß die Deputation keine leichte Aufgabe haben wird. Die Haupt Schwierigkeit liegt an den Mängeln der Gesehggebung, welche den wachsenden Anforderungen der Organisation der Kommunalverwaltung nicht ge-recht geworden ist. Man müßte Dirigenten der einzelnen Zweige einsetzen können; das richtige wäre doch ein Schulrat im Magistrat und unter ihm drei Dirigenten. Je mehr Schulräte, desto mehr Reibungsflächen im Magistrat.

Stadtv. Gaffel: Ob eine besoldete Stelle eingegeben werden kann, dieser Bedanke geht nicht von mir aus, ich habe ihn nur in die Diskussion werfen wollen. Die Frage, ob technischer Direktor oder dritter Schulrat, scheint mir so wichtig, daß sie auch von der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden muß.

Damit schließt die Diskussion. Im Schlußwort bemerkt

Stadtv. Singer: Der Oberbürgermeister hat auch Herrn Vertram den Ehrgeiz zugeschrieben, als Schöpfer der Pflichtfortbildungsschule zu gelten. Tatsächlich ist aber doch Herr Vertram ein grundsätzlicher Gegner derselben gewesen; er hat in diesem Saale auf dem Städte-tage diese Gegnerlichkeit bezeugt. Auch ist er schon anfangs 1901 in Pension gegangen, während der bezügliche Kommunalbeschlus vom 1902 datiert. Die heutige Diskussion hat das Thema erfreulich vertieft. Auch wir sehen das Fach- und Fortbildungsschulwesen für so wichtig, seine Leitung für eine so umfassende Leistung an, daß wir nicht glauben, es könnte jemand in untergeordneter Stellung ihr gerecht werden. Es wird auch nicht mög-lich sein, ein anderes Magistratsmitglied mit dieser Leitung zu beauftragen, weil an den Leiter schon bezüglich der Zeit solche Ansprüche gestellt werden müssen, wie man sie un-möglich einem ehrenamtlichen Magistratsmitgliede zumuten darf. Unbedingt hat an diese Stelle ein besoldetes Magistratsmitglied zu treten. Wenn man hier immer den „Schulrat“ betont, so denke ich mir unter diesem Schulrat nicht not-wendigerweise einen Philologen, einen in der Schulkarriere groß- gewordenen Mann; es kann auch sehr wohl ein hervorragender Techniker sein. (Zustimmung.) Ich hoffe, es wird in der gemischten Deputation gelingen, die Widerstände gegen eine Vermehrung des Magistrats zu beseitigen. Man könnte noch einen dritten Weg gehen, dem ich auch nicht geneigt bin, der aber zulässig wäre: Wir alle wünschen, daß der Betreffende der Versammlung verantwortlich sein soll; wir können sehr wohl nach der Städte-ordnung durch Ortsstatut festsetzen, daß Beamte für gewisse Ka-tegorien nicht vom Magistrat ernannt, sondern von der Versammlung gewählt werden. Wir müssen nicht bloß einen sachlich erstklassigen Mann haben, sondern einen, der sich auch sonst den höchsten Beamten der Stadt an die Seite stellt.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich habe mich tatsächlich be-züglich des Geheimrats Vertram falsch ausgedrückt; ich wollte sagen, daß er dieses Schulwesen so zur Entwicklung bringen wollte, wie er es für das Beste hielt.

Der Antrag Singer wird hierauf einstimmig angenommen.

Auf der Südseite des Dönhoffplatzes soll für den Staats-lanzier Fürsten v. Hardenberg ein Denkmal aus Bronze mit granitem Unterbau errichtet werden. Der Magistrat ist bereit, von den Kosten für die an den Schmied- und Wegenanlagen not-wendig werden den Umgestaltungen die Hälfte mit 2000 M. auf die Stadt zu übernehmen.

Stadtv. Wobler (A. L.) beantragt, die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Für das staatliche Institut für Infektionskrank-heiten ist auf dem Gelände des Rudolf Wichow-Krankenhauses eine Obduktionshalle erbaut worden, deren bauliche Unter-haltung und Betrieb die Stadt gegen eine auf 6300 M. bemessene staatliche Vergütung übernehmen soll, während der Rest der die

Unterhaltung und Ergänzung des Inventars und der Apparate eintritt. Der bezügliche Vertragstypus wird angenommen.

Der Prozeß, welchen Rigdors feinerzeit gegen Berlin wegen Gewährung eines Zuschusses von 80 000 M. zu den Kosten des öffentlichen Volksschulwesens für 1897 anstrengte, ist am 23. März 1906 vom Oberverwaltungsgericht dahin entschieden worden, daß Berlin 40 000 M. zu zahlen hat. Der Berliner Bezirksausschuß hatte durch Beschluß bezw. Urteil im Jahre 1903 den Zuschuß auf 30 000 M. bemessen. Die Kosten der zweiten Instanz hat Berlin allein zu tragen.

Der Magistrat beantragt unter Mitteilung des Wortlauts der Urteile und ihrer Begründungen die Uebernahme der an Rigdors bereits vorkaufweise gezahlten 40 000 M. auf das Dispositionsquantum zu und vorgerückten Ausgaben. Die Versammlung stimmt zu.

Für die III. (Königstädtische) Oberrealschule, die zurzeit im Gemeindefulhaus Chorinerstr. 74 untergebracht ist, beabsichtigt der Magistrat ein Areal von 4700 Quadratmetern auf dem Grundstück Greifswalderstr. 43/44, an der Pasteurstraße, von der Aktiengesellschaft Berlin-Nord zum Preise von 94 M. pro Quadratmeter unter Uebernahme der Anliegerbeiträge zu erwerben.

Stadtv. Gronewaldt (A. L.) spricht sich entschieden gegen die Wahl der Pasteurstraße für das endgültige Domizil der III. Oberrealschule aus. Die Stadt besäße bereits an der Sonnenburger- und Kolmdorferstraße einen weit geeigneteren Bauplatz. Mindestens müsse die Angelegenheit in einem Ausschuß vorher gründlich geprüft werden.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Der Platz, den Herr Gronewaldt vorschlägt, ist mindestens ebenso ungeeignet wie die vom Magistrat gewünschte Pasteurstraße. Ich habe mich gewundert, wie der Magistrat eine solche Schule in eine Straße von 18 Meter Breite legen will. Das Grundstück ist auch viel zu teuer, zudem besitzen wir in der Stargarderstraße ein durchaus geeignetes Terrain.

Stadtv. Wallosch (A. L.) hält Ausschussberatung für überflüssig, da der Preis durchaus nicht zu teuer und die stille Pasteurstraße sehr geeignet sei.

Die Vorlage geht an einen sogleich zu ernennenden fünfzehnköpfigen Ausschuß.

Schluß: 8 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Die Hirsche.

Die Fälle, in denen die Hirsch-Dunderschen mit ihrer Organisationszugehörigkeit den Unternehmern gegenüber in geradezu auffälliger Weise prahlen, offenbar um sich dadurch als willige Arbeiter in empfehlende Erinnerung zu bringen, mehren sich geradezu auffällig. In einer Versammlung der Arbeiter des Gaswerks Mariendorf kam jüngst ebenfalls ein derartiger Fall zur Sprache.

Einen Sturm der Entrüstung rief es dort hervor, als mitgeteilt wurde, daß seinerzeit die neugewählte Leitung des Gewerkevereins im Gaswerk sich zum Dirigenten begeben habe, um ihn von der Gründung dieser Organisation (es handelt sich um den Gewerkeverein der Fabrik- und Handarbeiter) Kenntnis zu geben. Bei dieser Gelegenheit gab der Vorsitzende die Erklärung ab, daß es der neugegründete Verein als seine Aufgabe betrachte, bei etwaigen Kämpfen der Direktion ein Rückhalt zu sein. Das zu einer Zeit, wo die Arbeiter der Englischen Gasanstalten um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpften! Die Hirsch-Dunderschen bewiesen ihre Loyalität dem Kapital gegenüber auch praktisch. Das frühere Ausschussmitglied Nowacki, Mitglied des Gewerkevereins, hat in den Sitzungen des Arbeiterausschusses regelmäßig gegen die Forderungen nicht nur gestimmt, sondern sogar gegen diese gesprochen. Ja, er hielt es sogar für seine Aufgabe, den Dirigenten des Werkes in seiner Eigenschaft als Ausschussmitglied zu schärferen Maßnahmen gegen die Verbandsmitglieder anzufragen. Durch die Mäcker des Gewerkevereins wurde ein regelmäßiger Ueberwachungsdienst eingerichtet und verschiedene anders organisierte Arbeiter sind durch diese Spitzelerei brotlos geworden. Bezeichnend war auch der Ausspruch eines Herrn Herzberg: „Feiern Sie nur recht oft den 1. Mai. Wir haben den Vorteil davon.“ Durch die Moiansperrung in der Gasmeserfabrik ist es nämlich gelungen, eine Anzahl Hirsche in diesem Betriebe unterzubringen.

Angeichts eines so gemeingefährlichen Vorgehens gegen die anders organisierte Kollegenchaft magt es gerade die Hirsch-Dundersche Presse noch, von angeblichem Terrorismus der freiorganisierten Arbeiter zu faheln!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Nachstehende Orte sind für Metallarbeiter gesperrt und erfuchen wir Zuzug nach dort fernzuhalten: Friedland i. M., Prenzlau, Reiznau, Wittenberg i. M., Edmerin i. M., Wendorf i. M. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die streikenden Kohlenarbeiter hielten gestern, Donnerstag, morgens eine Versammlung im Gewerkschaftshause ab, die unter Anwaltschaft der Vertreter der Presse stattfand. Auch die Großhändler pflogen vertrauliche Beratungen und es ist möglich, daß eine befriedigende Lösung der bestehenden Schwierigkeiten gefunden wird.

„Gelbe“ Bäder.

In aller Stille hat sich hier in Berlin zu Anfang dieses Monats die Gründung einer „gelben“ Bäderorganisation vollzogen, über welche natürlich die Zeitungsmäcker die folgende Hand dielten, als das Kind aus der Taufe gehoben wurde. Bekanntlich hat sich während der letzten Bäderbewegung in Berlin eine Clique gebildet, die unter dem Namen „meisterliche Geleiten“ agierte. Diese „Meister-treuen“ hatten unter anderem auch „Forderungen“ aufgestellt, die schon seit Jahrzehnten im Gewerbe durchgeleitet sind. Ein smarter Geschäftsmann, der Herausgeber des Annoncenblattes „Internationale Rundschau“ für Bäderbedarfartikel, Herr Wilhelm Hartmann, faßte die Gelegenheit beim Schopfe und gab schnell noch eine Zeitung, der „Deutsche Bäder- und Konditorzeitung“ heraus, um seinen bringenden Bedürfnis nach weiterer Ausnützung des infierenden Publikums abzuhelfen. In der dritten Nummer dieses Blattes prangte dann ein Aufruf zur Gründung einer „gelben“ Bäderorganisation, der denn auch Erfolg hatte. Zu derselben Zeit, als im großen Saale des „Germania“-Zinnungshauses eine große Metallarbeiterversammlung tagte, um über den Kampf mit dem Unternehmertum zu beraten, sah unten im „Reihen Saal“ ein Klumpen von Streikbrechern, über Mittel und Wege zur Rettung des Kapitals zu beratschlagen. Herr Obermeister Bernhard von der „Germania“-Zinnung sprach: Sechs Jahre sei er Geleite und 34 Jahre Meister gewesen. Von ihm könne man erwarten, daß er die Verhältnisse kenne. Er wisse, daß die lange Arbeitszeit nicht durch die Sozialdemokratie verkürzt worden sei. Die zwölfstündige Arbeitszeit sei „aus sich“ entstanden. Es sei nun einmal so, daß auch das Handwerk sich den Zeitverhältnissen anpassen müsse. Nach ihm sprach Obermeister Schmidt von der „Concordia“ und nach diesem ergriffen noch eine Anzahl von Meistern das Wort. Vertreter waren da aus Erfurt, Braunschweig, Rastenburg, Magdeburg, Gera, Stettin, Breslau und anderen Orten, meist Vorstände der Geleiten-Mitgliedervereine oder

Altegefallen. Die Auslagen, bis zu 100 M. für einzelne Städte, trugen opfervoll die notleidenden Meister. Den Glanzpunkt der Zuzug bildete das Festessen. Schmunzeln bezahlten die Meister auch diese Kosten aus der Zinnungskasse. — Und doch haben sie die Rechnung, die so glatt scheint, ohne den Wirt gemacht, ohne den „Zentralverband der Bäder“, der seine Forderung trotz der gelben Streikbrecher zur rechten Zeit präsentieren wird!

Achtung, Etuisarbeiter und Arbeiterinnen! Die Etuisarbeiter und Arbeiterinnen in Pforzheim und Umgebung sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zuzug nach Pforzheim und Unterreichenbach ist streng fernzuhalten. Bei vorerwählter Streikarbeit sind Erkundigungen auf dem Bureau, Engländerstr. 15, II, Zimmer 21, einzuziehen. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Buchbinderverband. Jahrestelle Berlin.

Deutsches Reich.

Ausperrung. Am Montag wurden sämtliche organisierten Arbeiter der Stärkefabrik B. A. Scholten zu Landsberg an der Warthe ausgesperrt. Die Direktion verlangte eine schriftliche Erklärung dahin, daß in dieser Kampagne keine Lohnforderungen gestellt werden. Da sich die Direktion ihrerseits nicht verpflichten wollte, Lohnabzüge zu unterlassen, lehnten die Arbeiter dieses Ansinnen ab. Darauf erfolgte die Aussperrung der circa 70 Arbeiter. Die Firma sucht jetzt 100 Ersatzkräfte. — Die Arbeiterschaft aller Orten wird gebeten, den Zuzug von Landsberg an der Warthe fernzuhalten.

Der Stettiner Hafnarbeiterstreik.

In der gestrigen sehr zahlreich besuchten Versammlung der ausständigen Hafnarbeiter äußerte sich der Vorsitzende des Hafnarbeiterverbandes Döring aus Hamburg in längeren Ausführungen über die jetzige Lage des Streiks. Insbesondere ging er auf die Frage ein, ob es ratsam wäre, wenn die Ausständigen neue Verhandlungen mit dem Schuppenverband der Reeder anbahnen würden. Redner verneinte diese Frage, indem er hervorhob, daß sowohl die Reeder wie auch die Stadt mehr Ursache hätten, als die Ausständigen, eine Verständigung herbeizuführen, weil dieser Lohnkampf für den Handel und für die ganze Bürgererschaft sehr schädigende Wirkungen im Gefolge habe. Würden die Ausständigen jetzt den Friedensschluß nachsuchen, so könne das als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden und den Kampf noch in die Länge ziehen. Der Schuppenverband der Reeder habe den Streik sicher schon lange vorbereitet und zielt in seinem Bestreben nur dahin, die Organisation zu zertrümmern. Es müsse daher der Kampf mit aller Schärfe fortgeführt werden, bis ein ehrenvoller Frieden angeboten werde. Vorläufig sei ja bei der Lage der Dinge noch nicht daran zu denken. Deshalb brauchten aber die Ausständigen nicht zu verzweifeln, da genügend Geldmittel vorhanden wären. Bis jetzt hätten sich ja auch keine wankelmütigen Kollegen gezeigt. Wenn von den Reedern das Gerücht in die Welt gesetzt würde, daß nächstens eine große Zahl von Reederlisten als Arbeitswillige in Stettin eintröfen, so sollten sich die Ausständigen ja nicht durch solche Machinationen einschüchtern lassen. Er für seine Person glaube daran nicht und wenn es doch der Fall sein sollte, so würden sich schon Mittel und Wege finden, diese Leute über den Seeverhalt aufzulären. — Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der die Ausständigen sich verpflichteten, fest und treu bis zum letzten Mann weiter zu kämpfen.

Der Streik auf „Rote Erde“ dauert fort. Die streikenden resp. ausgesperrten Arbeiter hatten die Vermittlung der königlichen Gewerbeinspektion angeregt. Die Verleitung lehnte jedoch jedes Eingekommen ab. Inzwischen wendet dieselbe neue Mittel gegen die Arbeiterschaft an. Diejenigen der Arbeiter, welche das Unglück haben, die „Wohlfahrt“ der Firma in Form von Arbeiterwohnungen zu genießen, werden gerichtlich zum Verlassen der Werkwohnungen gezwungen. — Ein Musterbeispiel für die Nützlichkeit solcher Einrichtungen für den Kapitalismus!

Eine gelbe Gründung gab Anlaß zu einer Beleidigungsklage, die vor dem Schöffengericht Nürnberg verhandelt wurde. Im März gründeten die den freien Gewerkschaften angehörenden Arbeiter der Siemens-Schuckertwerke einen Fabrikfonds zur Unterstützung in Notfällen. Zuerst war beabsichtigt, auch die Christlichen und Hirsche mit zuzulassen, da sie aber sehr gering an Zahl sind und man befürchtete, daß sie trotzdem große Ansprüche bei der Verwaltung des Fonds stellen würden, kam man wieder davon ab. Sie taten sich dann mit den Unorganisierten zusammen und gründeten einen sogenannten „unparteilichen“ Unterstützungsfonds. Bald darauf wurde in zwei Fabrikversammlungen der freiorganisierten Arbeiter von Rednern mitgeteilt, daß die Direktion den Christlichen und Hirschen für ihre Unterstützungskasse 6000 M. gespendet habe, weil sie hoffe, daß diese Gründung als eine Art gelber Gewerkschaft den modernen organisierten Arbeitern entgegenwirken werde. In der „Fränkischen Tagespost“ erschien ein Bericht über die Versammlungen, wobei auch diese Ausführungen wieder gegeben wurden. Darauf schickte der Vorsitzende des Ortsverbandes der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft der „Tagespost“ eine Berichtigung auf Grund des Rechtsgesetzes, worin er erklärte, daß den Hirschen zusammen mit den Christlichen von der Direktion 6000 M. angeboten worden seien. Kurze Zeit darauf wurde aber in einer Versammlung von Christlichen, Hirschen und Unorganisierten, die sich mit der Gründung des Fabrikfonds beschäftigte, mitgeteilt, daß die Direktion für den Fall, daß die Gründung zustande komme, 10 000 M. versprochen habe! Nun brachte die „Tagespost“ einen Artikel, worin jene unwahre Berichtigung des Herrn Käfer scharf geigelt wurde. Herr Käfer stellte daher Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur Schlegel. In der Verhandlung erschien als Zeuge der Direktor der Schuckertwerke, Ketz, der bekundete, daß er, als er von der Gründung des Fonds Kenntnis erhielt, die Vertrauensleute der Christlichen und Hirsche zu sich entbieten ließ und ihnen erklärte, für den Fall, daß die Gründung erfolge, würden sie auf die Unterstützung der Direktion rechnen können. Später seien 10 000 M. ausbezahlt worden. Eine Bedingung habe er aber nicht daran geknüpft. Da in dem Artikel Käfer auch als sozialpolitischer Kamelud bezeichnet worden war, ließ sich Schlegel schließlich auf einen Vergleich ein, wonach er den Kameluden zurücknimmt und jeder Teil seine eigenen Kosten sowie die Hälfte der Gerichts- und Anwaltskosten trägt. — Festgestellt ist, daß die braven Christen und Hirsche sich für ihre Gründung vom Unternehmer 10 000 M. schenken ließen.

Wegen der Straftatumsätze, die in der letzten Augushälfte in Nürnberg vorlagen, sind 57 Personen in Untersuchung gezogen. Man will ihnen wegen Landfriedensbruchs den Prozeß machen. Alle diese Fälle wurden einem Untersuchungsrichter zur Behandlung übergeben. Wegen den Streikbrecher Ziel, der den Genossen Fleischmann erschoss, ist Untersuchung wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode eingeleitet. Der Würder befindet sich immer noch auf freiem Fuße, während Streikende, die bei diesem Zusammenstoß zu-gegen waren, seit dieser Zeit in Haft sind! Ein Teil der vorliegenden Fälle soll schon Ende des Monats September vor dem Schöffengericht Nürnberg zur Verhandlung kommen. Kleinere Fälle werden schon jetzt von den Gerichten abgeurteilt. So wurden am Mittwoch zwei Arbeiter vom Schöffengericht zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie bei dem Polizeikrawall am 24. August der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht im Geschwindigkeitsnachlassen.

Ausland.

Die Buchdrucker in Basel sind in eine Lohnbewegung eingetreten mit folgenden Forderungen: Reduktion der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden, Erhöhung des wöchentlichen Lohnminimums von 33 auf 39 Fr., der Monatslohn um 12 bis 13 Proz. Die Gehältern, welche jetzt schon das geforderte Minimum oder mehr erhalten, sollen eine Zulage von 3 Fr. bekommen. In der von über 300 Typographen besuchten Versammlung waren auch die Scherinnen des katholischen „Baseler Volksblattes“, dessen Redakteur der „katholische Sozialologe“ Dr. F. e. n. n. i. e. r. ist, erschienen, um mitzuteilen, daß sie nur 22 bis höchstens 25 Fr. pro Woche erhalten und dafür so viel leisten müssen wie männliche Gelehrer, „katholische Sozialpolitik“.

Der Maurerkreis in Lausanne ist mit teilweisem Erfolg der Arbeiter nach zwölfwöchiger Dauer beendet worden. Eine Verkürzung der zehnstündigen Arbeitszeit wurde leider nicht erreicht. Die Löhne sind wie folgt festgesetzt: 57 Rappen, statt früher 50 für die Maurer, 47 statt 40 Rappen für die Handlanger und 35 statt 30 für die Pfostenträger und zwar sollen das Minimum sein. Der neue Tarifvertrag soll bis 31. Dezember 1910 gelten, also um wenigstens ein Jahr zu lang.

Die Streiks in Spanien.

Madrid, 11. September.

Der große Streik in Bilbao ist zu Ende. Nach den letzten Meldungen haben die Bergleute in einer Versammlung zu Arbolada die Wiederaufnahme der Arbeit beschloßen. Infolgedessen nahmen auch die 10 000 Bergleute der Provinz Santander, die aus Solidarität mit den Kameraden von Bilbao in den Streik getreten waren, die Arbeit wieder auf.

Die spanischen Behörden — wie stets und allenthalben ergebene Lakaien der hohen Unternehmerschaft — haben dieser eine große Zahl Soldaten und Polizisten zur Verfügung gestellt, die sich denn auch eine Reihe Verurteilungen aller Art leisteten: In Bilbao wurden zwei Arbeiter, in der Stadt Santander einer getötet! Die Zahl der Verwundeten ist nicht gering.

Die Forderungen der Streikenden lauteten: Reunionsentzug, Bezahlung der Ueberstunden, Ausdehnung der Gesetze über Unfälle, Frauen- und Kinderarbeit auf den Bergbau. Länger als zwei Monate hat der Streik gedauert trotz der energischen Unterstützung seitens des Allgemeinen Arbeiterverbandes und der sozialdemokratischen Partei.

Der Streik der Maurer von Madrid, der den spanischen Kapitalistenblättern so reichen Stoff zu wüsten Angriffen auf die Arbeiterschaft bot, wurde beigelegt, bevor er eigentlich offiziell erklärt war! Das bedeutet einen großen Erfolg der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Der Kampf wurde in der Hauptsache von der Gewerkschaft „El Trabajo“ („Die Arbeit“) geführt, die etwa 7000 Mitglieder zählt und einen guten Streikfonds ihr eigen nennt. Zwei anarchoistische Gewerkschaften („La Armatia“ und „El Forcenir del Trabajo“) mit zusammen 2500 Mitgliedern, waren zuerst gegen den Streik, wurden aber durch den Ungestüm der Kollegen vom „El Trabajo“, die der sozialdemokratischen Parole folgen, mitgerissen und versprachen, Solidarität zu üben. Zudem hatten sämtliche Arbeiter der Bauberufe erklärt, daß sie gleichfalls aus Solidarität mit den Maurern in den Streik treten würden.

Gegenüber dieser Arbeiterkoalition streckten die Unternehmer die Waffen und erklärten sich bereit, vom Mai 1907 an den Maurern 25 Centimos pro Tag mehr zu zahlen und den Achtstundentag anzuerkennen.

Die Beilegung dieses Streiks bedeutete — wie schon gesagt — einen großen Sieg des Proletariats.

Bilbao, 13. September. Die anlässlich des Ausstandes aus der Provinz Vizcaya herbeigezogenen Truppen sind in ihre Standorte entlassen worden. Der Belagerungszustand wird als Vorbeugungsmaßregel aufrecht erhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verworfenne Revision.

Leipzig, 13. September. (B. L. Z.) Das Reichsgericht hat die von dem Diener Wilhelm Glase gegen das Urteil des Landgerichts I Berlin vom 6. Juli dieses Jahres, durch das er wegen verurtheter Erpreßung, begangen gegen den Fürsten von Werde, zu neun Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden war, eingelegte Revision verworfen.

Der Unternehmer will nicht.

Eisenach, 13. September. (B. L. Z.) Nachdem die seit mehreren Wochen ausständigen 1400 Arbeiter der Eisenacher Fahrzeugfabrik auf das Ultimatum der Direktion mit fünf Sechstel Majorität beschlossen hatten, im Ausstande zu verharrten, fanden heute abermals Verhandlungen statt, in deren Verlauf die Direktion erklärte, von den in dem Ultimatum gestellten Bedingungen nicht abgehen zu wollen. Die Verhandlungen sind nunmehr als vollständig gescheitert anzusehen.

Der Schnaps — des Jaren Heiser.

Petersburg, 13. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Ungeachtet der häufigen Raubüberfälle auf Branntweinmonopolläden sind die dadurch der Staatskasse zugefügten Verluste unbedeutend. Der staatliche Verkauf an Getränken überhaupt ergab in der ersten Hälfte dieses Jahres 301 Millionen Rubel, im Monat Juli 50 Millionen Rubel. Die Verluste des Staates infolge Vererbung belaufen sich nur auf den tausendsten Teil des Einkommens mit dem Verkauf an Getränken. (Bekanntlich sind die Ueberfälle der Revolutionäre auf Branntweinläden begangen worden, um der Schnapspest als Verdummungsmittel ein Ende zu machen.)

Wißfläcker Ueberfall.

Petersburg, 13. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Ein von Neval kommender Zug wurde gestern in der Nähe von Gatschina von einer Anzahl von Männern beschossen, wobei es augenscheinlich auf Vererbung eines nach Petersburg zurückkehrenden Eisenbahnlässers abgesehen war, der auf den Stationen Geld einliefert hatte. Die Militärmacht der kaiserlichen Bahn übergraschte die Ueberläufer von hinten, feuerte und jagte sie in die Flucht. Zwei von ihnen sind getötet, einer ist festgenommen worden.

Schiffersstreik.

Madrid, 13. September. (B. L. Z.) In La Coruna haben die Bootleute beschlossen, am 21. Oktober dieses Jahres in den allgemeinen Ausstand zu treten.

Gegen die russischen Greuel.

Mailand, 13. September. (B. Z.) Abgeordnete der drei radikalsten Parteien treten hier am 20. September zusammen, um gegen die Greuel in Rußland Stellung zu nehmen.

Eisenbahnunglück.

Petrograd, 13. September. (B. L. Z.) In der Nähe von hier ist ein Eisenbahnzug entgleist; die Lokomotive stürzte den Eisenbahndamm hinunter. Bei dem Unfall sind sieben Personen ums Leben gekommen; die Zahl der Verwundeten ist unbekannt.

Die russische Revolution.

Siedlee.

In seiner bekannten Kritiklosigkeit bringt „Wolffs Bureau“ über die Schrecken des Pogroms von Siedlee die amtliche Darstellung, die ihm von der russischen Regierung in die Feder diktiert wird. Die zaristisch-Wolffsche Darstellung lautet:

Petersburg, 12. September. Ueber die Vorgänge in Siedlee wird von dort amtlich gemeldet: Am 10. September wurde auf der Dgorodnajastraße vom Balkon eines Hauses auf einen Offizier geschossen. Sieben junge Leute wurden verhaftet. Die Nacht auf den 11. verlief ruhig. Am 11. abends wurde auf der Stodolnajastraße wieder auf einen Offizier geschossen. Das Militär beschloß hierauf zwei Häuser. In der Nacht auf den 12. fielen zwei Schüsse aus einem Garten bei der Kentei, offenbar gegen Wachtposten. Diese antworteten mit acht (!) Schüssen. Im christlichen Hospital wurden sechs verwundete Juden und eine Jüdin aufgenommen, von denen drei gestorben sind. In das jüdische Hospital wurden 17 Tote, 12 schwer und 60 leicht verwundete Juden gebracht. 21 wurden auf dem jüdischen Friedhofe begraben. 54 Personen wurden verhaftet, davon 43 mit Waffen in der Hand. Infolge Brandstiftung (von wem ging sie aus?) entstanden 12 Brände, die von der Feuerwehr auf ihren Feind beschränkt wurden. Aus Geschützen wurden sieben (!) Schüsse abgegeben, durch Gewehrfeuer haben namentlich die Häuser des Zentrums der Stadt gelitten. Viele Läden wurden geplündert und Wohnungseinrichtungen zerstört. Die Juden wandern zum Teil in die benachbarten Städte und Dörfer aus. In der Stadt herrscht heute vollkommenes Ruhe, ebenso in den übrigen Ortschaften des Gouvernements.

Dem Hilfsverein der deutschen Juden gingen noch folgende zwei Telegramme zu:

Warschau, 11. September. Die Entsendung eines Berichters nach Siedlee ist jetzt geplant, und im Laufe des morgigen Tages können ausführliche Berichte erwartet werden. Fest steht, daß der Pogrom 50 Stunden dauerte. Die Verwüstung durch Kanonen und Gewehrsalven sowie durch Feuerbrunst ist ungeheuer. Geplündert wurden nach ungefähre Schätzung 30 Läden, verbrannt sind 70 Häuser. Die Zahl der Toten beträgt mehrere Hundert, die der Verwundeten ist sehr groß. Die Angst auf der Stadt ist allgemein. Da Mangel an Ärzten herrscht, wurden solche von hier entsandt. Es fehlt auch an Nahrungsmitteln, für die wir sorgen müssen. Die Feuerbrunst ist um so schrecklicher, da es an Wasser mangelt.

Warschau, 12. September. Unser Berichterstatter ist seit gestern in Siedlee, aber die Verbindung nach hier ist unterbrochen und wir sind daher ohne Nachrichten. Durch Plünderungen wurde festgestellt, daß gestern die Kanonade anhielt. Heute ist es ruhig. Ferner wurde ermittelt, daß sowohl eine christliche als auch eine jüdische Deputation den Gouverneur bat, die Regierungen einzustellen. Da er die unmögliche Forderung der Auslieferung der Revolutionäre stellte, so wollten die Deputationen als Vürgen im Gefängnis bleiben. Dies wurde jedoch abgelehnt, und das Morde und Plünderungen dauerte an. Die Siedleer Gemeinde benachrichtigte uns, daß dort Hungersnot herrscht. Wir haben sofort die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt.

Das Zarenpräsidium.

St. Petersburg, 6. September.

Der Zar hat den Bauern ein großartiges Opfer gebracht: Er hat sich bereit erklärt, seinen „lieben Bauern“ 2 Millionen Morgen aus seinen Apanagegütern zu einem annehmbaren Preise zu verkaufen.

Apanage heißt auf russisch „Udjeli“, ein Wort, welches der Russe sehr oft zu hören und zu lesen bekommt. Wenn man in 29 russischen Gouvernements sich an jemand mit der Frage wendet: „Wem gehören diese schönen Wälder und Felder?“ so bekommt man zur Antwort „Udjeli!“ Wenn man die schönsten Gegenden des Kaukasus oder der Strimbalbinsel bewundernd fragt, wem sie gehören, so erhält man zur Antwort „Udjeli“. Wenn man am Tische eines wohlhabenden Bürgers ein gutes Glas Wein trinkt und nach der Firma fragt, so hört man „Udjeli“. Und wenn man das Wort „Udjeli“ grammatikalisch analysiert, so erkennt man, daß es auf „Udeljat“ zurückzuführen ist, was auf deutsch „Zuteilen“ heißt. Daraus folgt, daß die „Udjeli“ dem Zaren zugeeignet wurden! Im ersten Bande des „Russischen Staatsrechtes“ (von dem bekannten, jetzt verstorbenen Professor Korfunoff) ist darüber zu lesen: „In Rußland verfügt der Monarch als absoluter Herrscher über alle Geldressourcen des russischen Staates unumschränkt und bestimmt infolgedessen selber sein eigenes Gehalt, die Ausgaben für den kaiserlichen Hof und seine Reisegehalte. . . Diese Summen sind der allgemeinen Kontrolle nicht unterstellt. . . Die Rechenschaft über diese Ausgaben ist dem Zaren direkt abzugeben, und die entsprechenden Rechnungen werden von ihm persönlich kontrolliert. . .“ (Vd. I. Seite 15.)

Das erinnert mich an eine Anekdote des russischen Budgets, die — wahrscheinlich der Kürze halber — die einfache Ueberschrift trägt: „Ausgaben verschiedener Art.“ Diese rätselhaften „Aberhand“-Ausgaben machen jährlich rund 24 Millionen Rubel, also über 50 Millionen Mark, aus. Ich erinnere mich ferner an ein Budget, in dem der Finanzminister (ich glaube Witte) ganz offenherzig schrieb: 200 000 Rubel (die genaue Ziffer habe ich nicht mehr im Kopfe) „für einen Zweck, der Seiner Majestät bekannt ist.“

Schon Iwan II. (der Schreckliche) hatte den Befehl erteilt, 40 Städte, Dörfer und Amtsbezirke an den Zarenhaushalt abzugeben. Aber erst Paul gründete im Jahre 1797 die „Udjeli“, die zum Fiskus hatten: „die Versorgung auf alle Zeiten für die Mitglieder der kaiserlichen Familie“ und zwar für die nächsten, die nicht das Recht auf das Tragen der russischen Krone besitzen; denn den anderen blieb — wie zuvor — der Zutritt zu den Staatskassen offen. Uebrigens wurde auch für jene eine Seitenporte zur Staatskasse angebaut, da die „Udjeli“ sie nur teilweise zu „versorgen“ hatten.

Im Jahre 1810 zählte die Zarenfamilie nur fünf Mitglieder, 1896 aber war sie schon auf 43 angewachsen! Und so ging es weiter. Die Einkünfte der „Udjeli“ könnten somit — so fürchteten sie — ihre Ausgaben nicht mehr decken, weshalb man zu überlegen begann, wie die „Udjeli“ reicher zu machen wären. Jetzt sind die „Udjeli“ ein großartiges kapitalistisches Unternehmen. Sie besitzen 7 900 000 Morgen, 100 Fabriken, 850 verschiedene Handelsfirmen, großartige Fischhandlungen, sie verkaufen jährlich 125 000 Eimer Wein und bringen der Zarenfamilie einen jährlichen Reinertrag von über 20 Millionen Rubel! Im ganzen aber, von 1797, dem Jahre ihrer Gründung, bis 1897, brachten sie ihr bereits 236 Millionen Rubel!

Als die „Bauernbefreiung“ kam, wurden mit dieser auch die Bauern der „Udjeli“ beglückt, mußten aber der Zarenfamilie für ihre „Freiheit“ 51 Millionen Rubel auszahlen!

Die Auszahlung der Summe in Raten wurde allergnädigst gestattet, wobei natürlich die Zinseszinsen nicht vergessen waren. So haben denn die Bauern für ihre „Freiheit“ bis 1904 gezahlt, und zwar mit Zinseszinsen im ganzen 132 Millionen Rubel!

Der Ex-Ministerpräsident Gorenkin hat in seiner Deklaration vom 13. Mai, die durch Bauernanschläge in ganz Rußland verbreitet wurde, dem Volke stolz kund gegeben, daß die „Udjeli“ unter keiner Bedingung den Bauern abgetreten werden. Ein paar Monate darauf ist es aber anders geworden. Warum? Vermutlich folgt der Zar dem Beispiele jener Gutbesitzer, die jetzt in aller Eile ihre Güter den Bauern und anderen verkaufen. Steht doch sogar in den Programms aller russischen liberalen Parteien Schwarz auf weiß geschrieben, daß die „Udjeli“ den Bauern unentgeltlich zurückgegeben werden müssen! Der „wohlthätige“ Zar gedenkt aber einen Teil dieser „Udjeli“ der Bauernbank zu verkaufen und hat die Absicht, sich für 1 930 000 Morgen 100 Millionen Rubel zahlen zu lassen.

Die Bauernbank wurde also zum Vermittler zwischen dem Zaren, den Bauern und den Kommissionen gemacht, die durch den Zaren vom 4. März in ganz Rußland gebildet werden und das Studium der gegenwärtigen Lage des Bauernbesitzes zur Aufgabe haben sollten. Diese Kommissionen bestehen nun aber ausschließlich aus Regierungsbeamten. Nur drei Bauern sitzen in ihnen, die aber unbedingt Grundbesitzer sein müssen! Die Physiognomie dieser Kommissionen wird man sich danach leicht vorstellen und man wird auch begreifen können, warum sie von den Bauern boykottiert werden.

Diesen Kommissionen steht nun würdig zur Seite die Bauernbank, der wir bei dieser Gelegenheit auch ein paar Worte widmen möchten: Um den russischen Agrariern die Veräußerung ihrer Güter zu erleichtern, befahl die Regierung der Bank, den Zinsfuß etwas herabzusetzen, den Bauern den Zugang zu den Bankkassen zu erleichtern und auf eigene Rechnung Güter anzukaufen. Die Bank geordnete und kaufte im Laufe der letzten neun Monate 1 700 000 Morgen für 215 Millionen Rubel auf, und zwar hauptsächlich in jenen Gegenden, in welchen bis jetzt die Agrarunruhen am stärksten waren! Nun ist es klar, daß schon allein die Tatsache der Existenz eines Geldinstitutes, welches es sich zur Aufgabe macht, Güter anzukaufen, die Preise steigert. Mit Hilfe der bereits erwähnten Kommissionen also können die Agrarier noch in allerletzter Stunde ein gutes Geschäft machen. Und wirklich! Im Zetatorinoslawer Gouvernment zahlte die Bank 149 Rubel für einen Morgen, im Gouvernment Wostawa 239 Rubel, d. h. dreimal bezw. doppelt so viel, als in früheren Jahren.

So sieben also die russischen Ruschiks vor einer neuen „Bauernbefreiung“ und sollen — genau wie damals — für ihren Boden viel mehr zahlen, als er ihnen einbringen wird. Die Folge würde natürlich sein, daß die Bauern bald mit der Einstellung ihrer Zahlungen an die Bank beginnen würden. Das geschieht auch bereits! Vor einem Monat noch haben einige naive Bauerngemeinden des Simbirsk-Gouvernements der Bauernbank große Bodenlücken der dortigen Gutbesitzer zu sehr hohen Preisen abgekauft, und jetzt werden von der Simbirskischen Filiale der Bauernbank schon wieder 17 360 Morgen dieses Bauernkaufes verteidigt!!

So scheiterte also der Plan der russischen Regierung, den Bauern die Güter des russischen Adels zu hohen Preisen zu verkaufen, und damit blieb auch vorläufig ihre Hoffnung unerfüllt: tausende von kleinen Bauernbesitzungen zu schaffen, mit Hilfe derer sie der Revolution auf dem Lande den Garau machen wollte. Nun hat aber die Bauernbank schon einen Vorrat von 2 Millionen Morgen, und wie der derzeitige, wohl gut unterrichtete Ackerbauminister Fürst Wassiltschikoff behauptet, wollen die meisten der Bauern jetzt von Erwerbung von Grund und Boden überhaupt nichts hören. Was will also die Bank mit ihrem sehr teuren Vorrat anfangen? Sie wird ihn den Bauern zu billigen Preisen verkaufen. Und die Differenz? Die wird die Staatskasse oder richtiger der Bauer selber decken!

So dachte die „schlaue“ russische Regierung durch den Verkauf der „Udjeli“ und der „adligen Gutbesitzungen“ an die Bauern den Zaren, den Adel und die Bauern zufrieden zu stellen! Uns dünkt jedoch, daß dieser überflüge Plan der russischen Staatsmänner an der „Dummheit“ des russischen Volkes scheitern wird.

Die früheren Boykottfreunde gegen den Duma-Boykott.

Es erscheint jetzt in Rußland eine neue illegale Zeitung, der „Proletary“, Organ des Petersburger und des Moskauer Komitees der Russ. S. D. F. Diese Zeitung gehört der Richtung der Bolschewiki (früheren „Mehrheitspartei“) an. Die Bolschewiki hatten bekanntlich die Duma boykottiert und waren gegen die Wahlen aufgetreten. Die Situation hat sich aber geändert und es fragt sich nun, wie die Bolschewiki sich gegenüber den kommenden Wahlen verhalten werden. Nr. 1 des „Proletary“ gibt darauf die Antwort:

„Die Taktik der S. D.“, so wird da gesagt, „soll von der Situation abhängen. Das Wahlgesetz für die Duma war nach zur Zeit des bewaffneten Kampfes erschienen, und das Proletariat konnte nicht ohne Kampf dem Jariismus die Einberufung der Volksvertretung überlassen. Es mußte somit gegen die Ausnahme der April-Anleihe kämpfen. Die Bedeutung der Duma wurde in den Volksmassen ungeheuer übertrieben; gegen diese Illusionen mußte gekämpft werden, und der Boykott war das einzige Mittel. Die Beteiligung an den Wahlen würde auch bei den damaligen Verhältnissen zur Unterstützung der Kadetten geführt haben.“

Jetzt aber ist die Zeit gekommen, wo die früheren Boykottfreunde aufhören sollen, es zu sein. Wir werden uns nicht weigern, in die zweite Duma zu gehen, wenn sie einberufen wird. Wir werden uns nicht weigern, diese Kampfesart zu benutzen, obgleich wir ihre Bedeutung nicht übertreiben, im Gegenteil sie gänzlich den anderen Kampfesarten, wie Streik, Aufrüstung usw. unterordnen werden auf Grund der von der Geschichte gelieferten Erfahrung.

Eine Wahlvereinbarung mit der Arbeitsgruppe ist notwendig; unter dieser Voraussetzung werden wir die Kadetten besiegen. „Beteiligung an den Dumawahlen“ ist aber nicht alles. Die Frage wird dadurch nicht erschöpft. Die Regierung kann im Augenblick eines beginnenden Aufstandes die Wahlen vornehmen, um die Kräfte der Revolution zu zersplittern. Dies sollen wir verhindern; wir sollen dessen eingedenk sein, daß die Wahlkampagne eine unter-

geordnete Kampfesform und daß die Hauptfrage die revolutionäre Bewegung der großen Massen ist. Wir sollen unsere alte Parole auch weiter propagieren: die Konstituante, die durch eine provisorische revolutionäre Regierung einberufen werden soll. Die Wahlkampagne soll uns von unseren revolutionären Zielen nicht ablenken. Die Sozialdemokratie soll sich bemühen, alle revolutionären Elemente des Volkes zusammenzuscharen, damit der bevorstehende Aufbruch der Bewegung zum bewaffneten Aufstand gegen die zarische Regierung wird. . . .“

Zum Beginn des akademischen Jahres.

Die Frage, ob in diesem Jahre die Hochschulen arbeiten sollen, ist von der Regierung noch nicht endgültig entschieden. Doch wenn auch — wie es den Anschein hat — die Universitäten und sonstigen höheren Lehranstalten im September ihre Tätigkeit wieder aufnehmen werden, so besteht wenig Aussicht auf eine lange Dauer der friedlichen Arbeit in den Hochschulen zu einer Zeit, wo in allen Universitätsstädten durch Ausnahmegeetze jede öffentliche Tätigkeit unmöglich gemacht ist.

Bei Beginn des vorigen Lehrjahres haben es — wie bekannt — die Studierenden auf Anraten der sozialdemokratischen zentralen Organisationen zur Eröffnung der Studien kommen lassen, um dann sämtliche Universitätsräume in Lokale für politische Versammlungen und Meetings unabsehbarer Volksmassen zu verwandeln!

Jetzt, wo aufs neue die Frage der Wiedereröffnung der unterbrochenen Studien in den Vordergrund tritt, hat sich das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit folgendem Rat an die Studentenschaft gewandt:

„Die Studierenden werden aufgefordert, im Interesse der revolutionären Bewegung die Lehranstalten zu öffnen, sowohl um die studierende Jugend in den großen Städten zu konzentrieren, als auch um die Lehrgebäude der Hochschulen zu allen möglichen Versammlungen auszunutzen, wobei jedoch durchaus keine sofortige Umwandlung der Räumlichkeiten in Volksversammlungslokale empfohlen werden soll, da eine solche nur nach vorhergegangenem Uebereinkommen mit den lokalen Parteiorganisationen ratsam wäre.“

Der finnische Schrecken.

Helsingfors, 13. September. (Meldung des Svenska Telegrambyran.) Ein kaiserlicher Ukas verbietet die Einfuhr von Gewehren mit gezogenem Lauf und von allen Arten Revolver nach Finnland auf ein Jahr, vom 14. d. R. ab gerechnet; Gewehre mit glattem Lauf dürfen eingeführt werden.

Berichtigung. In Nr. 212 muß es im Abschnitt „Koozel“ gegen Ende nicht heißen: „Wittes“ verachte „Ruskoje Bogajstwo“, sondern: „Ruskoje Gosudarstwo“.

Statistik der italienischen Landarbeitergewerkschaften.

Rom, 11. September.

Der plötzliche Rückgang, den die italienischen Landarbeitergewerkschaften nach ihrem ersten Entzünden und ihren ersten siegreichen Kämpfen der Jahre 1900 und 1901 erlitten haben, hat vielfach auch in Italien selbst den Eindruck hervorgerufen, als hätte es sich um eine impulsive Massenbewegung, ohne Halt und Beständigkeit, gehandelt. Eine offizielle Statistik des Reichsarbeitsamtes, die dieser Tage erschienen ist, zeigt nun, daß die Landarbeitergewerkschaften auch nach der ersten Periode verhältnismäßig leichter Siege bei der Arbeit geblieben sind und heute auf eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern hinweisen können. Nach der Umfrage des Arbeitsamtes, die sich auf Mitteilungen der Bürgermeister aller Gemeinden Italiens stützt, gab es am 1. Januar 1906 im ganzen 982 Gewerkschaften mit 221 918 Mitgliedern.

Diese Gewerkschaften stehen sämtlich auf dem Boden des Klassenkampfes, da das Arbeitsamt die katholischen Gewerkschaften nicht mit einbegriffen hat. Mit Ausnahme der Organisationen der Romagna, die vielfach republikanisch sind, sind sie sozialistische Gründung und vom sozialistischen Geiste beseelt. Für die Propaganda im italienischen Landvolke ist es geradezu charakteristisch, daß sie gleichzeitig politisch und gewerkschaftlich war und ist, so daß die am besten organisierten Kreise auch die meisten sozialistischen Stimmen ergaben.

Die verschiedenen Regionen Italiens haben sehr verschiedenen Anteil an der ländlichen Gewerkschaftsbewegung. An der Spitze steht die mittelitalienische Landschaft Emilia mit 91 227 Organisierten, 11,5 Proz. der gesamten in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung. In einigen Kreisen dieser Region steigt der Prozentsatz der Organisierten auf 32, so in Ravenna und Ferrara. An zweiter Stelle kommt Sizilien mit 43 736 Organisierten oder 6,8 Proz. der in der Landwirtschaft Tätigen; dann folgt wieder eine südliche Landschaft, Apulien, mit 23 316 oder 4,1 Proz. An absoluter Zahl der Organisierten wird Apulien von der Lombardei übertriften — 23 525 Organisierte — aber hier bleibt die Verhältniszahl unter dem Durchschnitt; in der Lombardei sind nur 2 Proz. der in der Landwirtschaft tätigen Personen gewerkschaftlich organisiert, in ganz Italien aber 2,5 Proz. Charakteristisch ist, daß in der Provinz Mailand von 271 421 in der Landwirtschaft Beschäftigten nicht einer — sage und schreibe: nicht einer — organisiert ist und das, obwohl Reformisten und Syndikalisten, die ja beide in Mailand ihre Zentrale haben, täglich von den Wandern ihrer erzieherischen oder revolutionierenden Tätigkeit im Proletariat reden! Und gerade die „intellektuelle Hauptstadt Italiens“ hat die Wendebor den Toren, weit schlimmer als Rom, das wenigstens 2275 (2 Proz.) Organisierte hat. Nach Apulien folgt Umbrien mit 7098 Organisierten (3,8 Proz.) und der Latium mit 6687 (2,5 Proz.) Alle anderen Regionen haben ganz geringfügige Organisationen, Calabrien und Sardinien haben gar keine.

Was die Beteiligung der Frauen an der Organisation betrifft, so ist sie verhältnismäßig ziemlich stark. Im ganzen sind 30 677 Frauen gewerkschaftlich organisiert und zwar am meisten in der Emilia — 29 429 —, dann in der Lombardei 6127 und in Apulien 1843.

Interessant ist die Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder auf die verschiedenen Gruppen der in der Landwirtschaft Tätigen. Die erste Stelle nehmen begriffschwerf die landwirtschaftlichen Tagelöhner ein, deren Lage sich am meisten der des industriellen Proletariats nähert. Sie bilden 1/3 der Gesamttheit der Organisierten, da 145 405 Tagelöhner den Gewerkschaften angehören. An zweiter Stelle rangieren die Kationen, Galspartner, Drittelpartner usw., die 23 387 Organisierte stellen. Fast ebenso groß — 22 654 — ist die Zahl der organisierten kleinen Grundbesitzer, von denen allein 14 416 auf Sizilien entfallen. Diese kleinen Grundbesitzer gehören meist der Organisation an, um ihre Lage als Tagelöhner zu verbessern, da sie neben ihrem eigenen Fleckchen Erde auch fremdes Land bestellen. Das Hofgesinde und die Landarbeiter mit Jahresvertrag stellen 17 004, die Kleinpächter 13 463 Organisierte.

So zeigt also die offizielle Statistik, daß trotz der Periode der Stagnation, die auf die Streiks von 1900 und 1901 folgte, die italienischen Landarbeiter-Gewerkschaften heute über eine ziemlich zahlreiche Arbeiterkraft verfügen. Die großen Streikbewegungen

der letzten Monate, namentlich die je 30 000 Arbeiter umfassenden Auswanderungsbewegungen in der Provinz Ravenna und dem Kreise Ferrara haben gezeigt, daß die Organisierten auch mit Disziplin und Klassenbewußtsein im Kampfe zu stehen vermögen und eine Hartnäckigkeit und Ausdauer zeigen, von der das industrielle Proletariat noch lernen kann.

Fünfter internationaler Kongress für Versicherungswissenschaft.

In einer stark besuchten gemeinschaftlichen Sitzung der internationalen Kongresse für Versicherungswissenschaft und Versicherungsmedizin wurde gestern über die

Versicherung von Abstinenzlern

verhandelt. Dr. Valentiner-Kopenhagen sprach über die Versicherung von Abstinenzern in Dänemark. Nach der Statistik werde in Dänemark mehr Alkohol für den Kopf verbraucht als in irgend einem anderen Lande. Im Jahre 1858 entstand die Abstinenzbewegung, der sich heute in Dänemark gegen 17 000 Personen angeschlossen haben. In der Hand eines reichen Materials legt Redner die besseren Gesundheitsverhältnisse der Abstinenzler dar, auf Grund deren die Versicherungsgesellschaften den Abstinenzern beim Abschluß für Versicherungen erhebliche Vergünstigungen zu gewähren in der Lage sind. — Dr. Bischoff-Leipzig hält das Verhalten der Abstinenzler, bei der Lebensversicherung als besondere Gruppe, günstiger behandelt zu werden als die Alkoholiker, nicht für berechtigt. Es sei nämlich sehr zweifelhaft, ob sich bei den einzelnen Lebensversicherungsgesellschaften eine genügend große Zahl von Abstinenzern finden werde, die vorhanden sein müssen, wenn sich ein derartig gefondertes Geschäft rentieren solle. Sämtliche deutsche Lebensversicherungsgesellschaften teilen, wie Redner ausführt, diesen ablehnenden Standpunkt gegenüber den Abstinenzern. — Dr. Andrae-Gotha legte umfangreiche Tabellen über die Sterblichkeit der Abstinenzler vor, die er als Mathematiker der Gothaer Lebensversicherungsgesellschaft hat und die die Langlebigkeit der Abstinenzler nachweisen. — Sanftarzt Dr. Florjuch-Gotha: Die Lebensversicherung könne heute die Abstinenzler nicht anders behandeln als die anderen Versicherten. Ob die Vorteile, welche die Abstinenzler aus ihrer strengeren Lebensführung, aus dem Wegfall der Gefahr, betrunken zu werden, für sich ableiten, ob weiter die Ausschaltung des Alkohols überhaupt von hervorragendem Einfluß auf die Sterblichkeit sei, das alles müsse erst genaue statistische Untersuchungen überlassen bleiben. Deshalb müsse die Frage, ob die Abstinenzler vom versicherungsmathematischen Standpunkt Anspruch auf billigeren Bedingungen erheben können, abgelehnt werden. — Dr. Bischoff-Leipzig sprach über die Versicherung der Angehörigen der sogenannten Alkoholgewerbe, d. h. der Personen, die mit der Herstellung und dem Vertrieb alkoholartiger Getränke in berufsmäßiger Beziehung stehen. Die Bearbeitung dieser Frage erweise besondere Bedeutung, weil bei uns in Deutschland gerade die Angehörigen der Alkoholberufe einen erheblichen Prozentsatz der Lebensversicherungskundschaft ausmachen. Ursprünglich habe man diese Leute in der Lebensversicherung keiner besonderen Behandlung unterzogen. Aber die Erfahrung lehrte, daß gerade die aus diesen Kreisen stammenden Personen, wie die Hoteliers, die Weinhandler, Weinreisenden, Brauer, Köchler usw. wegen ihres starken Alkoholkonsums leichter zu Krankheiten neigen. Die Gesellschaften müssen sich also für dieses erhöhte Risiko schadlos halten, z. B. durch eine Zuschlagprämie.

Den gleichen Gegenstand behandelte Sanftarzt Florjuch-Gotha: So gefährlich die Gefahren des unmäßigen Alkoholgenusses für bestimmte Organe allen Medizinern aus ihren klinischen Beobachtungen und Erfahrungen sind, und so sehr diese Erfahrungen Gemeingut weiterer Kreise geworden sind, wirklich erwiesen sind sie nicht, und sie sind es nicht trotz der übergroßen Menge von Statistiken, die darüber existieren. Denn alle diese Statistiken sind auf Sterbefälle und Todesursachen aufgebaut, sie erfassen aber nicht jene große Menge von Menschen, die Alkohol konsumieren. Nur in der Theorie ist es nämlich leicht, einen Trinker zu erkennen, nicht in der Praxis. Selbst der Kranke gesteht dem Arzt nicht gern seinen Hang zum Alkohol zu, geschweige denn der Antragsteller, und so sieht sich der Vertrauensarzt immer allein auf sich und seine Untersuchung angewiesen. Ein am Nachmittag untersuchter Säufler kann keine Spur von Bittern zeigen, während er, wenn man ihn am Morgen untersucht hätte, bevor er Gelegenheit hatte, sich durch eine ausreichende Zufuhr von Alkohol zu häufen, er so gequält haben würde, daß er nicht seinen Namen hätte schreiben können. (Heiterkeit.) Wie soll sich nun die Lebensversicherung dagegen schützen, daß der heute noch mäßige Gastwirt oder Brauer morgen unmäßig wird? Ein Getränk wie das Bier, das wie kein anderes die Eigenschaften eines Genuß-, Erheiterungs- und Betäubungsmittels in sich schließt, verführt um so mehr zum Biertrinken, je mehr die Gewöhnung die gesuchte Wirkung für kleinere Gaben abnimmt. Redner spricht sich deshalb gegen eine besondere Behandlung der im Alkoholgewerbe beschäftigten Personen aus.

In der Diskussion wandte sich Professor Martius-Kositz gegen das in letzter Zeit sehr überhandnehmende Zigarettenrauchen. Ein Alkoholiker, der weiß, was er vertrinken kann, steht gesundheitlich viel höher als ein Abstinenzler, der den ganzen Tag die Zigarette nicht aus dem Munde läßt. (Lebhafte Zustimmung.) — Dr. Bolliger-Karlsbad: Ich bin Abstinenzler und werde trotzdem vollkommen nüchtern reden, ich meine nämlich, man solle die Abstinenzbewegung nicht verwechseln mit den Ausprüchen einzelner Fanatiker, die jeder wirtschaftlichen Grundlage entbehren. Man solle die Abstinenzbewegung, die durchaus etwas Vernünftiges wolle und keine überpannten Forderungen stelle, auch gerecht beurteilen. Wir geben durchaus zu, daß die Verhältnisse in Deutschland ganz anders sind wie in England. In Deutschland waren die meisten Abstinenzler früher Trinker. Wir geben daher auch gern zu, daß die Lebensversicherungsanstalten heute prinzipiell nicht in der Lage sind, den Abstinenzern irgend welche erheblichen Vergünstigungen einzuräumen. Was wir aber von den Lebensversicherungsgesellschaften verlangen, ist, daß sie die vom Staat vernachlässigte Aufgabe erfüllen und genaue statistische Erhebungen darüber anstellen lassen, ob die Behauptungen wahr sind, daß die Abstinenzler durchschnittlich ein längeres Lebensalter haben. Wenn das einwandfrei erwiesen ist, dann allerdings werden wir Forderungen auf erhebliche Vergünstigung stellen, weil dann die Risiken der Gesellschaften erheblich geringer sind.

Regierungsrat Weinmann-Berlin: Die meisten Abstinenzler könnte man Alkoholiker im Ruhestand nennen. (Stürmische Heiterkeit.) Denn sie üben ihre Enthaltsamkeit meistens nur gezwungen, aus gesundheitlichen und anderen Rücksichten und warten sehnsüchtig auf den Tag, wo sie wieder zum Alkohol zurückkehren dürfen. Allerdings gibt es auch viele, die aus idealen Beweggründen die Abstinenz üben. Bei der Auffstellung einer Statistik über die Lebensdauer der Abstinenzler müßte der Umstand berücksichtigt werden, ob jemand immer schon Abstinenzler ist oder es erst kürzlich geworden ist. Das Verhalten strenger, langjähriger Abstinenzler auf besondere Vergünstigungen scheint mir allerdings berechtigt zu sein, denn von ärztlicher Seite ist festgestellt worden, daß Alkoholiker z. B. von der Tuberkulose leichter infiziert werden wie die Abstinenzler. Ich glaube auch an eine gute Selbstauslese der Abstinenzler, weil ich einen strengen Antialkoholiker allerdings für einen Mann von hoher ethischer Energie halte.

Manager Leese aus Sydney sprach hierauf über die Frauensterblichkeit in Australien und kam zu dem Schluß, daß die Frauen eine längere Lebensdauer haben als die Männer. — Axel Kofod-Kopenhagen berichtete über die Sterblichkeit der Frauen, die bei der dänischen Staatsanstalt für Lebensversicherung versichert sind. Er folgert aus seinen umfangreichen Tabellen, daß die allgemeine Bevölkerungsterblichkeit in Dänemark im Laufe des letzten Drittels des vorigen Jahrhunderts sich sowohl für Männer als auch für Frauen bedeutend vermindert hat. — Für Deutschland sprach Professor Dr. Goldschmidt-Gotha und Dr. Samwer-Gotha über die Frauenversicherung in Deutschland. Die Bedingungen, unter

denen Frauen in Deutschland versichert werden, tragen der Tatsache Rechnung, daß die natürliche Bestimmung der Frau besondere Gefahren mit sich bringt, während auf der anderen Seite, namentlich für Rentenanstalten, die Langlebigkeit der Frauen besondere Rücksichten verlangt. — Direktor Raiffe-Paris führte aus, daß in Frankreich kein Unterschied in der Versicherung zwischen Männern und Frauen gemacht werde. — Aktuar Baker-London: Verglichen mit der Gesamtbevölkerung Englands ist die Sterblichkeit für Frauen während der Alter von 15 bis 50 Jahren höher als für Männer unter 40 Jahren. Nach diesem Alter tritt das Gegenteil ein. Deshalb ist bei den englischen Lebensversicherungsgesellschaften die Versicherungsprämie für das ganze Leben bei Frauen unter 35 Jahren höher als bei Männern. — Aktuar Kofod-Kopenhagen: In Japan ist die Sterblichkeit der Frauen im allgemeinen geringer als die Sterblichkeit der Männer. Trotzdem erheben die japanischen Versicherungsgesellschaften dieselbe Prämie für Männer wie für Frauen. — Dr. Spitzer-Triest: Für Oesterreich beweist die Statistik daselbst wie in anderen Ländern, nämlich daß die Frauensterblichkeit bis zu den vierziger Lebensjahren höher ist als die Männersterblichkeit. Weiter aber ist wenigstens für Oesterreich statistisch erwiesen, daß das Sterblichkeitsmaximum für Frauen in der Mitte der dreißiger Jahre liegt. — Aktuar Ekholm-Stockholm: Rücksichtlich der Sterblichkeit und des hohen Durchschnittsalters nimmt heute Schweden die erste Stellung unter allen Ländern ein. Die allgemeine Sterblichkeit der Frauen ist nahezu in allen Altersgruppen geringer als diejenige der Männer. Der Gesundheitszustand der versicherten Frauen Schwedens ist ein überaus günstiger und übertrifft den der versicherten Männer Schwedens noch um vieles. Zuletzt sprach Direktor Dr. Schaerlin-Jülich über die Frauenversicherung in der Schweiz. In der Regel werden Frauen zu denselben Bedingungen aufgenommen wie die Männer. Eine Ausnahme findet nur statt bei Frauen, die entweder noch nicht lange verheiratet sind und noch nie geboren haben oder einer Entbindung entgegensehen. Heute erreicht der Kongress sein Ende.

31. Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.

Am Mittwoch wurde in Augsburg die 31. Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege eröffnet. Einen wichtigen Gegenstand der Tagesordnung bildete das Thema:

Die Milchversorgung der Städte mit besonderer Berücksichtigung der Säuglingsernährung

Der erste Referent, der die Frage vom medizinischen Standpunkte aus behandelte, Stadtbezirksrat Dr. Poetter-Emmighausen bezeichnete die Milch als das wichtigste Nahrungsmittel für die Volksernährung. Denn von ihrer Güte hänge das Gedeihen und die Gesundheit weiter Bevölkerungskreise, insbesondere des Bevölkerungsnachwuchses, der Kinder ab. Diese gesundheitliche Bedeutung der Milch habe noch zugenommen, seitdem aus verschiedenen Gründen, besonders in den Städten, die natürliche Brusternährung der Kinder zurückgegangen sei. Wenn nun auch durch geeignete Maßnahmen eine Besserung in bezug auf das Stillen der Kinder erreicht werden könne, so werde doch auch in Zukunft die Mehrzahl der Kinder auf die Kuhmilch als hauptsächlichstes Nahrungsmittel angewiesen sein. Die Milch könne nun als gesundheitlich einwandfreies Nahrungsmittel nur dann gelten, wenn sie frei von schädlichen Stoffen sei. Sie müsse vor allem von gesunden Tieren stammen, in sauberer, möglichst aseptischer Weise gewonnen, aufbewahrt und zubereitet werden, dürfe mit kranken Personen nicht in Verührung kommen und ohne schädliche Beimengungen und Zersetzungen zum Genuß gelangen. Gegenwärtig werden diese Voraussetzungen aber nur selten erfüllt und seien von einer erheblichen Verderblichkeit der Milch abhängig. Einwandfreie Milch sei daher ein Luxusartikel für die minderbemittelte Bevölkerung geworden. Es sei aber zu erstreben, daß alle in Verkehr kommende Milch, und namentlich alle zur Säuglingsernährung kommende Milch einwandfrei sei. Dieses Ziel könne auch ohne eine wesentliche Erhöhung des Milchpreises erreicht werden, weil alle hierzu nötigen Maßregeln gleichzeitig dazu dienen, um die Gesundheit und die Ergiebigkeit des Milchviehs, also die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu erhöhen. Zur Erreichung dieses Zieles sei der Erlass reichsgerichtlicher Bestimmungen über die Produktions- und Verkehrsverhältnisse der Milch nicht zu umgehen, wobei Einzelbestimmungen, namentlich über den Fettgehalt, der landes- bzw. ortsgesetzlichen Regelung zu überlassen sind. Die reichsgerichtlichen Bestimmungen hätten gleichzeitig die Tuberkulosefütterung zu umfassen. Die Produzenten müßten gleichzeitig über die Gewinnung und Lieferung einer tadelloser Milch von den landwirtschaftlichen Vereinen belehrt werden. Die Städte ihrerseits hätten den Verkehr mit Milch ortsgesetzlich zu regeln und hierbei ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Ermittlung einer sauberen, unzersehten und unschädlichen Beschaffenheit der Milch zu richten. Am zweckmäßigsten wäre die Einrichtung von Milchhöfen oder Milchzentralen, die im Besitze und Betriebe der Stadt sein müßten oder zum mindesten durch eigens angestellte entsprechend vorgebildete städtische Beamte überwacht würden. Der jetzt übliche Kleinhandel mit Milch müsse als unhygienisch bezeichnet werden. — Als zweiter Referent sprach Weigand-Brugger-Köln, der die Frage vom kommunalpolitischen Standpunkte aus behandelte. Er legte zuerst dar, daß die Säuglingssterblichkeit sich ungemein erhöht habe. Ein Zehntel aller Säuglinge sterbe frühzeitig infolge ungenügender Ernährung. Der Wert der jährlich in Deutschland erzeugten Milch betrage 1700 Millionen Mark. Der weitaus größte Teil davon diene dem unmittelbaren Genuße der Bevölkerung, weshalb ein starkes Interesse an der gesundheitlich einwandfreien Beschaffenheit dieses Nahrungsmittels bestehe. Die Forderungen, die für die Gewinnung einer reinen, gesunden und guten Milch gestellt werden, so z. B. die ständige tierärztliche Ueberwachung der Milchviehe, die Ausscheidung kranker Tiere, die einwandfreie Fütterung usw., seien mit solchen Kosten verknüpft, daß sie eine Erhöhung des Preises unbedingt zur Folge haben müßten. Aus diesem Grunde sei der Erlass eines Reichsgesetzes, durch welches jene Forderungen festgelegt würden, nicht zu empfehlen. Es sei vielmehr der Boden für eine spätere gesetzliche Regelung ganz allgemein durch Verwaltungsvorschriften für größere Bezirke vorzubereiten, besonders für den Milchhandel. Da die Anfahrt der Milch nach den Städten meistens mit der Bahn erfolgt, müsse gefordert werden, daß während der warmen Jahreszeit sowohl auf den Stationen wie in den Güterwagen Gelegenheit zur fühligen, sauberen Aufbewahrung der Milch gegeben werde. Die Gemeinden selbst hätten die Pflicht, für die unbedeutende Bevölkerung Milchhöfen zur trinkfertigen Herstellung von Säuglingsmilch einzurichten.

In der Debatte erklärte Stadivordneter Lulay-Schöneberg namens der deutschen Milchhändlervereine deren Vereinfachung der Arbeit an der Beschaffung hygienisch einwandfreier Milch. Dann aber müßten die realen Milchhändler von der Polizei durch die Ausmderung der unsauberen Konkurrenz geschützt werden. Gestrent habe es ihn, daß beide Referenten für eine Kontrolle der Milchproduktion eingetreten seien. Es empfehle sich aber auch eine Kontrolle der Futtermittel. — Timmann-Berlin: Vertreter des Zentralverbandes der Hamburger Milchhändlervereine, schloß sich diesen Ausführungen an. — Prof. Dr. Griebach, der Vorsitzende des deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege: Da wir einen Tierschutz haben, so müssen wir auch einen Menschenchutz gegen schlechte Milch haben. Redner fordert eine hygienische Unterweisung in der Schule. — Dr. Schölmann-Düsseldorf: In erster Reihe muß die Reform einsehen an der Produktionsstätte. Der ganze Hebel liegt in der Hand des Stallbesizers, der zwei Dinge gewonnen werden: Milch und Mist. (Heiterkeit.) Diese Milchgewinnung ist für den Landwirt das wichtigere. Die Milch betrachtet er als ein lässiges Nebenprodukt. In Sachen ist man sogar schon dazu übergegangen, die Milchläche durch Düfen zu ersetzen (Heiterkeit), denn die Düfen geben genau so viel

Mist wie die Kühe. Es wäre doch ein Leichtes, die Kühe während des Melkens aus dem Stall zu führen. Dann kommt die Milch mit dem Mist nicht in Verührung und man gewinnt reine Milch. (Beifall.) — Milchpächter Leiter-Berlin: Man sollte den Düfen nicht zu straff spannen, sonst würde durch die geforderten Maßnahmen die Milch erheblich verteuert werden.

Gestern sprach Dr. Vennhoff-Berlin über die Notwendigkeit der Errichtung von Wald-erholungsstätten und Genußheimen.

Nachdem Redner einleitend der segensreichen Tätigkeit gedacht hatte, die der kürzlich verstorbene Dr. Wolf-Becher auf diesem Gebiete geleistet hat, führte er folgendes aus: Es sei nicht nur die Aufgabe der Krankenfürsorge, die unmittelbaren Folgen einer Krankheit zu beseitigen, sondern auch die Arbeitsfähigkeit der Kranken sobald wie möglich wieder herzustellen und einer Schädigung durch die Wiederaufnahme der Arbeit vorzubeugen. Daher bedürfe es außer den Krankenhäusern Anstalten zur Beseitigung der Genuß. Desgleichen seien Anstalten notwendig zur Beseitigung der Erscheinungen leichter chronischer Erkrankungen, die in den Krankenhäusern keine Aufnahme finden können, zur Vorbeugung der Krankheitsverschlimmerung und zur Vorbeugung drohender Erwerbsunfähigkeit. Die Beseitigung in Anstalten, in welchen die Kur des Kranken individuell gestaltet werden kann, sei dem einfachen Landaufenthalt oder dem Aufenthalt in Bädern vorzuziehen. Als Anstaltsformen kamen vornehmlich Genußheime und Wald-erholungsstätten in Betracht. Die Auswahl hänge in jedem Falle von der Besonderheit der Krankheitsfälle ab. Grundförmlich sei daran festzuhalten, daß die Genußheime für Kranke vorbehalten werden, welche für längere Zeit dauernd von ihrer häuslichkeit fern bleiben müssen und für welche ein größerer Behandlungsapparat notwendig ist. Die Wald-erholungsstätten seien besonders für die große Masse derer geeignet, die lediglich der Ruhe, des Aufenthaltes in guter Waldluft und einfacher physikalischer Behandlungsmethoden bedürfen. Die Einrichtung der Anstalten müsse so einfach gehalten werden, wie es die Erreichung des beabsichtigten Zweckes eben zulasse. Die Errichtung von Genußheimen liege in erster Reihe den Gemeinden oder Ortsverbänden, in zweiter Reihe den Landesversicherungsanstalten ob. Nur in Ausnahmefällen empfehle sich die Errichtung durch Krankenkassen, Betriebsunternehmungen, religiöse oder Wohlfahrtsvereinigungen. Die Erholungsstätten unterscheiden sich von den Genußheimen grundförmlich dadurch, daß sie nur Tagesbetrieb haben. Dadurch ergebe sich die Notwendigkeit, daß sie in leicht erreichbarer Nähe der Städte errichtet werden. Charakteristisch für die Erholungsstätten sei die außerordentliche Billigkeit des Betriebes, die es ermöglicht, die Erholungsstättenpflege einer fast unbegrenzten Zahl von Bedürftigen zuzulassen. Ein Abweichen von der größten Einfachheit bedeute zugleich eine Einschränkung der Fürsorge. Weder für Genußheime, noch für Erholungsstätten empfehle sich eine weitgehende Beschränkung auf bestimmte Krankheitsfälle.

In den Vorträgen knüpfte sich eine längere Debatte, in der Geheimrat Sütter-Berlin, Direktor der königlichen Charité, ausführte, daß die Wald-erholungsstätten eine Entlastung der Krankenhäuser bedeuten, namentlich eine Entlastung von den tuberkulösen Kranken. Er verweist dann auf die deutschen Pflege- und Unterstützungsstellen, deren Wirksamkeit diskutiert sei von dem Grundsatze, daß die Tuberkulose eine Wohnkrankheit sei.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Bekämpfung des Staubes im Hause und auf der Straße. Prof. Dr. Heim-Erlangen hebt hervor: Ein wichtiges Mittel zur Verhütung der Infizierung des Staubes liegt in einer geeigneten Wohnungs- und Wohnungsfürsorge, in der Sauberhaltung von Straßen und Wegen. Ferner ist wünschenswert eine Belebung der Bevölkerung, die schon in der Schule anzugehen habe. Aber nicht nur hygienische und verkehrswirtschaftliche, sondern auch Gründe der Reinlichkeit, der Wirtschaftlichkeit und Annehmlichkeit sprechen dafür. Der Straßensaubere läßt sich seinem Ursprung nach in zwei Arten zerlegen: in Staub, der durch Zer-mahlung und Abschleifung des Straßendeckmaterials entsteht, sogenannter Decksand, und in Staub, der durch Zerreibung der Verkehrsüberflächen entsteht, sogenannter Verkehrsstaub. Als Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Staubes empfiehlt der Redner eine besondere Sorgfalt bei der Wahl der Straßensubstratart, peinliche Straßenreinigung und ausgiebige Straßensprengung. — Stadtbaurat Rier-Dresden empfahl als zweiter Referent eine Anzahl detaillierter Maßnahmen zur Bekämpfung des Straßensaubes.

In der Debatte ergriff zuerst Oberbürgermeister Contag-Kordhausen das Wort: Die Polizeiverwaltung Kordhausens hat das Schlepptragen der Damen auf den Straßen verboten (Lebhafte Beifall), eine Verfügung, die viel Staub aufgewirbelt hat. (Heiterkeit.) Wir haben viel Spott in der Presse des In- und Auslandes auf uns nehmen müssen. Aber genügt hat der Erlass trotzdem. (Bravo!) Wie mir meine Frau mitteilt, ist ja jetzt das Tragen kurzer Kleider modern (Heiterkeit), aber ich habe doch gesehen, daß viele Damen sich ihre Schleppten bei uns aufgeschürzt haben. (Beifall.) Allerdings ist eine Bekämpfung bei uns noch nicht vorgekommen. So unbillig sind wir nicht gegen die Damen. (Heiterkeit.) Ich empfehle anderen Städten, ebenso wie wir vorzugehen. Vielleicht würde es ratsam, wenn sich die Polizeibeamten vorher mit „Amigues Umgang mit Menschen“ vertraut machten. (Heiterkeit und Beifall.)

Heute werden die Beratungen zu Ende geführt.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

In der Rammheimer „Volkstimme“ wird bekannt gegeben: Wir sind in der angenehmen Lage, unseren Parteigenossen mitteilen zu können, daß die Empfangsfeier des Parteitages am Abend des Sonntag, 23. September, nun doch im Ribelungenaal des „Rosengarten“ stattfindet. Damit ist die Garantie geboten, daß dem zu erwartenden großen Andrang in vollem Umfang genügt werden kann.

Die eigentlichen Verhandlungen vom Montag, den 24., bis einschließlich 29. September finden im Theateraal des „Apollo“ statt. Die kaiserliche Post- und Telegraphenverwaltung wird, den Wünschen des Parteitagskomitees in dankenswerter Weise entgegenkommend, im Apollotheater für die Verhandlungswooch eine

eigene Post-, Telegraphen- und Telephonstelle errichten. Die Delegierten werden ersucht, für alle Brief- und sonstigen Postsendungen nach Rammheim die Adresse: „Parteitags, Apollo“ benutzen zu lassen. Für Telegramme lautet die Adresse: „Parteitags Apollo Rammheim“, die Telephonnummern ist 1515.

Am Donnerstag, den 27. September, nachmittags 1/3 Uhr, findet ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Heidelberg statt. Dasselbst Besichtigung des Schlosses und der städtischen Sammlungen, zu welchen den Delegierten vom Stadtrat in vorzulebendster Weise freier Eintritt gewährt wurde. Daran anschließend von 4 Uhr ab Räumung im Schlossrestaurant beim Konzert des städtischen Orchesters, abends von 8 Uhr ab Bankett mit Musik in der neuerbauten Stadthalle unter Mitwirkung der Arbeitervereine.

Das Parteitagskomitee widmet den Delegierten einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei Rammheims sowie einen hübsch illustrierten Führer durch Rammheim nebst einem neu ausgeführten Plan der Stadt, welcher letztere beide uns vom Verkehrsverein in dankenswerter Weise unentgeltlich überlassen worden sind.

Der Heidelberger Stadtrat überließ dem Komitee zur Verteilung an die Delegierten 500 Stück des Schriftchens „Acht Tage in Heidelberg“ zu bedeutendem ermäßigtem Preis. Alle diese Druckfachen werden noch Ende dieser Woche an die bis dahin angemeldeten Delegierten zum Versand gelangen.

Mannheim, 12. September. Das Parteitagkomitee.

Die „Neue Welt“ hat eine hübsch ausgestattete Festschrift herausgegeben. In Wort und Bild wird den Lesern die Stadt vorgeführt, in der in der letzten Septemberwoche das deutsche Arbeiterparlament zusammentreten wird. Neben dem geschichtlichen Werden und Wachsen der Rhein-Redar-Stadt erfahren wir aus einer anregend geschriebenen Plauderei des Genossen F. J. Ehrhart auch manches Erste und Letztere aus der engeren Parteigeschichte Mannheims. Die gut ausgewählten Illustrationen zeigen uns die Stadt in ihren schönsten und lebendigsten Bauten, Plätzen und Anlagen und geben so auch dem, der den Verhandlungen in Mannheim nicht beiwohnen kann, ein Bild von dem Ort des diesjährigen Parteitages.

Die Quellen der Parteifinanzen.

Die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion an den Mannheimer Parteitag sind nunmehr verhandelt worden. Dem Vorstandsbericht ist noch eine Tabelle beigegeben worden, die der in der Presse veröffentlichte Text nicht enthält. Es ist eine tabellarische Uebersicht der Herkunft der Parteibeiträge. Eine solche tabellarische Uebersicht ist schon seit langen Jahren gegeben worden. Diesmal ist aber eine bedeutende Verbesserung vorgenommen worden. Während bislang die Orte, die Gelder gesandt hatten, einfach in alphabetischer Reihenfolge angeführt wurden, sind diesmal zwei Tabellen, eine für die Beiträge der Organisationen, eine für sonstige Beiträge hergestellt worden. Die Organisationen sind nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstagswahlkreise geordnet und für jede preussische Provinz und jeden Bundesstaat sind die Summen zusammengefasst. Es wird so ein sehr anschauliches Bild der Leistungen der einzelnen Landesstellen für die Parteihauptkasse gegeben. Die Hauptposten der Tabelle lauten:

Provinz Ostpreußen	652,—
Westpreußen	47,00
Brandenburg	160 124,23
(davon Groß-Berlin 156 526,39)	
Provinz Pommern	1 132,22
Posen	51,85
Schlesien	4 980,08
Sachsen	3 584,86
Schleswig-Holstein	6 179,96
Hannover	2 989,51
Westfalen	3 196,01
Westfalen-Rheinland	4 303,84
Rheinprovinz	5 542,63
Preußen insgesamt	192 737,29
Bayern	3 975,41
Sachsen	39 400,—
Württemberg	1 389,—
Baden	860,47
Hessen	2 500,—
Mecklenburg-Schwerin	400,—
Sachsen-Weimar	340,—
Oldenburg	1 523,48
Braunschweig	425,—
Sachsen-Meiningen	128,86
Altenburg	1 000,—
Reuß-Gotha	358,16
Anhalt	518,42
Schwarzburg-Rudolstadt	163,26
Neuch. L.	600,—
Lübeck	1 400,—
Bremen	2 000,—
Hamburg	35 000,—
Elbsaß-Lothringen	103,64

Unter den sonstigen Beiträgen ist Berlin noch mit 8350,00 M. angeführt, Hamburg mit 1910,48 M.

Von den 297 841,85 M., die die allgemeinen Einnahmen im Berichtsjahre betragen haben, hat also die Provinz Brandenburg allein 160 124,23 M., und davon wieder Groß-Berlin 156 526,39 M. an Leistungen der Organisationen, und letzteres außerdem noch 8350,00 M. an diversen Beiträgen aufgebracht.

Die Liste ist sehr lehrreich. Ein Vergleich unter den einzelnen Teilen des Reichs ist freilich mißlich, da die Größe der Gebiete kein Maßstab der Parteistärke ist. Immerhin lassen sich doch gewisse Schlüsse ziehen. Hoffentlich hat die Neuerung die vom Parteikassierer gewünschte Wirkung, einen edlen Wettstreit in den Zahlungen zur Parteihauptkasse unter den verschiedenen Reichsgebieten zu entzünden!

Erklärung. In einem Teil der Parteipresse wird die Erklärung abgedruckt, die Genosse Eisner dem „Vorwärts“ zugesandt hat, die von diesem aber abgelehnt wurde. Die Erklärung beginnt mit einem Phantasiestück des Genossen Eisner. Um aber sicher zu sein, daß dieses Gebilde nicht zerstört wird, erklärt er jeden für einen Lügner, der ihm nicht zustimmt. Genosse Eisner schreibt:

„Genosse Frohme beruft sich mit Recht auf mein Zeugnis, daß man in Berlin die preussische Wahlrechtsbewegung mit der Anfechtung des Massenstreiks verbunden hat. Das ist durch ebenso viel Zeugen zu bekräften, wie in den Demonstrationsversammlungen vom 21. Januar, 18. März und noch am 1. Mai Referenten und Zuhörer antwortend waren. Wer das Gegenteil behauptet, redet bewußt die Unwahrheit.“

Trotz des abschreckenden Schlusssatzes müssen ich und eine große Anzahl Versammlungsbesucher es ablehnen, hier als Zeuge aufzutreten. Ich habe am 21. Januar in Bornum und Elberfeld und am 18. März und 1. Mai in der großen Saale der Berliner Vorkamerale gesprochen. In keiner der vier Versammlungen habe ich den Massenstreik angefeindet, und da außer mir in keiner der erwähnten Versammlungen ein anderer Redner das Wort ergriffen

hat, vermindert sich die Zahl der Zeugen des Genossen Eisner um so viel als Besucher in diesen Versammlungen waren.

Berlin, den 13. September. G. Mollenbuhr.

Parteiliteratur.

„Ziele und Wege“. Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen. Unter Mitarbeit von Hugo Lindemann, Max Sähheim, Friedrich Stampfer und Alara Zellin herausgegeben von Adolf Braun.

Die unter dem genannten Titel soeben erschienene Schrift beleuchtet und erläutert in klarer, leicht faßlicher Weise alle Punkte des zweiten Teiles unseres Parteiprogramms in einzelnen Kapiteln: Freies Wahlrecht — Alles durch das Volk — Blut und Eisen? — Freies Wort! — Die soziale Gleichstellung der Geschlechter — Wir und die Kirche — Die Volksbildung — Recht! — Gleichheit für Kranke und Tote — Steuerpolitik — Gegen die schrankenlose Ausbeutung und einem Nachwort: Was sollen wir lesen? Der Preis der Schrift ist 20 Pf., für die Gratisverbreitung durch Wahlvereine usw. hat der Verlag eine billige Agitationsausgabe herzustellen lassen. Die Broschüre kann bezogen werden durch alle Parteibuchhandlungen, Parteipeditionen, Kolporteurs und gegen Einsendung von 23 Pf. direkt vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

„Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland.“ Mit einem alphabetischen Sachregister. Die lebhafteste Nachfrage nach einem guten, erläuternden Werke über das Vereinsrecht benutzte die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, um auf das in ihrem Verlage unter obigem Titel erschienene kleine Bändchen hinzuweisen. Das Bändchen bringt ausführliche Erläuterungen zum preussischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und eine Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsgesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften. Ein soeben ausgegebener Nachtrag behandelt die seit dem Erscheinen des Buches vorgenommenen Veränderungen: Das Vereins- und Versammlungsrecht in Elbsaß-Lothringen, in Neuch ältere Linie und in Sachsen-Weimar. Der Preis beträgt, elegant gebunden 1,50 M. Gewerkschaften, Vereinen, Bibliotheken sowie allen, die mit der Leitung von Versammlungen und Vereinen betraut werden, sei das Bändchen bestens empfohlen.

Das Volkshaus zu Chemnitz. Vor 2 1/2 Jahren erworben in Chemnitz der als Gegenmittel gegen die Saalabtreibung gegründete Verein Volkshaus das Balletablissement „Kolosseum“, das dann in Volkshaus umgenannt wurde. Soeben hat der Vorstand den Bericht über das zweite Geschäftsjahr des Volkshauses herausgegeben. Er konstatiert einen schönen Fortschritt. Leider gehören indes von den 14 000 gewerkschaftlich Organisierten in Chemnitz noch nicht einmal 800 (!) dem Verein an. Es soll jetzt eine intensive Agitation für den Verein unter den Gewerkschaften betrieben werden.

Der Kassenabrechnung zeigt in Einnahme und Ausgabe den Betrag von 131 144,78 M. Die reine Einnahme aus dem Gewerbebetriebe betrug mit 122 000 M. 10 000 M. mehr als im Vorjahre. Trotz kostspieliger Anschaffungen, Neueinrichtungen, Reparaturen, Brandschaden, Abschreibungen u. a., die hohe Ausgabe posten enthalten, ist doch ein Reingewinn von über 8000 M. zu verzeichnen. Durch Schenkungen der Gewerkschaften ist ein Herbergsfonds geschaffen worden. Die Herbergsverhältnisse liegen in Chemnitz sehr im Argen. Es soll daher möglichst schon im nächsten Jahre auf dem Grundstück des Volkshauses eine allen Anforderungen entsprechende moderne Herberge errichtet werden.

Eine Konferenz der Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagswahlkreisevereine in Baden mit dem Landesvorsitzenden findet am 23. September, vormittags 10 Uhr, in Mannheim statt.

Eine Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen Italiens wurde dieser Tage in Mailand abgehalten; vertreten waren 5 Provinzialföderationen und 24 Sektionen von Oberitalien, die zusammen 2500 Mitglieder umfassen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Sympathie-Erklärung für das russische Proletariat angenommen. Als ersten Punkt der Tagesordnung behandelte Bonfatti die Tendenz der sozialistischen Jugendbewegung. Diese müsse begründet sein auf der Theorie des Klassenkampfes und ihre politische Direktive in den Grenzen der Marx'schen Doktrinen finden. Eine in diesem Sinne gebaltene Resolution fand Annahme. Ueber den Antimilitarismus referierte Roberto. Mariani referierte über Antiklerikalismus. In der von ihm vorgelegten Resolution wird das antiklerikale Programm der sozialistischen Jugend entwickelt, das begründet sei auf der Negation der Dogmen. Der Kampf müsse besonders geführt werden gegen den Einfluß des Meritokratismus in der Schule und die Inflation und die Vermehrung der geistlichen Ordensgesellschaften. Sodann folgte ein Referat über das Verhältnis zwischen der sozialistischen Jugendbewegung und den Berufsorganisationen. Es wird den Mitgliedern des sozialistischen Jugendbundes zur Pflicht gemacht, sich ihren Gewerkschaften anzuschließen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kuch „geistiges Eigentum“. Eine ganz merkwürdige Anklage hat die Staatsanwaltschaft von Halle gegen den Genossen Mollenbuhr vom „Volkshaus für Halle“ erhoben. Am 15. Juni veröffentlichte das „Volkshaus“ den Bericht über eine Sitzung des Arbeiterverbandes in Wangenwerbe. In dieser Sitzung hatte der Moustermeister Lummert aus Hamburg, ein bekannter Scharfmacher, einen Vortrag gehalten über die Aufgaben eines zu gründenden Unternehmerverbandes. Es war dem „Volkshaus für Halle“ das vom Schriftführer jener Versammlung angenommene Protokoll über Lummerts Vortrag zugestellt worden, und es veröffentlichte es. Darin erblickte nun Lummert eine Verletzung des Urheberrechts. Er hält seinen Vortrag für sein „geistiges Eigentum“, das dem Schutze des Gesetzes untersteht und ohne seine Einwilligung nicht veröffentlicht werden dürfte. Staatsanwalt und Landgericht haben sich auf denselben Standpunkt gestellt, und so soll sich Mollenbuhr vor dem Landgericht wegen Verletzung des Urheberrechts verantworten!

Kommt wirklich eine Verurteilung auf diese Anklage hin zustande, so ist die deutsche Rechtspflege um eine neue Fußangel für oppositionelle Zeitungen bereichert!

„Postproletarier“ ist eine Beleidigung, gegen die die Postunterbeamten geschützt werden müssen. Dieser Meinung ist die Staatsanwaltschaft zu Kassel, und deshalb will sie Anklage gegen den Genossen Kilian vom „Volkshaus für Kassel“ erheben, da er einer ganz objektiven Notiz, die die Dienstalterszulagen der Postboten bespricht, die Stichworte: „Fürstliche Zulagen für die Postproletarier“ gegeben hat. Wenn die Meinung der Kasseler Staatsanwaltschaft von Belang wäre, so hätten sämtliche Proletarier Veranlassung, sich durch solche Meinung dieser Behörde beleidigt zu fühlen.

Soziales.

Der Herr im eigenen Hause und die gesicherte Existenz des Arbeiters.

Als eine brutale Maßregelung stellt sich die Entlassung zweier Scherer der Firma C. G. Hoffmann in Reugersdorf in der Lausitz dar. Schon bei der Kündigung der beiden organisierten Arbeiter hatten die Scherer der Fabrik die Empfindung, daß es sich um eine Maßregelung handelte. Mit vollständiger Feingebit traten die Scherer dieser Kündigung entgegen und eine Kommission wurde beim Chef deshalb vorstellig. Dieser aber erklärte, er löse die Kündigung nicht zurücknehmen, denn nicht von ihm, sondern vom Fabrikantenverein sei die Kündigung erfolgt. Gegen die betroffenen Arbeiter war nichts einzuwenden, im Gegenteil, sie haben von ihrem Arbeitgeber schmeichelhafte Zeugnisse bezüglich ihrer Leistungen erhalten! Diese eben geschilderten Tatsachen sind bezeichnend für den „Herrn im eigenen Hause“ und für die gesicherte Existenz des Arbeiters. Dieser Terrorismus der Arbeitgeber ist rechtswidrig und für diese rechtswidrige Veranlassung der Arbeitskraft der Terrorismus-Verband selbst nach Ansicht des Reichsgerichts schadenersatzpflichtig. Von einer strafrechtlichen Verfolgung der Terroristen wegen Nötigung und Erpressung verläutet noch nichts.

Kaufmannsgerichte in Sachsen

waren am Schlusse des Jahres 1906 fünfzehn vorhanden, die sämtlich den schon bestehenden Gewerbegerichten angeschlossen worden sind. Davon sind drei für die Bezirke mehrerer Gemeinden, zwölf für Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern örtlich zuständig. Bei diesen fünfzehn Kaufmannsgerichten wurden im Berichtsjahre insgesamt 1761 Klagen angebracht. Davon entfielen 149 auf von Kaufleuten gegen Gehilfen und Lehrlinge und 1612 von diesen gegen Kaufleute gerichtete. Durch Vergleich erledigt wurden davon 637, durch Vermittlung 140, durch Endurteile 145 und der Rest durch Rücknahme oder Liegenlassen. Weniger als 20 M. betrug der Streitgegenstand in 175 Fällen, über diesen Betrag bis zu 100 M. in 555 Fällen und in 272 Fällen überstieg der Streitgegenstand den Wert von 300 M. Als Einigungsamt sind die Gerichte nicht angerechnet worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Weder 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

W. B. 500. Die Abonnementsquittung ist Ihrer Anfrage nicht beiliegend. — **S. 97.** Drei Monate nach der Fälligkeit darf frühestens der Verkaufstermin andernannt werden. Einen etwaigen Ueberfluß muß Ihnen der Betreffende heraus geben. — **S. 30.** Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **Frau W. 3530.** Eine bestimmte Zeit ist dafür nicht vorgeschrieben, der Klient muß sich an seinen Anwalt wenden. — **Lehrling 10.** Nein. — **H. S.** Der und „den“ Klag ist richtig, nicht „das“. — **Kuter.** Sie können von dem Bet die Gewährung der vermieteten Sachen in dem verabredeten Zustand verlangen, ihn eine Zeit zur Lieferung sehen, indigenfalls Sie auf seine Kosten den Zustand herstellen lassen würden. Sie können aber auch sofort auf Erfüllung der Verbindungen und auf Schadenersatz oder auf Kürzung der Miete um einen entsprechenden Betrag klagen. Zuständig ist das Amtsgericht. — **C. S. Rein.** — **2. 40. 1.** Sie können den Antrag auf Ueberweisung wegen Gemeingefährlichkeit zusammen mit Ihrem Strafantrag bei der Polizei stellen. 2. Das Urtheil des Gerichts entscheidet. — **Alter Abonnent, Elisabeth, Lehrerin S. 9.** Für den von dem sieben Jahre alten Kinde in der Schule angerichteten Schaden haftet der Vater des Kindes nicht, da ihn ja keinerlei Vernachlässigung der Aufsichtspflicht trifft. Wohl aber kann der Lehrer, vielleicht auch die Gemeinde, haftpflichtig gemacht werden. Wenden Sie sich mit einem Antrag um Erstattung der Kosten an den Magistrat, betonen Sie in Ihrem Antrag weniger die Rechtspflicht als die Billigkeit, daß die Stadt die Kosten trage. — **H. W. 22.** Sie dürfen das Kind nicht verlaufen, sondern können nur Ihre Forderung (eventuell im Wege der öffentlichen Zustellung) einbringen und dem Zwangsversteigerung in das Reich vornehmen. — **H. S. Hohenzollern.** — **W. J. 99.** Nein. — **Marie 51.** Die kinderlose Witwe, ebenso der kinderlose Witwer erbt die Hälfte des Nachlasses. Die andere Hälfte erben die Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder usw., aber der Ehegatte erhält als voraus alle Vermögensgegenstände, die zum ehelichen Hausstand gehört haben, sowie die Hochzeitsgeschenke. Das außer-ehehliche Kind der Witwe erbt den verstorbenen Ehegatten nicht, es sei denn, der Verstorbene hat das Kind als das seinige anerkannt. — **H. S. W.** Fordern Sie die Firma zur Herausgabe auf und verklagen Sie sie event. beim Amtsgericht. — **M. B. 20.** Innerhalb eines Jahres nach Auflösung einer Verlobung können die Geschenke zurückverlangt werden. Nicht jedes Verlobungsverhältnis ist eine Verlobung. Nur auf Verlobungen trifft das Rückforderungsrecht zu. — **M. S. 100.** Anwaltsgebühren werden nicht zurückverlangt. Sie können aber dadurch, daß Sie für je zwei Jahre mindestens 20 Markten weiter leben, Ihre Ansprüche auf Anwaltsgebühren und Alibiverbote aufrechterhalten. — **Müller. 1.** Sie können jede Auskunft verweigern. 2. Nein. 3. In der Regel vergehen mehrere Monate. — **C. S. 31.** Ja, wenden Sie sich an die Ränge. — **Wobbit 1875.** Eine Ausnahme zu machen ist unmöglich. Der betreffende Arbeiter sollte sich an das Arbeitersekretariat, Engel-Ufer 15, wenden. — **W. 19.** Der außer-ehehliche Erzeuger ist der Mutter des Kindes gegenüber verpflichtet, die Verbindungs- und Zehnwochenkosten zu tragen. Außerdem kann die Mutter aus denselben Aufwendungen Ersatz verlangen, die etwa infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung überdies notwendig waren. Schon vor der Geburt des Kindes kann auf Antrag der Mutter durch einstweilige Verfügung angeordnet werden, daß der Vater den gewöhnlichen Betrag der Verbindungs- und Zehnwochenkosten sowie Kindererimente für die ersten drei Monate nach der Geburt des Kindes hinterlegt. Dem Kinde gegenüber ist der Erzeuger zum Unterhalt bis zum vollendeten 16. Jahre verpflichtet. Ob die Mutter oder deren Verwandte den Vater auf seine Pflicht mündlich oder schriftlich aufmerksam machen oder ihn verklagen wollen, steht bei ihnen. — **W. W., Wilmersdorf.** Sie haben unecht.



Sunlight Seife

leistet am Reinstmachedag die denkbar besten Dienste. Zum Schenken von Badewannen aus Email, Zink oder aus Porzellan, von Röhrenleitungen, Wasserhähnen, Fliesenbedeckung der Wände und der Fußböden mache man sich eine reichliche Sunlight Seifenlauge. Bei leichter Arbeit ist die Wirkung eine wunderbare: Sunlight Seife enthält weder scharfe Bestandteile noch freie oder überschüssige Soda, welche den Anstrich angreifen. Sie löst nur den Schmutz und läßt die ursprünglichen Farben wie neu erglänzen.

Beim Einkauf achte man genau auf die Originalpackung und den gesetzlich geschützten Namen: Sunlight Seife, da sich viele Nachahmungen im Handel befinden.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Freitag, den 14. September 1906, abends 8^{1/2} Uhr:

Öffentliche Versammlung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72.

Tages-Ordnung:
1. Inwiefern ist dem Beschlusse der letzten öffentlichen Versammlung Rechnung getragen worden? 2. Diskussion. Organisationsbuch legitimiert.
Der Einberufer: H. Pufahl.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Zementierer.

Sonntag, den 16. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause
(Saal 1), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wilh. Methke über: „Kapital und Kirche“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Des interessanten Vortrages wegen ersuchen wir alle Kollegen, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
147/5 Der Gruppenvorstand.

Vergolder!

Montag, den 17. September, abends präz. 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (gr. Saal).

Tages-Ordnung:
1. Unsere Pflichten und Rechte im Holzarbeiter-Verbande.
2. Berechnung vom Sabarett-Abend.
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet
Der Vorstand.

Die diesjährige Matinee findet am 14. Oktober
in der „Alhambra“ statt und sind Billets an den bekannten
Stellen zu haben. 195/16 D. O.

Verband der Hafendarbeiter u. verw. Berufsg. Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 16. September, vorm. 10^{1/2} Uhr, im Königsstadt-Kasino,
Holzmarktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Verbandangelegenheiten, Wahl des Vergütungs-Komitees.
2. Verschiedenes, Aufnahme neuer Mitglieder.
Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
Zimmer 34, Amt 4, 3352. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9670.

Sonntag, den 16. September, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der
Rohrleger und Helfer

Berlins und Umgegend
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Südekum über: Arbeitsverträge.
2. Diskussion.
3. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
153/15

Zur Beachtung!
Die bisher im Restaurant Strauß, Vöbikerstr. 6,
belegene Zahlstelle wurde in das Restaurant von
Kalwaß, Stralauer Allee 17E
verlegt. — Neu errichtet wurde eine Zahlstelle beim
Restaurateur Fleig, Sprengelstr. 12.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker.

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 16. September, vorm. 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeiterschwärz Eugen Brückner über: Tarif-
verträge. 2. Verhandlungsangelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
54/16 Der Vorstand.

Achtung! Vereine!

„Märkischer Hof“, Admiralstraße 18c
(neu renoviert).
Sonntag, den 20. Oktober, ist der große Saal frei geworden. Der
kleine Saal ist noch mehrere Sonntage sowie Sonntage zu vergeben.
22902* Dachhändler
W. Mähring, Waisenstr. 18c.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.
Sonntag, den 16. September, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Hilfskassierer. 2. Vortrag des Herrn Dr. Davidsohn.
3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
149/14 Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.
Die nächsten Branchen-Versammlungen
finden an nachfolgenden Tagen statt:
Geschirrtbranche: Mittwoch, den 19. September.
Treibriemenbranche: Sonntag, den 15. September.
Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag,
den 20. September.
Militärbranche: Sonntag, den 15. September.
Einleimleger und Teppichnäher: Donnerstag, 20. Septbr.
Wagenbranche: Mittwoch, den 19. September.
Eisennägel-Branche: Mittwoch, den 19. September.
Sektion Charlottenburg: Montag, den 17. September.
Zahlreicher Besuch dieser Branchensammlungen erwartet
157/15 Die Ortsverwaltung.

Beantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vornapack Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Bekanntmachung.

Ortskrankenkasse der Gärtler.
Die erste Änderung des Statuts
vom Dezember 1903 ist durch Be-
schluß vom 6. Juli 1906 genehmigt.
Der Absatz 2 des § 55 wird ge-
strichen.
19256
Berlin, den 13. September 1906.

Der Vorstand.
G. Kneiff, M. Teske,
Vorsitzender, Schriftführer.

Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 16. Septbr.:
1. Abt. früh 7 Uhr nach Reckitz,
nachmittags 1 Uhr nach Bismarckwerder
(Freund), Start St. Bismarck 59.
2. Abt. früh 8 Uhr und nachm.
1^{1/2} Uhr nach Zintenring (Hofmeister),
Starts Wehmer 7.
3. Abt. früh 5 Uhr nach dem Wer-
bellinsee (65 Kilometer), nachmittags
1^{1/2} Uhr nach dem Teufelssee, Start
Karlshagenplatz.
4. Abt. früh 6 Uhr nach Münche-
berg, nachm. 1^{1/2} Uhr nach Reven-
hagen (Wünsch), Starts Kollmerplatz.
5. Abt. nachm. 2 Uhr Familientour
nach Wilhelmshagen (Schneider), Start
Eghum.
6. Abt. früh 6 Uhr nach Budow,
nachm. 3 Uhr nach Pantow (Kur-
läufer, Berlinerstr. 102), Start
Oberbergerstr. 30 (Genossenschaft).
7. Abt. vorm. 10 Uhr nach der Ob-
baukolonie Eden bei Cranzburg,
Start Köllner Hof.
8. Abt. früh 7 Uhr nach Bierenhof
(Schäferhaus), nachm. 1^{1/2} Uhr nach
Budow, Starts Stephanplatz.
9. Abt. nachmittags 1^{1/2} Uhr nach
Pantow (Schweizerhaus), Start
Schillingstr. 22.

Dienstag, 18. September: Sitzung
der Agitationskommission bei
Dittrich, Schillingstr. 24.

Sonntag, den 22. September, in
den Gesamtstunden der „Neuen Welt“,
Hafenstraße 108/114:
Zweites Stiftungsfest.
Großartige Aufführungen. Reigen-
fahren usw.
Siehe Sonntagsannonce.

Billets in den Abteilungsversam-
mlungen sowie in der Genossenschaft
Oberbergerstr. 30. 27/14

Arbeiter-Radfahrer-Verein Pankow—N.-Schönhausen.

Sonntag, den 16. September,
findet im „Restaurant zum Kur-
fürsten“, Pankow, Berlinerstr. 102,
unser

I. Stiftungsfest

statt. Hierzu ladet freundlich ein
Das Komitee.

Jahrräder! Billig!
44, 48, 50, 56, 60, 66, 70, 74, 78, 84, 90, 96, 100, 106, 110, 116, 120, 126, 130, 136, 140, 146, 150, 156, 160, 166, 170, 176, 180, 186, 190, 196, 200, 206, 210, 216, 220, 226, 230, 236, 240, 246, 250, 256, 260, 266, 270, 276, 280, 286, 290, 296, 300, 306, 310, 316, 320, 326, 330, 336, 340, 346, 350, 356, 360, 366, 370, 376, 380, 386, 390, 396, 400, 406, 410, 416, 420, 426, 430, 436, 440, 446, 450, 456, 460, 466, 470, 476, 480, 486, 490, 496, 500, 506, 510, 516, 520, 526, 530, 536, 540, 546, 550, 556, 560, 566, 570, 576, 580, 586, 590, 596, 600, 606, 610, 616, 620, 626, 630, 636, 640, 646, 650, 656, 660, 666, 670, 676, 680, 686, 690, 696, 700, 706, 710, 716, 720, 726, 730, 736, 740, 746, 750, 756, 760, 766, 770, 776, 780, 786, 790, 796, 800, 806, 810, 816, 820, 826, 830, 836, 840, 846, 850, 856, 860, 866, 870, 876, 880, 886, 890, 896, 900, 906, 910, 916, 920, 926, 930, 936, 940, 946, 950, 956, 960, 966, 970, 976, 980, 986, 990, 996, 1000, 1006, 1010, 1016, 1020, 1026, 1030, 1036, 1040, 1046, 1050, 1056, 1060, 1066, 1070, 1076, 1080, 1086, 1090, 1096, 1100, 1106, 1110, 1116, 1120, 1126, 1130, 1136, 1140, 1146, 1150, 1156, 1160, 1166, 1170, 1176, 1180, 1186, 1190, 1196, 1200, 1206, 1210, 1216, 1220, 1226, 1230, 1236, 1240, 1246, 1250, 1256, 1260, 1266, 1270, 1276, 1280, 1286, 1290, 1296, 1300, 1306, 1310, 1316, 1320, 1326, 1330, 1336, 1340, 1346, 1350, 1356, 1360, 1366, 1370, 1376, 1380, 1386, 1390, 1396, 1400, 1406, 1410, 1416, 1420, 1426, 1430, 1436, 1440, 1446, 1450, 1456, 1460, 1466, 1470, 1476, 1480, 1486, 1490, 1496, 1500, 1506, 1510, 1516, 1520, 1526, 1530, 1536, 1540, 1546, 1550, 1556, 1560, 1566, 1570, 1576, 1580, 1586, 1590, 1596, 1600, 1606, 1610, 1616, 1620, 1626, 1630, 1636, 1640, 1646, 1650, 1656, 1660, 1666, 1670, 1676, 1680, 1686, 1690, 1696, 1700, 1706, 1710, 1716, 1720, 1726, 1730, 1736, 1740, 1746, 1750, 1756, 1760, 1766, 1770, 1776, 1780, 1786, 1790, 1796, 1800, 1806, 1810, 1816, 1820, 1826, 1830, 1836, 1840, 1846, 1850, 1856, 1860, 1866, 1870, 1876, 1880, 1886, 1890, 1896, 1900, 1906, 1910, 1916, 1920, 1926, 1930, 1936, 1940, 1946, 1950, 1956, 1960, 1966, 1970, 1976, 1980, 1986, 1990, 1996, 2000, 2006, 2010, 2016, 2020, 2026, 2030, 2036, 2040, 2046, 2050, 2056, 2060, 2066, 2070, 2076, 2080, 2086, 2090, 2096, 2100, 2106, 2110, 2116, 2120, 2126, 2130, 2136, 2140, 2146, 2150, 2156, 2160, 2166, 2170, 2176, 2180, 2186, 2190, 2196, 2200, 2206, 2210, 2216, 2220, 2226, 2230, 2236, 2240, 2246, 2250, 2256, 2260, 2266, 2270, 2276, 2280, 2286, 2290, 2296, 2300, 2306, 2310, 2316, 2320, 2326, 2330, 2336, 2340, 2346, 2350, 2356, 2360, 2366, 2370, 2376, 2380, 2386, 2390, 2396, 2400, 2406, 2410, 2416, 2420, 2426, 2430, 2436, 2440, 2446, 2450, 2456, 2460, 2466, 2470, 2476, 2480, 2486, 2490, 2496, 2500, 2506, 2510, 2516, 2520, 2526, 2530, 2536, 2540, 2546, 2550, 2556, 2560, 2566, 2570, 2576, 2580, 2586, 2590, 2596, 2600, 2606, 2610, 2616, 2620, 2626, 2630, 2636, 2640, 2646, 2650, 2656, 2660, 2666, 2670, 2676, 2680, 2686, 2690, 2696, 2700, 2706, 2710, 2716, 2720, 2726, 2730, 2736, 2740, 2746, 2750, 2756, 2760, 2766, 2770, 2776, 2780, 2786, 2790, 2796, 2800, 2806, 2810, 2816, 2820, 2826, 2830, 2836, 2840, 2846, 2850, 2856, 2860, 2866, 2870, 2876, 2880, 2886, 2890, 2896, 2900, 2906, 2910, 2916, 2920, 2926, 2930, 2936, 2940, 2946, 2950, 2956, 2960, 2966, 2970, 2976, 2980, 2986, 2990, 2996, 3000, 3006, 3010, 3016, 3020, 3026, 3030, 3036, 3040, 3046, 3050, 3056, 3060, 3066, 3070, 3076, 3080, 3086, 3090, 3096, 3100, 3106, 3110, 3116, 3120, 3126, 3130, 3136, 3140, 3146, 3150, 3156, 3160, 3166, 3170, 3176, 3180, 3186, 3190, 3196, 3200, 3206, 3210, 3216, 3220, 3226, 3230, 3236, 3240, 3246, 3250, 3256, 3260, 3266, 3270, 3276, 3280, 3286, 3290, 3296, 3300, 3306, 3310, 3316, 3320, 3326, 3330, 3336, 3340, 3346, 3350, 3356, 3360, 3366, 3370, 3376, 3380, 3386, 3390, 3396, 3400, 3406, 3410, 3416, 3420, 3426, 3430, 3436, 3440, 3446, 3450, 3456, 3460, 3466, 3470, 3476, 3480, 3486, 3490, 3496, 3500, 3506, 3510, 3516, 3520, 3526, 3530, 3536, 3540, 3546, 3550, 3556, 3560, 3566, 3570, 3576, 3580, 3586, 3590, 3596, 3600, 3606, 3610, 3616, 3620, 3626, 3630, 3636, 3640, 3646, 3650, 3656, 3660, 3666, 3670, 3676, 3680, 3686, 3690, 3696, 3700, 3706, 3710, 3716, 3720, 3726, 3730, 3736, 3740, 3746, 3750, 3756, 3760, 3766, 3770, 3776, 3780, 3786, 3790, 3796, 3800, 3806, 3810, 3816, 3820, 3826, 3830, 3836, 3840, 3846, 3850, 3856, 3860, 3866, 3870, 3876, 3880, 3886, 3890, 3896, 3900, 3906, 3910, 3916, 3920, 3926, 3930, 3936, 3940, 3946, 3950, 3956, 3960, 3966, 3970, 3976, 3980, 3986, 3990, 3996, 4000, 4006, 4010, 4016, 4020, 4026, 4030, 4036, 4040, 4046, 4050, 4056, 4060, 4066, 4070, 4076, 4080, 4086, 4090, 4096, 4100, 4106, 4110, 4116, 4120, 4126, 4130, 4136, 4140, 4146, 4150, 4156, 4160, 4166, 4170, 4176, 4180, 4186, 4190, 4196, 4200, 4206, 4210, 4216, 4220, 4226, 4230, 4236, 4240, 4246, 4250, 4256, 4260, 4266, 4270, 4276, 4280, 4286, 4290, 4296, 4300, 4306, 4310, 4316, 4320, 4326, 4330, 4336, 4340, 4346, 4350, 4356, 4360, 4366, 4370, 4376, 4380, 4386, 4390, 4396, 4400, 4406, 4410, 4416, 4420, 4426, 4430, 4436, 4440, 4446, 4450, 4456, 4460, 4466, 4470, 4476, 4480, 4486, 4490, 4496, 4500, 4506, 4510, 4516, 4520, 4526, 4530, 4536, 4540, 4546, 4550, 4556, 4560, 4566, 4570, 4576, 4580, 4586, 4590, 4596, 4600, 4606, 4610, 4616, 4620, 4626, 4630, 4636, 4640, 4646, 4650, 4656, 4660, 4666, 4670, 4676, 4680, 4686, 4690, 4696, 4700, 4706, 4710, 4716, 4720, 4726, 4730, 4736, 4740, 4746, 4750, 4756, 4760, 4766, 4770, 4776, 4780, 4786, 4790, 4796, 4800, 4806, 4810, 4816, 4820, 4826, 4830, 4836, 4840, 4846, 4850, 4856, 4860, 4866, 4870, 4876, 4880, 4886, 4890, 4896, 4900, 4906, 4910, 4916, 4920, 4926, 4930, 4936, 4940, 4946, 4950, 4956, 4960, 4966, 4970, 4976, 4980, 4986, 4990, 4996, 5000, 5006, 5010, 5016, 5020, 5026, 5030, 5036, 5040, 5046, 5050, 5056, 5060, 5066, 5070, 5076, 5080, 5086, 5090, 5096, 5100, 5106, 5110, 5116, 5120, 5126, 5130, 5136, 5140, 5146, 5150, 5156, 5160, 5166, 5170, 5176, 5180, 5186, 5190, 5196, 5200, 5206, 5210, 5216, 5220, 5226, 5230, 5236, 5240, 5246, 5250, 5256, 5260, 5266, 5270, 5276, 5280, 5286, 5290, 5296, 5300, 5306, 5310, 5316, 5320, 5326, 5330, 5336, 5340, 5346, 5350, 5356, 5360, 5366, 5370, 5376, 5380, 5386, 5390, 5396, 5400, 5406, 5410, 5416, 5420, 5426, 5430, 5436, 5440, 5446, 5450, 5456, 5460, 5466, 5470, 5476, 5480, 5486, 5490, 5496, 5500, 5506, 5510, 5516, 5520, 5526, 5530, 5536, 5540, 5546, 5550, 5556, 5560, 5566, 5570, 5576, 5580, 5586, 5590, 5596, 5600, 5606, 5610, 5616, 5620, 5626, 5630, 5636, 5640, 5646, 5650, 5656, 5660, 5666, 5670, 5676, 5680, 5686, 5690, 5696, 5700, 5706, 5710, 5716, 5720, 5726, 5730, 5736, 5740, 5746, 5750, 5756, 5760, 5766, 5770, 5776, 5780, 5786, 5790, 5796, 5800, 5806, 5810, 5816, 5820, 5826, 5830, 5836, 5840, 5846, 5850, 5856, 5860, 5866, 5870, 5876, 5880, 5886, 5890, 5896, 5900, 5906, 5910, 5916, 5920, 5926, 5930, 5936, 5940, 5946, 5950, 5956, 5960, 5966, 5970, 5976, 5980, 5986, 5990, 5996, 6000, 6006, 6010, 6016, 6020, 6026, 6030, 6036, 6040, 6046, 6050, 6056, 6060, 6066, 6070, 6076, 6080, 6086, 6090, 6096, 6100, 6106, 6110, 6116, 6120, 6126, 6130, 6136, 6140, 6146, 6150, 6156, 6160, 6166, 6170, 6176, 6180, 6186, 6190, 6196, 6200, 6206, 6210, 6216, 6220, 6226, 6230, 6236, 6240, 6246, 6250, 6256, 6260, 6266, 6270, 6276, 6280, 6286, 6290, 6296, 6300, 6306, 6310, 6316, 6320, 6326, 6330, 6336, 6340, 6346, 6350, 6356, 6360, 6366, 6370, 6376, 6380, 6386, 6390, 6396, 6400, 6406, 6410, 6416, 6420, 6426, 6430, 6436, 6440, 6446, 6450, 6456, 6460, 6466, 6470, 6476, 6480, 6486, 6490, 6496, 6500, 6506, 6510, 6516, 6520, 6526, 6530, 6536, 6540, 6546, 6550, 6556, 6560, 6566, 6570, 6576, 6580, 6586, 6590, 6596, 6600, 6606, 6610, 6616, 6620, 6626, 6630, 6636, 6640, 6646, 6650, 6656, 6660, 6666, 6670, 6676, 6680, 6686, 6690, 6696, 6700, 6706, 6710, 6716, 6720, 6726, 6730, 6736, 6740, 6746, 6750, 6756, 6760, 6766, 6770, 6776, 6780, 6786, 6790, 6796, 6800, 6806, 6810, 6816, 6820, 6826, 6830, 6836, 6840, 6846, 6850, 6856, 6860, 6866, 6870, 6876, 6880, 6886, 6890, 6896, 6900, 6906, 6910, 6916, 6920, 6926, 6930, 6936, 6940, 6946, 6950, 6956, 6960, 6966, 6970, 6976, 6980, 6986, 6990, 6996, 7000, 7006, 7010, 7016, 7020, 7026, 7030, 7036, 7040, 7046, 7050, 7056, 7060, 7066, 7070, 7076, 7080, 7086, 7090, 7096, 7100, 7106, 7110, 7116, 7120, 7126, 7130, 7136, 7140, 7146, 7150, 7156, 7160, 7166, 7170, 7176, 7180, 7186,

Der Boykott in Wilmersdorf

beschäftigte gestern die dritte Ferienkammer des Landgerichts III, Berlin.

Der Richter Robert Goddäus war vom Amtsvorsteher zu Wilmersdorf mit einer Strafverfügung von 10 M. oder drei Tagen Haft bestraft worden, weil er am 20. Mai d. J. Boykottflugblätter der Lokale „Luisenpark“ und „Viktorgarten“ in Wilmersdorf verteilt haben sollte.

Er hatte hiergegen auf gerichtliche Entscheidung angetragen, aber das Schöffengericht zu Charlottenburg, unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Scholz, verurteilte ihn zu 75 M. eventuell 15 Tagen Haft. Das Schöffengericht begründete die ungewöhnlich hohe Strafe damit, daß es die Verteilung der Boykottflugblätter als eine gröbliche Störung des sozialen Friedens und eine vorwärtliche, böswillige Kredit- und Vermögensschädigung, die in hohem Maße gegen die guten Sitten verstoße, erachtete.

Er hatte hiergegen auf gerichtliche Entscheidung angetragen, aber das Schöffengericht zu Charlottenburg, unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Scholz, verurteilte ihn zu 75 M. eventuell 15 Tagen Haft. Das Schöffengericht begründete die ungewöhnlich hohe Strafe damit, daß es die Verteilung der Boykottflugblätter als eine gröbliche Störung des sozialen Friedens und eine vorwärtliche, böswillige Kredit- und Vermögensschädigung, die in hohem Maße gegen die guten Sitten verstoße, erachtete.

Uebrigens habe auch das Reichsgericht jüngst erkannt, daß der Boykott in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen ein erlaubtes Kampfmittel sei und nicht gegen die guten Sitten verstoße.

Auf alles dies komme es aber im vorliegenden Falle gar nicht an, da Goddäus, wenn er überhaupt die Flugblätter verteilt habe, was er bestreite, dies gegen Entgelt getan habe. Nach dem Reichsdruckgesetz unterliege die entgeltliche Verteilung von Druckschriften den Landesgesetzen, also auch nicht dem preussischen Preßgesetz, welches die Genehmigung für dergleichen Verteilungen vorschreibt.

Die Anklage brach gleich nach der Zeugenvernehmung des Mannes, der den Boykottzettel von Goddäus erhalten haben wollte, zusammen. Dieser Zeuge erklärte, daß er die betreffende Person, welche ihm den Zettel gegeben, nur flüchtig von der Seite gesehen habe und nicht mit Bestimmtheit sagen könne, daß es der Angeklagte gewesen sei. Es wurde darauf von weiterer Beweisaufnahme Abstand genommen, und nach kurzer Beratung erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Vom Schlachtfeld des deutschen Bergbaues.

Soeben ist der Verwaltungsbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Jahr 1905 erschienen; er zeigt im wesentlichen dasselbe Bild, wie der vor etwa zwei Monaten besprochene Bericht der Sektion II: Das Blutmeer ist weiter gestiegen. Im Vorjahre gelangten 80 204, im Berichtsjahre 81 871 Unfälle zur Anmeldung. Diese Steigerung ist um so bemerkenswerter, als im Berichtsjahre der große Bergarbeiterstreik fiel. Die Unfälle verteilen sich auf die einzelnen Sektionen folgendermaßen:

Table with 2 columns: Sektion and Unfälle. Rows include I Bonn (12 685), II Bochum (41 096), III Clausthal a. S. (1 249), IV Halle a. S. (7 221), V Waldenburg I. Schl. (4 389), VI Larnowig i. Oberchl. (9 411), VII Zwickau (Sachsen) (4 195), VIII München (1 061), Summa (81 871).

Da die Zahl der Versicherten im Jahre 1905 647 458 betrug, entfallen auf 1000 Versicherte 126 Unfälle. Die Steigerung der Unfälle erscheint erst im rechten Licht, wenn man auf das Jahr 1886 zurückgreift, welches bekanntlich zuerst für die Versicherung in Frage kam. In genannten Jahre betrug die Zahl der Versicherten 343 704, die Zahl der angemeldeten Unfälle 22 497, auf 1000 Versicherte entfielen mithin 65. Die Steigerung beträgt also fast 100 Prozent, womit erwiesen ist, daß die Gefahren des Bergbaues in erschreckender Weise gestiegen sind. Noch deutlicher tritt dies in die Erscheinung bei den tödlichen und schwereren Unfällen. Es wurden gezählt: im Jahre 1886 2265 gleich 6,59 pro 1000 Versicherte, im Jahre 1905 10 066 gleich 15,55 pro 1000 Versicherte. Die Steigerung der Unfälle seit 1884 zeigt sich auch in folgenden Zahlen. Es gelangten Unfälle zur Anmeldung im Jahre:

Table with 2 columns: Year and Unfälle. Rows range from 1894 (38 241) to 1905 (81 871).

Man sieht, der deutsche Bergbau ist ein Schlachtfeld, so blutetränkt, wie noch keines auf der Welt, auf welchem auch die vollkommenesten Maschinen der modernen Kriegstechnik zur Anwendung gelangten. Aber auch kein Bergbau der europäischen Kulturstaaten weist soviel Unfälle, soviel Blut und Strümpel auf wie der deutsche. In England, Frankreich usw. sind die Unfälle bis zu 50 Prozent niedriger als in Deutschland. In jenen Ländern hat man sich allerdings schon vor Einführung von Arbeiterkontrollen bequem, während in Deutschland das Unternehmertum, die Regierung und die bürgerlichen Parteien vereint der Forderung der Vergleute auf Einführung der Arbeiterkontrollen den heftigsten Widerstand entgegensetzen. Wie lange noch? So lange, als die Vergleute sich weigern, sich die Vergleute einig, würde man ihnen wohl oder

übel Zugeständnisse machen müssen. Daß die Vergleute machtlos dastehen, ist Schuld der christlichen Arbeitergespieler. Die Vergleute wollen Einigkeit, aber die christlichen Führer verhalten sich ablehnend unter dem Jubel der Unternehmer- und Schanzmacherepresse. Es ist verwerflich, sich der notwendigen Einigung zu widersetzen! Es ist Verrat an der Arbeiterschaft! Wie lange werden sich die Vergleute das noch gefallen lassen? Es ist bekannt, daß nicht nur Verhändler, sondern auch Ortsverwaltungen des christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewervereins auf Einigung dringen. Sie haben sich an Effert, den Vorsitzenden der Siebenerkommission, gewandt zwecks Einleitung von Einigungsverhandlungen. Herr Effert hat die Eingabe einfach beiseite gelegt! Die Einigung entspricht allerdings den Interessen der Vergleute, aber sie widerspricht den Interessen mancher Aushalterführer im christlichen Lager, und das erklärt alles. Darum der Widerstand gegen die Einigungsbestrebungen. Gerade bei diesem Verzicht hielten wir es für angezeigt, auf die Notwendigkeit der Einigung hinzuweisen. Wer will sich noch der eindringlichen Sprache der Tatsachen verschließen?!

Nehmen wir zu unserem Bericht zurück. Eine merkwürdige Tatsache ist, daß der Sonnabend die meisten Unfälle aufweist. Das ist kein Zufall, sondern auf die Abrückung der Vergleute zurückzuführen, die am Sonntag ihren Höhepunkt erreicht, so daß die Vergleute zu abgepannt sind, um die Gefahren gefährdend beachten zu können. Der Sonnabend wies 13 952 Unfälle auf, an Montagen verunglückten 12 955 Personen. Freilich weist der zwölfjährige Durchschnitt auf den Dienstag, als den Tag, an welchem die meisten Unfälle vorkommen. Da man die Statistik das beliebte Märchen zerstört hat, am Montag verunglückten die meisten Vergleute wegen der am Sonntag stattfindenden Saufereien, so kommt man zu einer neuen Verdrängung. Allerdings etwas vorsichtig heißt es: „Der Grund für die hohe Unfallziffer an diesem Tage läßt sich nicht feststellen, es dürfte aber die schon früher ausgesprochene Vermutung zutreffen, daß dieselbe durch das Feiern vieler Arbeiter am Montag beeinflusst wird.“

Wir meinen, wenn man nicht Feststellungen machen kann, soll man auch nicht halloso Vermutungen, die Verdrängungen gleich kommen, aufstellen. Wenn das Feiern Schuld wäre, müßten am Montag die meisten Unfälle vorkommen, weil doch am Sonntag fast alle Vergleute feiern. Damit ist die Unmöglichkeit der „Vermutung“ bewiesen. Wir weisen daher die Verdrängung der Vergleute ganz entschieden zurück.

In den letzten Jahren hat man in der Unternehmerpresse so gern herborgehoben, wenn ein Arbeiter angeblich durch Selbstschuld verunglückt. Auch die Berufsgenossenschaft hat eine Statistik darüber aufgestellt. Und das Resultat? Die Zahl derjenigen, die durch „Selbstschuld“ verunglückt, ist gesunken, die Zahl derjenigen aber, die infolge Gefährlichkeit des Betriebes verunglückt, ist in gleicher Weise gestiegen. Die Statistik weist nach: Von 100 Verunglückten verunglückten durch Selbstschuld im Jahre 1895: 37,24, im Jahre 1905: 26,89; durch Gefährlichkeit des Betriebes: im Jahre 1895: 57,75, im Jahre 1905: 68,51.

Zahlen reden eine deutliche Sprache, und die Statistik zerflört alle Märchen. Wenn man auch amtlich keine Mißstände zugeben will, sie sind doch vorhanden. Die Statistik beweist es. Was heißt das übrigens? Die Arbeiter sind durch Selbstschuld verunglückt? Niemand begibt sich mit bewusster Absicht in eine Gefahr, damit er verunglückt. Das tun die Vergleute nicht, wenn sie auch einmal verleumdet worden sind, sie freuten sich, wenn sie einen „Anar“ erhielten, damit sie hinterem Ofen in Bequemlichkeit ihre Rente verzehren könnten. In den weitaus meisten Fällen, wo „Selbstmord“ konstatiert wird, mag nun allerdings eine Uebertretung irgend einer bergpolizeilichen Bestimmung vorliegen. Aber hat man denn auch schon untersucht, ob die Verunglückten sie überhaupt befolgen konnten? Bei der Bedingefestung wird keine Rücksicht darauf genommen, daß der Bergmann behindert ist, wenn er die bergpolizeilichen Bestimmungen befolgen will und muß. Das Gebot wird meistens so gesetzt, daß die Uebertretung direkte Notwendigkeit wird, wenn anders der Bergmann nicht mit einem Hungerlohn nach Hause gehen will. Und vielfach wird sogar zu Uebertretungen aufgefordert! Man ahnt gar nicht, wie sehr in dieser Beziehung gesündigt wird. Also eigentliche Selbstschuld bei Verunglückten können wir nicht anerkennen.

Immer wieder müssen es die Vergleute hören, daß durch die Sozialgesetzgebung den Unternehmern Lasten aufgebürdet worden sind, daß das Unternehmertum Millionen opfert und die Arbeiter so wenig dankbar sind. Mit Recht kann dem gegenüber gehalten werden, daß nur der Arbeiter der Schöpfer aller Werte ist. Daß er auch die Willkuren erdulden mußte, welche die Unternehmer für ihn „opfern“. „Opfern“ tun sie nichts, an ihren Arbeitern halten sie sich immer wieder schadlos. Namentlich die Bergwerksunternehmer sorgen dafür, daß sie mit 10, 15, 20, 25, 30 und mehr Prozent Dividenden anständig durch den Winter kommen. Allerdings haben die Unternehmer für die Unfallversicherung im letzten Jahre 21 544 694,58 M. im Umlageverfahren aufgebracht, eine große Summe, die aber verschwindet, neben den Willkuren, die von Arbeitern erduldet und vom Unternehmertum eingefadelt wurden. Und was weist zuguterletzt die Statistik nach? Daß die an Verletzte gezahlte Unfallrente im Durchschnitt um 4 Proz. gefallen ist, und zwar von 36 auf 32 Proz. Man weiß ja, wie scharf die Ueberwägung der Verletzten ist und wie schnell man bei der Hand ist, die Rente den Kernsten der Armen zu kürzen. Die, die das Lob der Unfallversicherung in begeisterten Tönen singen, würden sehr ernüchert sein, wenn sie einmal die Leiden der Unglücklichen mit eigenen Augen sehen und eigenen Ohren hören wollten. Noch mancher, der da guten Willens wäre, würde befehrt und anderen Sinnes werden.

Der Bericht beweist, wie groß das Mißlo der Bergarbeiter ist, wie es immer größer wird und wie schulplos die Vergleute noch immer dastehen. Alle schönen „arbeiterfreundlichen“ Neben können die fürchtbare Anlage nicht entkräften, welche die Statistik der Regierung dem Unternehmertum, der herrschenden Klasse überhaupt, ins Gesicht schleudert.

Aus Industrie und Handel.

Anarchie im Handel. Wir leben im Reichen der Reiz- und Umwälzungen im Wirtschaftsleben. Durch Organisation in der Erzeugung und Verteilung der Güter soll dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen werden. Im allgemeinen oder nur zugunsten der Produzenten. Manche Organisation dient der Verbilligung der Produktion, indem diese auf breite Grundlage gestellt wird und dadurch für sie eine verbesserte Technik dienstbar gemacht werden kann. Solche Akten der Umwälzungen stellen eine höhere Produktionsstufe dar, die als Fortschritt begriffen werden muß. Die meisten Umwälzungen im Wirtschaftsleben dienen aber einem anderen oder mindestens noch einem anderen Zwecke. Sie sollen die Konkurrenz der Produzenten unter einander anschliefen und das Preisniveau heben. Regelung der Produktion“ sagt man und ein Einaufstreben der Preise ist Absicht und Zweck. Einschränkung der Produktion, künstliche Steigerung der Nachfrage, das sind die Instrumente, mit denen man höhere Preise, das heißt größeren Profit erlangt. Organisationen mit solchen Zielen haben wir in fast allen Industrien, sie machen sich für den Konsumenten oft sehr unangenehm bemerkbar. Man sollte nun glauben, die Konkurrenz im

Kleinhandel in Verbindung mit den Produzentenorganisationen müßte auf dem Warenmarkt wenigstens eine gewisse Einheitslichkeit herbeigeführt haben. Das ist aber nicht der Fall. Tatsächlich herrscht im — oder durch den — Kleinhandel eine wilde Preis-anarchie. Und im Interesse der Konsumenten, wie der deutschen Volkswirtschaft im allgemeinen, wäre eine große planmäßige Organisation im Kleinvertrieb aller Waren sehr zu begrüßen. Es wird oft über die Jurisprudenz des in modernen Wirtschaftsleben so notwendigen und nützlichen Kaufmannsstandes geredet und geschrieben. Besonders das Wort von dem „notwendigen Uebel“ ist und wir sagen, nicht unberechtigt, überall aufgestoßen. Das schließt aber die Tatsache nicht aus, daß es im Handelsstande sogar überflüssige und ausmerzbar Uebel und Schäden gibt. Es ist das überflüssige Schmarotzertum, das in ganz unerbildmähiger Weise die Waren verteuert, das einen Händlergewinn einstreift, der mit der geleisteten und notwendigen Arbeit in gar keinem Verhältnis steht. Hier ist noch ein Feld für den Kaufmannsstand, auf dem er, nicht nach alter Schablone, sondern durch Anpassung an die Bedürfnisse der Zeit, durch großzügige Organisation Hervorragendes leisten, ein Förderer des Kulturfortschrittes werden könnte. Händler und Mittelständler jammern gern und viel über die vernichtende Konkurrenz der Warenhäuser. Nicht aus Allgemeininteresse, sondern aus traktamentlichem Eigennutz. Wie unberechtigt die Lamentationen sind, wie notwendig eine gründliche Reform des Kleinhandels ist, lehrt ein Blick auf das buntschöne Bild der Warenpreise. Schon gelegentlich der Heimarbeiterausstellung wiesen wir hin auf die Disharmonie zwischen Arbeitelöhnen und Handelsgewinnen. Bei manchen Artikeln macht der Preisauflauf im Kleinhandel ein Vielfaches des Arbeitslohnes aus. Ist das vernünftig und gerecht? Der Aufschlag im Kleinhandel, von dem Grundrentner und Hausagrarier mitzureden, ist aber nicht gleichmäßig hoch, er schwankt ganz außerordentlich je nach Ort und Lage. Ganz interessante Einblicke in das Chaos gewährt die an dieser Stelle bereits erwähnte Arbeit des Karlsruher der deutschen Vorkruder. Wir finden darin, daß z. B. 1/2 Kilo Rindfleisch im Jahre 1905 kostete: in Lübeck 60 Pf., in Delmenhorst 60 Pf., in Blankenburg 100 Pf., in Gilstrow 63 Pf., in Stellingen-Langensfelde 105 Pf., in Koblentz 60 Pf., in Wiesloch wurde Jüder mit 46 Pf. bezahlt, in Kaden mit 14 Pf.; Kaffee kostete in Kaden 175 Pf., in Wilhelmshafen 100 Pf., in Wülter 90 Pf., in Dortmund 170 Pf. Für Schweinefleisch wurden 1905 verlangt: in Essen 89 Pf., in Hamm 87 Pf., in Hagen 100 Pf., in Bochum 80 Pf., in Andernach 75 Pf. Butter kostete in Höger 114 Pf., in Lengerich 100 Pf., in Stollberg 135 Pf. In Sterkrade mußten für Kartoffeln pro Ztr. 500 Pf. bezahlt werden, in Wermelskirchen 280 Pf. 16 Eier waren in Ohtrop für 90 Pf. zu haben, in Jülich kosteten sie 160 Pf. In St. Johann kostete 1/2 Kilo Reis 30 Pf., in Schwelm 15 Pf. Und so geht's weiter. Auf dem Gebiete der Warenpreise sehen wir eine Mannigfaltigkeit, wie sie kein Kaleidoskop bietet. Es ist ein wildes Auf und Ab, ein regelloses Durcheinander, ein Drauf und Draüber wie in einem Ameisenhaufen. Das zeigt anschaulich die folgende Zusammenstellung verschiedener Artikel. Um die Kontraste besser hervortreten zu lassen, sind in jeder Warenreihe die höchsten und niedrigsten Preise durch Fettdruck hervorgehoben. Die Städte sind wachlos herausgegriffen, es liegen sich noch größere Kontraste zusammenbringen. Wir glauben aber, die Stichprobe genügt für unseren Zweck. Die Kommunalbehörden gaben für 1905 folgende Durchschnittspreise an:

Table with 5 columns: Item, 1 Liter Milch, 1/2 Kilo Zucker, 1 Ztr. Steinkohlen, 1 Mandel Eier (15 Stück), 1 Ztr. Kartoffeln. Rows list various locations like Saarfeld, Langenmünde, Wittenberg, etc.

Die Preisunterschiede sind so außerordentlich, daß demgegenüber der Einwand geringer Qualitätsunterschiede nicht ins Gewicht fallen kann. Und auch die zu berücksichtigenden Preisdifferenzen, Schwierigkeiten des Transportes usw. können nicht als Rechtfertigung und Erklärung der starken Differenzen gelten. Solche Einwände sind schon widerlegt durch die Ungleichheiten, die sich bei zusammenhängenden Orten — wie z. B. Berlin und Rixdorf — ergeben, die verkehrstechnisch als nur ein Gebilde betrachtet werden können. Wir möchten das noch genauer zeigen durch die folgende Zusammenstellung. Sie umfaßt fünf zusammenhängende Orte mit ziemlich gleicher Bevölkerung und gleichen Verkehrsmitteln. Es sind für 1905 folgende Preise ermittelt worden: Zu

Table with 5 columns: Location (Dortmund, Herde, Städtgen-dortmund, Bochum, Göttingen) and Price. Rows list items like Wohnungsmiete, 1 Küche, 1 Kubikmeter Brennholz, etc.

Wir haben auch hier wieder in jeder Reihe die höchsten und niedrigsten Preise durch Fettdruck hervorgehoben. Es ergeben sich, wie schon angeführt, in einem wirtschaftlich, sozial und verkehrstechnisch zusammengehörigen Komplex ganz exzeptionelle Unterschiede. Das das ein idealer, unabänderlicher Zustand ist, wird niemand behaupten wollen. Hier kann der Handel tatsächlich sich verberufen betätigen. Er mag es sich zur Aufgabe machen, mit dieser Anarchie aufzuräumen. Das innerhalb verschiedener Orte, die als eine einzige Stadt betrachtet werden können, die Preise der täglich gangbaren, zur Lebenshaltung unentbehrlichen Waren um 50 und mehr Prozent differieren, ist ein Hochn auf den Fortschritt im Zeichen der Organisation. Man wird auch gegenüber der vorstehenden Zusammenstellung, in dem Bestreben zu beschönigen, das Moment der vielleicht vorliegenden Qualitätsunterschiede ins Feld führen. Wir geben deshalb noch eine Aufzählung, welche zeigt, wie die Preise in einem Orte fallen, während sie am anderen Plage stabil bleiben oder in die Höhe gehen. Die Angaben sind für beide Jahre für die einzelnen Orte von derselben Behörde gemacht, es ist nicht gut anzunehmen, daß die Organe für verschiedene Jahre Preise verschiedener Qualitäten ermitteln und veröffentlichen lassen. Diese Zusammenstellung kann daher als ein ziemlich ungetrübtes Bild der herrschenden Anarchie betrachtet werden. Im Jahre 1905 war der Preis gegenüber 1901 niedriger oder höher

in	für Zucker		Eier		Kartoffeln		100
	niedr.	höher	niedr.	höher	niedr.	höher	
Lütgendortmund	9	—	—	—	—	—	100
Hörde	—	—	—	20	—	—	—
Dortmund	—	5	—	5	—	—	62
Düsseldorf	6	—	—	3	—	—	21
Duisburg	8	—	—	6	—	—	100
Solingen	25	—	—	—	—	—	50
Bochum	—	3	—	—	—	—	50
Wald	—	4	—	—	—	—	65
Bladbach	—	2	—	15	—	—	130
Stade	—	3	—	5	—	—	—
Korden	8	—	—	10	—	—	117
Schleswig	3	—	—	17	—	—	—

In Dortmund steigt der Zuckerpreis, im angrenzenden Lütgendortmund geht er zurück, hier werden die Kartoffeln teurer, in Hörde sinkt der Preis, während er für diesen Artikel in dem mit Hörde eng verbundenen Dortmund noch oben geht. In einem Ort gehen die Preise für Eier in die Höhe, in nächster Nachbarschaft halten sie sich auf dem alten Niveau. Man könnte beinahe sagen: Die Regelmäßigkeit ist die Regel. — Im Kleinhandel herrscht heute noch, trotz des entwickelten Verkehrs und trotz der vielen Organisationen Anarchie und Systemlosigkeit.

Von der industriellen Ernte. Mit einer Dividende von 15 Prozent diesmal die Aktionäre der Westfälischen Drahtindustrie in Hamm beglückt werden. — Auf 20 Proz. gegen 18 Proz. im Vorjahre wird die Dividende des Gußstahlwerks Witten geschätzt. — Die Voigtländische Maschinenfabrik A.-G. in Blauen gibt für 1905/06 7 Proz. mehr als im Vorjahre, nämlich 16 Proz. — Die Aktionäre der Humboldt-Mühle A.-G. Berlin genehmigten sich 7 Proz. Papierarbeiterlohn. — Wiedermum 9 Proz. sollen die Aktienhaber der Maschinenspinnerei Huppel A.-G. in Leipzig erhalten. — Die Schuhfabrik vormals Otto Herz u. Co. in Frankfurt bringt wieder 8 Proz. heraus. — Auf 7 1/2 Proz. (6 Proz. im Vorjahre) erhöht sich die Dividende der A.-G. „Archimedee“ in Berlin. — Die Zeiger Eisengießerei und Maschinenbau A.-G. erklärt eine Dividende von 10 Proz. gegen 7 Proz. für 1904/05. — Die Maschinenfabrik Koppel in Chemnitz klagt im Geschäftsbericht über niedrige Verkaufspreise und wesentliche erhöhte Löhne, aber sie schüttet 16 Proz. Dividende aus, 4 Proz. mehr als im Vorjahre und die Zantiemensumme ist um 15 000 M. gegen das Vorjahr gestiegen. — Verne zu klagen, ohne zu leiden, heißt es hier. — Die Carotti Schokoladen- und Kakao-Industrie A.-G., die im vorigen Jahre 10 Proz. gab, läßt eine kleine Verzögerung eintreten, diesmal gibt es 11 Proz.

Goldgewinnung in Transvaal. Die Goldausbeute, die im Jahre 1904 rund 18 Millionen Pfund Sterling Wert darstellte, im Jahre 1905 rund 20 1/2 Millionen, hat für die acht Monate dieses Jahres schon einen Wert von rund 15 1/2 Millionen Pfund Sterling erreicht.

Aus der Frauenbewegung.

Vorwärts!

Die bevorstehende Konferenz sozialistischer Frauen veranlaßt uns, einen Rückblick über die Fortschritte der Frauenbewegung zu halten. Besonders macht sich seit der Bremer Tagung ein erfreuliches Aufblühen derselben bemerkbar. Die sozialistischen Ideen sind zu den Frauen durch Wort und Schrift in die entlegensten Gegenden getragen worden. Die Zahl der Vertrauenspersonen hat sich von 105 auf 325 erhöht, die Auflage der „Gleichheit“ ist von 12 000 auf 48 000 gestiegen, und auch der Frauenbildungsvereine sind der Zahl nach mehr geworden, so daß man nach richtigem Urteil nicht befriedigt sein könnte. Doch in die Freude über das, was geschehen ist, mischt sich ein bitterer Tropfen, wenn man all die Hindernisse bedenkt, die der noch zahlreicheren Gewinnung der Frauen entgegenstehen und die nicht nur in den reaktionären gesellschaftlichen Bestimmungen oder in den Sitten, Vorurteilen und Gebräuchen, denen die Frauen sich meist allzu willig unterordnen, zu suchen sind, sondern auch zu einem großen Teile in der Gleichgültigkeit beruhen, die ein Teil der Genossen der Frauenbewegung entgegenbringt. Diese Gleichgültigkeit, recht oft Feindseligkeit, wirkt tiefstach geradezu lähmend auf die wenigen tätigen Genossinnen. Mehr als einmal wird uns gesagt: „Ach, geht doch, unsere Männer wollen ja gar keine aufgeklärten Frauen.“ Allzu recht hat Keutsh, der hierüber schreibt: „Viele Genossen betrachten die sozialistische Propaganda unter den Frauen als eine Art Sport oder Luxus, den sich die Partei gestatten darf, wo sie Ueberfluß an Kräften hat, nicht als eine Lebensbedingung, der um jeden Preis zu genügen ist.“

Daß Männer gar leicht dazu neigen, die Frauenbewegung an sich als etwas minder Notwendiges zu betrachten, ist bei der vollständigen Rechtslosigkeit, unter der die Frauen leben, sehr verständlich, da die sozialistische Propaganda unter den Frauen zurzeit keine greifbaren politischen Erfolge bringt. Die besondere Agitation und Aufklärung bei den Frauen deshalb aber einstellen oder lässig zu betreiben, wäre verfehlt und würde sich einmal schwer rächen.

Zunächst also gilt es, den Männern, die die Frauenbewegung als einen Sport betrachten, zu beweisen, daß die Frauen gleichberechtigt sind und daß die Rückständigkeit unserer Frauen nicht daran liegt, daß sie überhaupt nicht bildungsfähig sind, sondern daran, daß ihnen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Vergewaltigt man sich all die Opfer, die finanziell und persönlich zur Gewinnung der Männer gebracht sind und auch heute noch gebracht werden, so sollte man denken, daß das männliche Proletariat, das doch im Besitze der politischen Rechte ist, alle ausnahmslos Sozialdemokraten seien.

Wie steht es aber damit aus; wieviel Aufklärung tut noch unter den Männern not, unter den Männern, die durch die Verfassung in den Besitz des freien, gleichen und allgemeinen Wahlrechts gelangten und doch den Stimmzettel nicht so gebrauchen, wie es im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes notwendig ist? Jedoch keinem Genossen wird es einfallen, deshalb die Agitation unter diesen rückständigen Elementen als Sport zu bezeichnen.

Warum wird nun die Frauenbewegung ohne jede Berechtigung von einem Teil der Genossen anders beivertet? Unter den Frauen,

die durch ein buntes, vielfaches und Versammlungsgesetz in ihrer Betätigung und freien Erhaltung gehemmt und in ihrer Mehrzahl kaum ahnen, daß auch sie politische Rechte verlangen können, ist eben eine ganz besondere Art der Agitation notwendig. Während man den Mann nur auf die Ausübung und den richtigen Gebrauch des Stimmzettels verweist, gilt es bei einem großen Teil der Frauen, zunächst das Interesse für die Ausübung des Wahlrechts zu wecken und den Wunsch, selbst im Besitze dieses Rechts zu sein, zu fördern. Nichts dürfte wohl geeigneter sein, die Aufklärung der Frauen zu fördern, als die Verlesung des Stimmzettels, denn durch Teilnahme an politischen Kundgebungen kann das Interesse der rechtlosen Frauwelt für die Politik am besten geweckt und entzündet werden. Aber allem Anschein nach wird sich in unseren alten Kulturländern nicht sobald die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Frauenstimmrechts Bahn brechen.

Soll nun deshalb die Agitation und Aufklärungsarbeit unter den Frauen minder eifrig betrieben werden?

O nein! Wenn auch das Frauenwahlrecht als hehres Ziel unserer Bestrebungen leuchtet, so gilt es doch schon jetzt, die Frauen zur Betätigung ihrer Kräfte im Interesse unserer Bewegung anzu-spornen, schon deshalb, weil die Frauen einen großen Einfluß auf ihre Männer auszuüben vermögen. Wie mancher Parteigenosse wird nicht durch den offenen oder stillen Widerstand seiner Frau in seiner Parteiarbeit gelähmt und an seiner vollen Kraftentfaltung im Interesse unserer Bewegung verhindert. Wie leidet das Familienleben durch eine unaufgeklärte Frau, die dem Geistesleben ihres Mannes kein Verständnis entgegenbringt, und wie arg ist es um die Erziehung der Kinder im sozialistischen Geiste bestellt, wo eine selbst nicht aufgeklärte Frau die Erziehung leitet? —

Aus allem Gesagten dürfte der Beweis erbracht sein, daß keine Mittel gespart werden dürfen, um die Agitation und Organisation der Frauen zu fördern. Leider sind die Erfolge nicht durch Zahlen zu beweisen, aber der günstige Einfluß der Frauen dürfte sich bald an dem Fortschritt der modernen Arbeiterbewegung zeigen.

Man bringe daher der Frauenbewegung nur annähernd dieselben finanziellen und persönlichen Opfer, man treffe nur annähernd die gleichen Einrichtungen, wie sie zur Gewinnung des männlichen Proletariats getroffen sind, und wir geben die Versicherung, daß sich die Bildungsfähigkeit des weiblichen Proletariats glänzend bewahren wird.

Wäge die Frauenkonferenz daher nicht nur rückwärts blickend auf das, was geschaffen ist, sondern vorwärts schauen, um neue Mittel und Wege zu finden, um das bereits Erreichte zu halten und zu befestigen und neues Terrain dazu zu gewinnen. Glückauf zu erster Arbeit!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, 17. September, 8 1/2 Uhr, im Klubhaus, Kommandantenstraße 72, Vortrag, Herr Dolzamer: „Säcker“.

Lichtenberg. Montag, 17. September, bei Gebr. Knibbe, Frankfurter Chaussee 5, Vortrag, Dr. Max Sorecht: „Ursache und Bekämpfung der Schwindsucht“.

Charlottenburg. Mittwoch, 19. September, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Hofjensenstraße 3, Vortrag, Auguste Kadett: „Volksschule und Kindererziehung“.

Gerichts-Zeitung.

Angeklagt vor Gericht.

Eine grobe Währungsverletzung gegen einen preussischen Gerichtshof beging gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof — eine Schwaabe. Während der Verhandlung einer Diebstahlsklage flatterte plötzlich durch ein offenes Fenster eine Schwaabe. Das Tierchen schaute sich unter dem Schutze der Witin Justitia ansehend ganz wohl, denn schließlich zwitschernd flog es im Gerichtssaal umher. Versuche, das Tierchen zu entfernen, blieben erfolglos. Schließlich setzte sich die Schwaabe auf den über dem Richtertisch hängenden Beleuchtungskörper. Nach geraumer Zeit kam aus der Gegend, in welcher sich der Vogel häuslich niedergelassen hatte, plötzlich ein gewisses Unwetter. Erst nach dieser geradezu unerhörten Ungebühr vor Gericht wurde der Hebelträger zum Fenster hinausgeschickt. Wäre die Schwaabe kein Vogel, so wäre ihr wohl die Freiheit genommen worden.

Der Amtsgerichtsdirektor Richard Weißhuhn war wegen Unterschlagung vor der Ferienkammer des Landgerichts III angeklagt. W. hatte eine Anstellung bei dem Amtsgericht in Rallberge-Adersdorf als Sekretär. An Gehalt bezog der Angeklagte zuletzt ein monatliches Einkommen von 145 M. Er geriet aus Anlaß von Ausgaben an seine Frau in Schulden. Als er schließlich nicht mehr aus und ein wußte, wußte er einen guten Freund, der sich in ähnlicher Lage wie er befand, in die mißlichen pecuniären Verhältnisse ein. Kurz vor dem 1. April d. J. befand sich W. in großer Geldnot, die ihn schließlich zu der Handlung verleitet, die ihn auf die Anklagebank führte. Er bezog unter Verhüllung aus seinen Freunden, den Hilfsarbeiter L. im Statistischen Amt, von einer Goldwarenfabrik in Breslau eine wertvolle goldene Uhr auf Kredit. Schon am Tage der Ankunft der Uhr übergab sie der Angeklagte seinem Freunde, der bereitwillig den Verfall übernahm. Als W. auch den Erlös verprakt hatte, packte ihn die Reue. Er verließ eines Tages seine Stellung und hielt sich längere Zeit verborgen, so daß ein Steckbrief hinter ihm erlassen wurde. Schließlich wurde W. in Berlin verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, in dem er selber amtslich tätig war. Er bestritt von Anfang an, sich der Unterschlagung schuldig gemacht zu haben, gab aber in der gestrigen Verhandlung unter Tränen seine Verfehlung zu. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erkannte die Strafammer auf drei Monate Gefängnis, da der Angeklagte gerade in seiner Eigenschaft als Gerichtsbeamter in hohem Grade verwerflich gehandelt habe.

Wegen Uebertretung der Vorschriften über die Sonntagsruhe im Bädergewerbe hatte der Inhaber der bekannten Firma Kempinski u. Co., Herr Ungert sich gestern zu verantworten. Die genannte Firma hat schon seit geraumer Zeit in ihrem Geschäftshause Leipzigerstraße 25 eine eigene große Bäckerei zur Herstellung ihres enormen Bedarfs an Backwaren eingerichtet. In dieser Bäckerei läßt sie auch an Sonn- und Festtagen während derjenigen Stunden, während welcher im Bädereibetriebe die Sonntagsruhe eingeführt ist, Backwaren herstellen. Auf einen deswegen gegen sie erlassenen Strafbefehl beantragte die Firma Kempinski u. Co. gerichtliche Entscheidung. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht machten die Verteidiger geltend: Die Bäckerei der genannten Firma liefert lediglich die Backwaren für ihren eigenen Restaurationsbetrieb. An dritte Personen werde keinerlei Backwaren abgegeben. Der Betrieb unterstehe der Aufsicht des Küchenmeisters. In der Bäckerei würden auch Puddings, Schinken in Brotteig und andere Speisen für das Restaurant zubereitet. Die Bäckerei sei also lediglich als integrierender Bestandteil des Kempinski'schen Restaurationsbetriebes anzusehen und nicht als ein selbständiger Betrieb, unterliege somit den Vorschriften über die Sonntagsruhe nicht, da der Gast- und Schankwirtsbetrieb nach der Gewerbeordnung unter diese nicht falle. In einer Entscheidung des Kammergerichts und einer jüngst ergangenen Entscheidung des Reichsgerichts sei festgestellt, daß die von großen Hotels eingerichteten Dampfbackereien nicht unter die sonst für Dampfbackereien bestehenden Vorschriften der Sonntagsruhe fallen, weil sie lediglich ein Bestandteil des gesamten Hotelbetriebes seien. Das Reichsgericht habe dies sogar angenommen, obwohl in dem von ihm entschiedenen Falle die betreffende Dampfbackerei die Backwaren nicht bloß für das Hotel, sondern gegen Entgelt auch für die Gäste gereinigt habe. Hier liegt der Fall noch günstiger, indem die Backwaren nur zur Verwendung in dem Restaurationsbetriebe hergestellt werde. — Das Schöffengericht schloß sich diesen Ausführungen in allen Punkten an und sprach die Firma Kempinski u. Co. von der Anklage des Vergehens gegen die Vorschriften über die Sonntagsruhe im Bädergewerbe

frei. — Diese Entscheidung widerspricht der Tendenz der Sonntagsruhevorschriften.

„Sand ist Gold“

diese Worte hat sich die Leipziger Zementindustrie Dr. Caspary u. Co. in Parkstrasse als Warenzeichen schützen lassen. Sie liefert Maschinen, mit welchen aus Sand Bausteine gefertigt werden. Eine Aktiengesellschaft in Friedland, welche ähnliche Maschinen herstellt, verwendete die Worte „Sand bringt Geld“ als Warenzeichen. Ihr Direktor wurde vom Landgerichte Dortmund am 23. Januar wegen Vergehens gegen das Warenzeichengesetz zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Seine Revision ist vom Reichsgerichte am Mittwoch verworfen worden.

Vermischtes.

Durch das leidige Spielen unbeaufsichtigter Kinder mit Streichhölzern wurde in St. Schauen im Kreise Beesdow-Storfow beinahe ein großes Unglück hervorgerufen worden. Ein fünfjähriger Knabe spielte mit mehreren Kameraden auf einem großen Reistguthausen eines benachbarten Grundstückes und entzündete mehrere Streichhölzer. Dadurch geriet das Reistguthaus plötzlich in Brand und wurde völlig eingestürzt. Auf das Angstgeschrei der Knaben stürzten die Nachbarn herbei, die große Wüde hatten, die in der Nähe liegenden Gebäude vor dem Feuer zu verschonen und den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der kleine Uebelthäter ist wiederholt beobachtet worden, wie er einen riesigen Rüsterstüben anzünden wollte.

Schlofen geplagt. In vergangener Nacht gegen 1/2 12 Uhr ist in Rülheim auf der Friedrich Wilhelmshütte ein Hochofen geplatzt! Das donnerähnliche Getöse wurde selbst in Duisburg gehört. Der Hochofen ist völlig unbrauchbar, der Schaden an Material erheblich. Ein Arbeiter ist schwer verletzt.

Eine Mottensenfche

ist, wie gemeldet wird, in Granada ausgebrochen, von der 150 arme Familien befallen sind. Sieben Personen sind innerhalb der letzten 26 Stunden gestorben. Der Stadterhaltung fehlen die erforderlichen Hilfsmittel, es mangelt an Medikamenten. Man befürchtet Murren.

Eisenbahn-Unfälle.

Wie aus Breslau gemeldet wird, stieß auf dem Bahnhof Rochbern in vergangener Nacht der Güterzug Nr. 9401 mit dem einfahrenden Güterzug Nr. 9488 zusammen. Der Zugführer Sühmann ist tot, zwei Hilfsbremser schwer verletzt. Der Materialschaden ist gering; eine Verkehrsstockung ist nicht eingetreten.

London, 19. September. „Morning Leader“ meldet aus Montreal vom gestrigen Tage: Bei einem mit Schmittern besetzten Zuge der Canadian-Pacific-Eisenbahn, der nach Westen abging, versagte, als er in der Nähe von Aitida angekommen war, die Bremse. Der Zug fuhr dann einige Meilen mit großer Geschwindigkeit und stieß mit einem anderen Zuge bei Winnipeg zusammen. Die beiden ersten Wagen wurden vollständig zertrümmert, 12 Schmittler aus England wurden getötet und 10 verletzt.

Hestige Gewitter sind, wie aus Rom gemeldet wird, in Mittel- und Süditalien niedergegangen. In der Nähe von Neapel bildeten sich reißende Ströme. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt und vom Wasser mitgeführt. Bei Dittajano stürzte eine Brücke ein, wobei fünf Personen getötet wurden.

Lurin, 18. September. Das Blatt „Momento“ berichtet, daß 200 Sträflinge aus dem Zentralgefängnis ausgebrochen seien.

Eine Feuersbrunst wüthte, wie der „Dübener Volkszeitung“ aus Gydskuhnen gemeldet wird, in dem an der Grenze gelegenen Städtchen Kalwarja (Gouvernement Suwalki), das etwa 8000 jüdische Einwohner hat. Ein großer Teil der Stadt ist bereits in Asche gelegt; auch sollen einige Menschen in den Flammen umgekommen sein.

Paris, 18. September. In der Ortschaft Maje brach gestern eine Feuersbrunst aus, wodurch mehrere Fachhäuser in kurzer Zeit in Asche gelegt wurden. Drei Personen, ein Vater mit seinen beiden Kindern, kamen in den Flammen um.

Salsparino, 18. September. Der Vulkan Neillon in Chile befindet sich in voller Tätigkeit. Es hat sich ein neuer Krater gebildet.

Arbeiterlos. Auf der Zeche „Heinrich Gustav“ bei Langendreer verunglückte durch Steinerschlag ein Gesteinarbeiter. Er war sofort tot.

Paris, 18. September. In Angers wurden bei einer Grubenkatastrophe zwei Bergarbeiter getötet und drei schwer verletzt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 73-78 pr. 100 Pfd., Ia 67-72, Ia 62-66, IVa 66-60. Kalbfleisch, Doppelländer 105-115, Ia 80-92, Ia 78-85, IIIa 66-75, Hammelfleisch Ia 77-82, Ia 67-70, Schmalzschmalz 68-75, Rehhäute Ia per Pfd. 0.70-0.90, Ia 0.40-0.65, Rohschmalz Ia per Pfd. 0.45-0.57, Ia 0.25-0.40, Dammilch 0.43-0.52, Milchweine per Pfd. 0.25-0.48, Kaffeebohnen 0.00, Kaminholz per Stüd 0.50-0.95, Wäldenten Ia per Stüd 1.00-1.40, Ia 0.75, Rehhäute, junge Ia 1.07-1.30, junge Ia 0.75-1.05, alte 0.50-0.80, junge kleine 0.55-0.80, Döner, alte per Stüd 1.40-2.00, alte, Ia 1.00-1.30, junge, per Stüd 0.65-1.25, Lauben, junge, per Stüd 0.20-0.50, alte 0.00, Anten, junge per Stüd 1.10-2.25, alte per Stüd 0.00, Hamburger, junge, per Stüd 2.80-3.00, Gänse, Ia per Pfd. 0.50-0.60, Ia 0.40-0.49, Ia per Stüd 2.75-3.90, Ia 1.00-2.00, Boulets per Stüd 0.70-1.15, da klein 0.35-0.60, Rechte per 100 Pfd. 79-97, Rander 0.00, Wäldenten 136-143, viele 0.00, Waie, groß 94-98, mittel 89, klein-mittel 79-85, unfort 0.00, Wäldenten 47, Karupfen, unfortiert 0.00, Däve 69-70, Rehhäute, matt 16-21, Karupfen 65-69, Weis 0.00, Däve 47-73, matt 0.00, Amerikanischer Kohls I neuer per 100 Pfd. 110-130, da, II neuer 90-100, da, III neuer 75, Celeris 15-20, Kumpfen, pomm. I, per Schoß 9, da, pomm. II 2-3, Keler, Straie Ia 4-6, da, mittel per Riste 2-3, da, klein per Riste 0.00, Bäcklinge, per Ball Keler 3-4, Stralbrun 3-4.50, Waie, groß per Pfd. 1.10-1.50, mittelgroß 0.80-1.00, klein 0.60-0.60, Däve per Schoß 4-5, Schellfische Riste 3-4.50, da 1/2 Riste 2, Rabblau, per 100 Pfd. 15-25, Heilbutt 25, Erdbeeren, 1902er per Anker 90, 1904er 90, 1906er 85, 1906er 70, Schellfische Vollheringe 1905 0.00, large 40-44, full 38-38, med. 35-42, deutsche 37-44, Heringe, neue Waies, per 1/2, To. 60-120, Hammern, Ia, 100 Pfd. 0.00, Keler, per Schoß, große 14-15, mittel 0.00, kleine 3.50, unfortiert 4.50-5.00, Galtier, groß 0.00, Eier, Land, per Schoß 4.20-4.40, Butter per 100 Pfd. Ia 124-128, IIa 118-120, IIIa 112-118, abfallende 95-110, Saure Gurken Schoß 3.50-4.00, Pfeffergurken 3.50-4.00, Kartoffeln per 100 Pfd. Daberische 2-2.25, Kolen 1.50-1.75, neue runde 1.75-2.00, neue Blaue 2.00-2.25, Simalat p. 100 Pfd. 10-12, Karotten p. Schoßbund 1.50-2.50, Sellerie, bierige, p. Schoß 1.50-2.00, Zwiebeln 100 Pfd. 2.75-3.00, Getreide, grün, Schoß 1.00, Rohrabri p. Schoß 0.50-1.00, Reilig, bahr, p. Schoß 2.40 bis 4.80, Rindfleisch p. Schoß 0.60-0.80, Salat, p. Schoß 1.50-2.00, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 10-16, Wachsbohnen 10-20, Schoten per 100 Pfd. 15-20, Pfefferlinge per 100 Pfd. 18-20, Rohrabri per 100 Pfd. 3-4, Telfomer Röhren per 100 Pfd. 12, Blumenkohl per Wandel 1-2.50, Wirsingpohl per Schoß 4.00-5.00, Kohlschl p. Schoß 3.00-4.00, Weikohl p. Schoß 2.00 bis 5.00, Steinpilze p. 100 Pfd. 30-40, Gurken, Herbstler, Schoß 0.00-0.00, da Einlege, Schoß 1.50-2.00, da, Rostende 2.00-3.00, da, Wiegiger 3.00-4.00, da Einlege, (Zem.) 12-18, Rohrabri, Schoß 3-5.50, Komaten, bierige 100 Pfd. 2-6, Kürbis 2-5, Birnen, Ital. per 100 Pfd. 0.00, bierige 3-20, Troler 20-35, bierige 4-16, Reilig, 3-6, Keler, ungar. per 100 Pfd. 6-11, Ital. 0.00, bierige 2-9, Gravenstener 6-20, Troler 15-24, Weißheringe 0.00, Schellfische 20-22, Blauberern per 100 Pfd. 13-18, Pfannern, Ital. runde dunkle per 100 Pfd. 0.00, ungarische 0.00, bierige 2-6, Reimeclauden 0.00, Erden 10-13, Badenler 0.00, bierige 2-6, Zitronen, Messina 300 Stüd 20.00-35.00, 300 Stüd 18.00-24.00, 200 Stüd 0.00, 420 Stüd, klein 12-15, Pfirsiche, Biederliche per 100 Pfd. 10-40, frz. 0.00, Italienische Ia Riste 3.00, da, IIa Riste 1.80-2.00, da, IIIa Riste 0.00, da, in Körben per 100 Pfd. 30-43.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 14. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Opernhaus. Der Haffenschied. Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Neues Opernhaus. Geschlossen. Deutsches. Erdgeist. Wesen. Der Operndall. Vortrag. Der Troubadour. Vorstellung. Hedda Gabler. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Sherlock Holmes. Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Lumpengefindel. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rädhelmer-Theater.) Jugendliebe. Die Diensthöfen.

Neues. Eine Der Stammgast. Komische Oper. Figaros Hochzeit. Residenz. Die Hölle des Löwen. Trianon. Der Hausfreund. Lustspielhaus. Spanenliebe. Zentral. Geschlossen. Kleines. Ein idealer Gatte. Carl Weiss. Wale. Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen.

Thalia. Wenn die Bombe platzt! Saiten. Eine Nacht in Berlin. Walhalla. Spezialitäten. Metropoli. Auf ins Metropoli. Apollo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten. Kasino. Alexander der Große. Folies Caprice. Der General-Konul. Sünden der Väter. Wintergarten. Spezialitäten. Wassage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Tausendstrache 14/19. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Befehls. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn.

Berliner Theater.

Heute und folgende Tage:

Sherlock Holmes.

Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:

Eine. — Der Stammgast.

Sonnabend: Frost im Frühling. Sonntag: Eine. — Der Stammgast. Montag: Sganarell. — Der bürgerliche Edelmann.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr zum 78. Male:

Ein idealer Gatte.

Sonnabend, Sonntag, Montag: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.

Heute abend 8 Uhr:

Figaros Hochzeit.

Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag nachm.: Figaros Hochzeit. Abends: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater

Bellealliancestr. 7/8.

Freitag, den 14. Sept., 7 1/2 Uhr:

Der Troubadour.

Abonnements gültig. Sonnabend, den 15. Sept., nachm. 3 Uhr, bei sehr kl. Preisen 1. Schüler-Klassikervorstellung: Nathan der Weise.

Zentral-Theater.

(Operette). Heute: Geschlossen wegen der Generalprobe zur Noctuid 1001 Nacht.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.

Heute:

Eine Nacht in Berlin.

Anfang 8 Uhr.

Sonnabend: Ein Kind des Glücks. Sonntag nachm.: Romeo und Julia. Abends: Ein Kind des Glücks.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Spanenliebe. Gastspiel: Harry Walden.

Deutsch-Amerikanisches

THEATER, Köpenickerstr. 67-69. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp.

Im wilden Westen.

Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Ueborn großen Teich.“

Metropol-Theater

Henry Bender. Josef Giampetro. Fritz Massary.

!Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Anfang 8 Uhr. Ranchen überall gestattet.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Heute im Theater 8 Uhr:

Im Lande der Mitternachtssonne.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:

Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 R., u. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater

8 1/2 Der Affe als Jodler. Original-Dressur-Vst.

The Seldoms

Plakische Darstellungen. 1 Dame und 3 Herren. 10 Uhr! 10 Uhr!

Berlin im Omnibus.

Erste Nachmittagsvorst. Sonntag, den 15. September, nachm. 3 1/2 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Heute Freitag Anfang 8 Uhr:

Die Höhle des Löwen.

Schwanz in 3 Akten v. R. Hennequin und G. Wilhaud.

Morgen Sonnabend, den 15. Sept., zum erstenmal: Triplopatte. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132. Nur noch 4 Vorstellungen.

Adele.

Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Adele. Kleine Preise. Sonntag im Garten: Kinematographische Vorstellung. Spezialitäten u. Konzert. Anf. 4 Uhr. Entree 25 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Ill. Blumenstr. 16. Heute: Geschlossen. Sonnabend, den 15. September ex.: Eröffnung der Winter-Spielzeit!

Don Cesar.

Dir. Rob. Dill. Billets zu dieser Vorstellung sind täglich von 11 Uhr ab im Theater zu haben.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Geschlossen. Nächste Vorstellung Sonntag, den 16. September 1906.

Montag, den 17. September: Eröffnung der Winter-Saison. Die relegierten Studenten.

Auffspiel in 4 Aufzügen von Benedix. Die Vertilgung der Abonnements-plätze hat begonnen und können die Abonnementskarten im Theaterbureau von 10-11 Uhr abgeholt werden.

Passage-Theater.

Gastspiel. **Josefine Dora**

in der Komödie „Riecke“ mit dem Schlager „Emil du bist eine Pflanze“.

Außerdem 14 erstklassige Spezialitäten!

Folies Caprice

Lilienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße. Zum 14. Male: Der Generalkonsul und Die Sünden der Väter. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf b. Wertheim u. an der Theaterkasse 10-2 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhäuser Allee 148. Jeden Sonntag und Donnerstag: Konzert, Theater, Spezialitäten. Etwa 1000 Plätze. Nach der Vorstellung: Gr. Tanz. Vorstellung: S. Sachse. Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr. Donnerstag: Ehren- und Vorzugskarten gültig.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung. ♦ Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Das Lumpengefindel. Tragikomödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Frau Inger von Oestrot.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Sonntag, abends 8 Uhr: Die Ehrd.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Freitag, abends 8 Uhr: Jugendliebe. Lustspiel von Adolf Wilbrandt.

Querspiel: Die Dienstboten. Lustspiel von Robert Benedix.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Hasemanns Töchter. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Weh' dem der lügt.

Sonntag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich.

Zirkus Schumann.

Sonnabend, 15. September, 1/2 8 Uhr abends: Gala-Eröffnungs-Vorstellung.

Mr. Hendricksen mit seinen 12 Königs-Tigern direkt aus Amerika.

Direktor Alb. Schumann mit seinen neuen Schul- u. Freiheitspferden. Schulreiter Mr. Gulchinnit. Sämtliche neu engagierte Künstler.

Kassa ist geöffnet von 10 Uhr vormittags an ununterbrochen.

Sonntag, den 16. September 1906: 2 große Vorstellungen 2 Nachmittags 1/4 4 Uhr und abends 1/2 8 Uhr. 165/3*

GROSSE Dahlien-(Georginen)-Ausstellung

vom 14. bis 23. September in der Westhalle des Landes-Ausstellungsparkes

Eingänge sowohl von der Kunst-Ausstellung als auch von der Invalidenstrasse.

Eintritt 50 Pfennig

Deutsche Dahlien-Gesellschaft.

22841*

Trianon-Theater.

Zum erstenmal: Der Hausfreund. Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringergstr. 37. Täglich 8 Uhr Alexander der Große von Emil Thomas und Adolf Sellg. Vorher das Eröffnungsprogramm. Sonntag nachm. 4 Uhr: Madame Bonivard.

Rixdorfer Theater

Bergstr. 147. Leitung: Julius Türk. Eröffnungs-Vorstellung Mittwoch, den 19. Sept., 8 Uhr: Kabale und Liebe. Trauersp. in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das Riesen-September-Programm. Vondaro, Dressur. Daymiers, Akrob. Franz Gorro. Leopard Truppe. Mandita. Hee and Shoo. Carmanelli Duo solo.

8 ersikl. Nummern. 8 Der Sommerleutnant. Familienarten, zum halben Kassenpreis gültig, in Barber-, Friseur- und Biscuitergeschäften gratis zu haben.

Walhalla-Variete-Theater.

Weinbergsweg 19/20 am Rosenthaler Tor. Das erstklassige Spezialitäten-Programm. — Chevalier Thorn „Im Traumlande“.

Adele Marow, Soubr. Diva. Hauser, Humorist. 5 Germanias, Damenensemble. 4 Georgettys, Gymnastiker. Verdier, Pistonvirtuosin. Rigoletto, Gymnast. Paull, Soubrette. Almado, iker. Spiele. Honeyuckles, Jongleure. Parney u. Jenkins, Exzentriker. Vilascops. — Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Volkgarten-Theater.

Badstr. 8 (Schm. u. Belfermannstr.) Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Das neue September-Programm. Gehr. Marconi, Henry Sago, Monte Christo, der Reifenschläger; Kascha Rusalka.

's Leserte. Niederpiel in 1 Akt von J. Kneiff.

Schweizer Garten

Am Königsdor — Am Friedrichshain. 48. Sommer-Saison. Jeden Sonntag: Extravortrag neuer Spezialitäten. Ball u. Volksbelustigungen. Anfang 4 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf. In Bodenlagen ist Saal u. Garten an Vereine zu vergeben.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9. Täglich: Zwischen Himmel u. Erde. Großes Ausstattungsthd. The three Spoons. Jongleur-Vantomime. In der Küche. Spezialitäten. × Ball. Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Volks-Theater des Westens.

Spichernstr. 2, am Nürnbergerplatz. Leitung: Pepl Weh. H. Moderner Kabarett-Abend. 2 Einakter- und humor. Tell. Anfang 8 Uhr.

Sanssouci Kottbuser Straße 4a. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag. Hoffmanns World. Sänger und Tanztruppen. Neu! Der Nachtwächter. Belle. Tante Doyensrats Erben. Lustspiel. Sonntag, Montag, Donnerstag 8 U.

Buggenhagen Moritzplatz. Täglich! Gustav Gottschalk's humoristische Konzerte.

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85. Kolossaler Erfolg des sensationellen neuen September-Programms. 22 Nummern. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59 Ecke Stallschreiberstraße. Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen. Extra-Abteilung verliehen gewesener Möbel. Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

Bettfedern Deutschlands größtes Spezialgeschäft für Bettfedern m. elekt. Betriebe. Gustav Lustig BERLIN S. Prinzenstr. 46. verbindet geg. Rücknahme garantiert neu und gut erhaltene, gut füllende Bettfedern v. 2/3 R. 0.65-1.00-1.25; prima Halbdaunen R. 1.75; Gänsefedern R. 2.00; prima weiße Gänsefedern R. 2.25-3.00-3.50; 2.25, 2.50, 3.00, 3.50; 4.00, 4.50, 5.00, 5.50, 6.00, 6.50, 7.00, 7.50, 8.00, 8.50, 9.00, 9.50, 10.00, 10.50, 11.00, 11.50, 12.00, 12.50, 13.00, 13.50, 14.00, 14.50, 15.00, 15.50, 16.00, 16.50, 17.00, 17.50, 18.00, 18.50, 19.00, 19.50, 20.00, 20.50, 21.00, 21.50, 22.00, 22.50, 23.00, 23.50, 24.00, 24.50, 25.00, 25.50, 26.00, 26.50, 27.00, 27.50, 28.00, 28.50, 29.00, 29.50, 30.00, 30.50, 31.00, 31.50, 32.00, 32.50, 33.00, 33.50, 34.00, 34.50, 35.00, 35.50, 36.00, 36.50, 37.00, 37.50, 38.00, 38.50, 39.00, 39.50, 40.00, 40.50, 41.00, 41.50, 42.00, 42.50, 43.00, 43.50, 44.00, 44.50, 45.00, 45.50, 46.00, 46.50, 47.00, 47.50, 48.00, 48.50, 49.00, 49.50, 50.00, 50.50, 51.00, 51.50, 52.00, 52.50, 53.00, 53.50, 54.00, 54.50, 55.00, 55.50, 56.00, 56.50, 57.00, 57.50, 58.00, 58.50, 59.00, 59.50, 60.00, 60.50, 61.00, 61.50, 62.00, 62.50, 63.00, 63.50, 64.00, 64.50, 65.00, 65.50, 66.00, 66.50, 67.00, 67.50, 68.00, 68.50, 69.00, 69.50, 70.00, 70.50, 71.00, 71.50, 72.00, 72.50, 73.00, 73.50, 74.00, 74.50, 75.00, 75.50, 76.00, 76.50, 77.00, 77.50, 78.00, 78.50, 79.00, 79.50, 80.00, 80.50, 81.00, 81.50, 82.00, 82.50, 83.00, 83.50, 84.00, 84.50, 85.00, 85.50, 86.00, 86.50, 87.00, 87.50, 88.00, 88.50, 89.00, 89.50, 90.00, 90.50, 91.00, 91.50, 92.00, 92.50, 93.00, 93.50, 94.00, 94.50, 95.00, 95.50, 96.00, 96.50, 97.00, 97.50, 98.00, 98.50, 99.00, 99.50, 100.00.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in der Bringen-Küee aus statt.

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 8-12, 2-4.

Witwe Anna Lüdecke im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt deutlich an Die Familien Lüdecke. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, vom Gildesb.-Kirchhof in

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Der Männergesangsverein „Frohstimm“ zu Deutsch-Wilmersdorf veranstaltet am 15. September...

Friedrichshagen. Sonnabend, den 15. September, abends 9 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Seefstraße 45: Monatsversammlung des Wahlvereins...

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die vom Magistrat vorgelegte Denkschrift betreffend die Uebertragung einzelner Zweige der Wohlfahrtspolizei auf die Stadtgemeinde...

Die Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, der für das Fach- und Fortbildungsschulwesen eine besondere Leitung vorschlägt...

Ueber geschäftliche Beziehungen eines Mitgliedes der städtischen Schuldeputation zur Stadtgemeinde brachte vor kurzem...

Der Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1904/05 ist erschienen; Verfasser ist der Oberarzt Professor Dr. Arthur Hartmann...

Da die Schulärzte zu der Brancharbeit von Schuleinrichtungsgegenständen, Schulbänken, Lehrmitteln usw. vielfach Stellung zu nehmen haben...

Zu dieser anscheinend aus Konkurrenzneid gemachten Mitteilung wird von angeblich gut unterrichteter Seite bemerkt...

Herr Professor Dr. Arthur Hartmann ist kürzlich zum Leiter der Abteilung für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten...

tariums seiner Abteilung zu bestimmen. Dr. Hartmann hat dieses Instrumentarium dem Medizinischen Warenhaus in Auftrag gegeben...

Sie bemerkt dazu: Wir zweifeln nicht daran, daß Herr Professor Dr. Hartmann nach seinem besten Wissen und Gewissen dem Medizinischen Warenhaus die Aufträge erteilt...

Unsere Stellung zu dieser Angelegenheit drückt sich mit den Anschauungen, die von unseren Genossen im Rathaus stets geltend gemacht wurden...

Sozialpolitik unserer Stadtverwaltung.

Ueber dieses Kapitel wird uns aus Kreisen städtischer Arbeiter geschrieben: Nachdem in verschiedenen Verwaltungszweigen bereits Ferien für städtische Arbeiter eingeführt waren...

Magistrat. J. Nr. 1891 G.-B. I. 06.

Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 9. Januar 1904, wonach allen städtischen Arbeitern, welche sich fünf Jahre lang im städtischen Dienst befinden...

An sämtl. Verwaltungsstellen. Reide. Nach dieser Verfügung, die die Sozialpolitik unseres Magistrats so recht kennzeichnet...

Anstatt den Sommerurlaub bereits nach einem Jahre zu gewähren, wie es die Arbeiter seit Jahren fordern...

Von einer so einschneidenden Maßregel hätte unseres Erachtens im übrigen auch zuvor der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung gemacht werden müssen...

Die Ausgaben für die Sommerferien der städtischen Arbeiter sind ohnehin geringe. Auf den Gasanstalten wird durch die Ferien die Arbeit entschieden besser geregelt...

Für die Berliner Stadtverwaltung aber bleibt es ein beschämender Zustand, daß sie in puncto Sozialpolitik vielen deutschen und den meisten großen Gemeinwesen des Auslandes nachsteht.

Ueber den Stand der städtischen Bauarbeiten berichtete in der letzten Sitzung der Hochbaudeputation der Stadtbaurat Hoffmann. Danach wurden während des letzten Jahres...

das Märkische Provinzialmuseum, dessen Außere in allen Teilen vollendet ist. Ferner ist die Pflasterung und Bepflanzung des Vorgeländes mit den Zufahrten fertig. Im Innern sind alle Gasarbeiten...

Zum Schutze des Viktoria-Parks hat der Polizeipräsident von Berlin mit Zustimmung des Magistrats folgende Polizeiverordnung erlassen: In den Gebieten der Stadtgemeinde Berlin...

Das Kuratorium der städtischen Heimstätten beschäftigte sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit zwei vom Genossen Dr. Wehl gestellten Anträgen. Der erste Antrag forderte für die Heimstätten Heinersdorf und Planenburg...

Ueber das Mieselgras beklagten sich die Berliner Mollerreibeiter. Dieser Verein hat für seine Mitglieder Verträge auf Lieferung des Strofes von bestimmten Mieselgrasflächen abgeschlossen...

Das „Bahnzeit-Signal“. Die Minister Breitenbach in einem Erlasse vom 6. d. M. bemerkt, ist dem Empfänger und der Weitergabe des „Bahnzeit-Signals“ auf den Stationen nicht immer die Sorgfalt zugewendet worden, welche diese für den Eisenbahn-Betriebsdienst sowie für das gewerbliche und geschäftliche Leben wichtige Einrichtung erfordert; dies hat zu Unregelmäßigkeiten in der Bahnzeit-Uebermittlung geführt. Abgesehen von einzelnen Ausnahmefällen in den betreffenden Telegraphenleitungen ist die Ursache dieses Missetandes darin zu suchen, daß die telegraphierenden Beamten entweder die vorgeschriebenen Vorbereitungen zum Empfang des Bahnzeit-Signals überhaupt nicht getroffen oder die Apparate mangelhaft eingestellt und nicht sachgemäß behandelt haben. Dies trifft auch in den Fällen zu, in denen das Signal von Privatien mitbenutzt und von Stationen nach diesen übertragen wird. Die hierzu vorhandenen Uebertragungsrichtungen sind entweder nicht sorgfältig genug unterhalten oder nicht für die Uebertragung eingestellt worden. Der Minister nimmt daraus Anlaß, den dazu Befähigten Beamten die besondere Eingebung für diesen Zweig des Telegraphendienstes zur Pflicht zu machen und die Betriebsinspektionen daran zu erinnern, daß die Beamten bei jeder sich darbietenden Gelegenheit erneut über die sachgemäße Bedienung und Behandlung der Apparate belehrt werden.

Aufhebung eines Fernsprechamtes. Die Zahl der Fernsprechämter von Groß-Berlin wird im Laufe des Monats November um eins verringert werden. Es besteht die Absicht, das Amt Rummelsburg aufzugeben und mit dem neuen Amt 7 in der Palisadenstraße zu vereinigen. Sämtliche Anschlüsse des bisherigen Amtes Rummelsburg werden dann von dem Amt Berlin 7 hergestellt. Das Amt Rummelsburg ist verhältnismäßig klein. Nach der letzten Aufnahme zählt es 322 Anschlüsse, von denen 196 Haupt- und 126 Nebenanschlüsse sind. Der Zuwachs, den das Amt 7 dadurch erfährt, ist also verhältnismäßig gering. Auch nach der Vereinigung mit Rummelsburg wird es nicht viel mehr als 19 000 Teilnehmer, sowohl Haupt- als Nebenanschlüsse, zählen. Die Teilnehmer von Rummelsburg müssen dabei natürlich neue Nummern erhalten. Es geschieht dies voraussichtlich gleichzeitig mit dem Erscheinen des neuen Teilnehmerverzeichnis nach dem Stande Anfang Oktober, das gewöhnlich Mitte November zur Ausgabe zu gelangen pflegt. Der Vorgang, daß das Fernsprechamt eines Berliner Vororts aufgehoben und mit einem Berliner Amt vereinigt wird, ist schon einmal vorgekommen. Noch vor 10 Jahren bestand ein besonderes Fernsprechamt Schöneberg. Dies wurde damals mit dem Fernsprechamt 6 in der Lützowstraße vereinigt, so daß es im Teilnehmerverzeichnis von Groß-Berlin längst kein Schöneberg mehr gibt.

Schier unerschwinglich sind schon jetzt die Fleischpreise für die breite Masse und wieder wird eine weitere Erhöhung derselben angekündigt. In der letzten Monatsversammlung der Berliner Fleisch-Annung wurde, wie die „Allg. Fleischer-Zeitung“ meldet, folgende Erklärung angenommen: Die letzten Berliner Viehmärkte haben eine Steigerung der Viehpreise ergeben, die naturgemäß auch eine Erhöhung der Fleischpreise zur Folge haben muß. Gegenüber den ungeheuren Opfern, welche das Fleischergewerbe bisher bereits gebracht hat, ist es jetzt im Interesse der Selbsthaltung dringender erforderlich, diese Erhöhung eintreten zu lassen und die Fleischpreise den Vieheinkaufspreisen anzupassen. Da es unseren Bemühungen trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, die Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh zu erzielen, und da nach einer fast zehnjährigen Schließung der Grenzen die Landwirtschaft immer noch nicht in der Lage ist, Deutschland genügend mit Schlachtvieh zu versorgen, muß es nun Aufgabe der gesamten Bevölkerung sein, bei den möglichen Anstrengungen die Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh durchzusetzen, welche leider unter Aufrechterhaltung von Schranken unzureichenderweise noch immer verschlossen gehalten werden.“

Ein Cyber des Straßenverkehrs wurde am Mittwoch der Fischer Salbeck aus Köpenick, der sich geschäftlich in Berlin aufgehalten hatte. Er wollte gegen 6 Uhr nachmittags sich nach dem Bahnhof Börse begeben und geriet, als er in der Nähe des Haken-Marktes den Fahrdamm der Hofenhalerstraße überschreiten wollte, gegen eine Droßke. Der Fischer wurde zurückgeschleudert, fiel rückwärts zu Boden und stürzte mit dem Kopf auf die Kante der Vordachswelle, wobei er sich eine schwere Schädelverletzung zuzog. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Praterstraße gebracht und von dort nach einem Krankenhaus übergeführt.

Ein schwerer Baumfall alarmierte gestern nachmittag um 4 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Lindenallee 4. Dort wird jetzt nahe der Kleindendlerstraße ein großer Neubau ausgeführt, der schon weit vorgeschritten ist. Gestern waren auf dem Bau zahlreiche Handwerker beschäftigt, als plötzlich die Treppen einzustürzen drohten. Noch bevor die Gefahr richtig erkannt wurde, stürzten die Treppen ein und begruben mehrere Arbeiter unter sich. Die meisten kamen mit dem Schreden davon, einer wurde leicht und zwei schwer verletzt. Alle drei wurden noch vor Anbruch der Feuerwehre unter den Trümmern hervorgeholt und dann von dieser nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Der Zustand der schwerverletzten Arbeiter läßt Hoffnung auf Wiederherstellung zu. Der Bau wurde polizeilich gesperrt. Angeblich sollen die noch neuen Treppen mit Baumaterialien überlastet gewesen sein und als dann die Arbeiter mit neuen Lasten die Treppen besetzten, erfolgte der Einsturz.

Wegen Freigabe des Milchverkaufs an Sonntagen abends beabsichtigt der Verein Berliner Molkereibesitzer bei dem Polizeipräsidium vorstellig zu werden. In der von dem Verein abgehaltenen Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß die an Sonn- und Feiertagen nachmittags produzierte Milch, weil sie nicht verkauft werden dürfte, bis zum folgenden Tage an Qualität verliere und besonders in den heißen Sommermonaten leicht dem Verderben ausgesetzt sei. Von hervorragender Bedeutung aber sei die Freigabe des Milchverkaufs an Sonntagen für die Säuglingspflege, da es von außerordentlicher Wichtigkeit sei, den Kindern stets ganz frische Milch zu geben, was natürlich nicht möglich ist, wenn die Konsumenten genötigt sind, an Sonntagen schon vormittags Milchvorrat für den ganzen Tag zu kaufen.

Falsche Zwanzigmarscheine sind in letzter Zeit in den nördlichen Vororten in Umlauf gebracht worden. Ein gefährlicher Schwindler versucht die Falschfälscher dadurch an den Mann zu bringen, daß er in Geschäften Kleingeld in falschen Zwanzigmarschein in Zahlung gibt und sich mit dem herausgegebenen Gelde scheinlich entfernt. Da die falschen Scheine täuschend ähnlich nachgemacht sind, so erfahren die Geschädigten nicht zu spät, daß sie einem geriebenen Gauner in die Hände gefallen sind. Vor der Annahme der Falschfälscher mag daher dringend gewarnt sein.

Von Einbrechern heimgekehrt wurde die Familie des Schlossers Berner in der Stettinerstraße 8. Die Diebe hatten „ausbaldowert“, daß B. mit seinen Angehörigen nachmittags zu einer Randaufgabe gegangen war. Sie benutzten die günstige Gelegenheit, brachen in die Wohnung ein und raubten sämtliche Ersparnisse des Schlossers. Die Einbrecher hatten es zweifellos nur auf dieses Geld abgesehen, denn die Schmuckgegenstände ließen sie unberührt. Als die B'sche Familie spät abends von der Laube heimkehrte, mußte sie die unangenehme Entdeckung machen, daß in der Zwischenzeit „unangenehmter Besuch“ in der Wohnung arg gehaust hatte.

Aus Schwermut Selbstmord verübt hat gestern die 38 Jahre alte Ehefrau Erna Wolf aus der Bahnhofsstraße 48. Frau W. hatte gemeinsam mit ihrem Mann seit Jahren ein recht gut gehendes Wasch- und Plättgeschäft betrieben. Vor mehreren Monaten wurde der Mann plötzlich geisteskrank und mußte in der Irrenanstalt Herzberge interniert werden. Frau W., die sich in geeigneten Umständen befand, nahm sich das Schicksal ihres Ehemannes so sehr zu Herzen, daß sie sich in der Verzweiflung das Leben nahm; die unglückliche erhängte sich in ihrer Wohnung. Kurz vor der unglücklichen Tat hatte sie von ihren kleinen Kindern Abschied genommen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Der Polizeipräsident teilt mit: Am 10. d. M. wurde an der Lohstraße des Hamburger Innenbahnhofs, hinter den Säulengang 50/51, die Leiche des Gelegenheitsarbeiters Ernst Köllner, 20. 3. 65 aus Dittersbach, Kr. Löbau, geboren, welche einige Tage im Wasser gelegen hat, aus dem Spandauer Schiffahrtskanal geborgen; die Leiche befindet sich im Leichenschauhaus. Einmalige Angehörige, welche bisher nicht zu ermitteln waren, mögen sich an das Leichenschauhaus oder die Kriminalpolizei zu Nr. 7677 IV. 60/06 wenden.

„In Freien Stunden“. Von dieser illustrierten Wochenschrift, die in Heften zu je 10 Pf. (14 Heller in Oesterreich) erscheint, liegt der 1. Band des Jahrganges 1906 nunmehr gebunden vor. Aus dem Inhalt nennen wir: „Der verlorene Sohn“, Roman von Hall Gaine. — „Der Mächling“, Novelle von Rorich Hartmann. — „Zum Heibergwerk verurteilt“, Briefe von Wosjisi Jakszjakow. — „Die Kaxenburg“, Erzählung von Albrecht Stifter. Ein „Kleines Heftchen“ sorgt daneben für unterhaltende und belehrende Notizen.

Der Band kostet elegant in Leinen gebunden 3,50 M., in Halbfranz-Einband 4 M.

Wir empfehlen den Band jedem Liebhaber guter Unterhaltungsliteratur, besonders machen wir Arbeiter-, Gewerkschafts- und sonstige Bibliotheken darauf aufmerksam.

Die Parteitagliste Nr. 1051 zum Mannheimer Parteitag ist verloren gegangen. Auf derselben waren 5,70 M. gezeichnet. Es wird gebeten, dieselbe eventuell anzuhalten und an H. Simon, Mannheimer No. IV abzugeben.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam in der Admiralstraße 25 durch Unvorsichtigkeit ein Feuer aus, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Gleichzeitig mußte in der Tiedstr. 10 ein Brand gelöscht werden, der in einem Schuppen ausgebrochen war und an Kohlen reiche Nahrung gefunden hatte. In der Tornborferstraße 31 brannten in einem Keller Pechkloßen u. a. und in der Behmstraße ohne Nummer Feuer auf einem Lagerplatz. Ferner liefen noch Alarmer aus der Schulstr. 7, Friedelstr. 34 und vom Waidhagenstr. ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Zum ordentlichen Vordenburgischen Städtetag am 24. und 25. dieses Monats in Kärnten wurde unter anderem Stadtverordneter Dr. Vorchardt delegiert. Eine Magistratsvorlage betreffend Gewährung einer Beihilfe an den Verein zur Fürsorge für die weibliche Jugend zugunsten des Erholungsheims in Havelberg lehnte die Versammlung mit der Begründung ab, daß keine genügende Sicherheit dafür gegeben sei, daß die Angehörigen aller Konfessionen in gleicher Weise in dem Erholungsheim berücksichtigt werden. Eine Reihe von Staatsüberschreitungen sowie die Vorlage, betreffend Anlage einer maschinellen Kohlentransport-Einrichtung auf Gasanstalt II wurde debattelos genehmigt. Eine kurze Diskussion rief die Mitteilung des Magistrats betreffend die Teuerungszulage hervor. Bekanntlich ist in der gemeinschaftlichen Kommission kein Einverständnis erzielt worden. Alle Redner geben dem Bedauern darüber Ausdruck. Von Bedeutung war die Erklärung des Oberbürgermeisters Schussehrus, der die Kostlage zugab und sich im Prinzip für eine Befreiung der größten Härten bereit erklärte. Ein sozialdemokratischer Antrag auf sofortige Revision des Normaltarifs wird in der nächsten Sitzung zur Beratung kommen.

Ein Antrag auf Einrichtung eines Stadtschulbuchs wurde abgelehnt, eine Reihe von Magistratsvorlagen, darunter die betr. die Errichtung von Arbeitsstunden für Kinder der Gemeindeschulen während der Wintermonate gelangten zur Annahme. Die Einsprüche gegen die Nichtigkeit der Wählerliste wurden dem Ausschuss zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen überwiesen.

In der geheimen Sitzung beschäftigten sich die Stadtverordneten hauptsächlich mit dem Vergleichsvorschläge mit den Charlottenburger Wasserwerken. Nach Vorprüfung durch einen Ausschuss wird die Angelegenheit in einer außerordentlichen Sitzung erledigt werden.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion ist ein Antrag und eine Interpellation eingebracht, die voraussichtlich in der nächsten Sitzung beraten werden. Der Antrag wünscht, daß Techniker und Hygieniker mit der Wohnungsinpektion betraut werden sollen. Die Interpellation bezieht sich auf den Verfall von Schiller-Theaters.

Schöneberg.

Die Wahl von sechs Stadträten wird in der am Montag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung vorgenommen werden und zwar abends um 7 Uhr. Außer dem Herrn Lemor, der bereits am 1. Juli d. J. seine Tätigkeit im Magistratskollegium aufgegeben hat, scheiden mit dem 31. März n. J. aus die Herren Nordhausen, Staub, Leonhard, Kosch und Käther. Die drei letzteren gehören dem Magistratskollegium schon seit der Stadtverordnetenwahl an. Herr Stadtrat Käther, der bisher dem Armenwesen vorstand, hat eine Wiederwahl abgelehnt.

Die Beschlüsse der städtischen Vollversammlung ist von jetzt ab auch wieder an den Sonntagen von 3—4 Uhr nachmittags geöffnet. Dieselbe befindet sich Eisenacherstr. 76 und ist die Benutzung für jedermann unentgeltlich.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung ist nunmehr vom Kaiser genehmigt. Damit ist das 75 000 Einwohner zählende Dorf mit seinem schon längst angenommenen städtischen Charakter in die Reihe der deutschen Städte aufgenommen. Während Wilmerdorf erst am 1. April 1907 aus dem Kreisverbande ausscheidet, sollen die Stadtverordnetenwahlen bereits im November stattfinden.

Bei seinem Ausscheiden aus dem Kreisverbande erhält Wilmerdorf 25 Prozent des vorhandenen Aktivvermögens des Kreises und beteiligt sich dafür mit dem gleichen Prozentsatz an der Tilgung und Verzinsung der Kreisguthaben. Auch muß Wilmerdorf bis zum Jahre 1913 bis zu 25 Prozent, bis 1920 zu 18 1/2 Prozent und bis 1925 zu 12 1/2 Prozent die Unterhaltung der bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Kreise erbauten Verkehrsanlagen tragen helfen. Die Unterhaltungskosten der Kreiskrankenhäuser bis zur Fertigstellung von 550 Betten läßt es bis zu einem Betrage, der 130 Betten entspricht, tragen. Es hat dafür freilich das Recht, in Vorkasse und Preis, den beiden Kreiskrankenhäusern, dauernd 130 Betten zu beanspruchen.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorsteherung. Vom Vorsteher wird mitgeteilt, daß die Regierung dem einstimmigen Beschlüsse der Vertretung auf Vermehrung der Zahl der Vertreter ihre Zustimmung verweigert habe; er empfiehlt, vor den Erbhöflichen im Jahre 1908 diesen Antrag zu erneuern. Zu den Baukosten der Kreisbrücke sind nachträglich seitens der A. E. G. 6000 M. gestiftet worden. Einer Einladung zum Städtetag wird Folge gegeben und mit der Vertretung der Gemeindevorsteher betraut. Zu der Vorlage: Beitritt zum Waldschutzbund wird beschlossen, besagtem Verein vorläufig eine einmalige Zuwendung von 50 M. zu machen, im übrigen aber zur Selbsthilfe zu greifen und 1000 M. bereitzustellen zu dem Zweck, den angrenzenden Wald rein zu halten. Bei dieser Frage beantragt Genosse Grunow, in Anbetracht der zunehmenden Vernichtung des Waldes geeignete Spielplätze für Kinder herzurichten. Beschlossen wird, einen, im neuen Ortsteil hinter der Edisonstraße der Gemeinde zugewiesenen Krankenhospital zu diesem Zweck anzupflanzen und zu umzäunen. — Vom neuen Gemeindebauamt sind zwei Projekte für Umgestaltung der Wilhelmshofstraße aufgestellt, die einen Kostenaufwand von 270 000 und 330 000 M. erfordern. Beschlüsse werden

von ihm eine vorläufige Umgestaltung. Genosse Grunow trat dem Gedanken solcher Arbeit entgegen und kritisierte bei dieser Gelegenheit die Rücksichtslosigkeit der Straßenbahngesellschaft, wobei er ein energisches Eingreifen der Behörde forderte. — In die Baukommission wurden gewählt die Vertreter Peierls, Hegewaldt, Lehmann, Hertwig, Wyrzid. Genosse Grunow lehnte eine Wahl ab. In Zukunft gehört nach dem neuen Ortschaftstatut dem Schulvorstand neben dem evangelischen — auch der katholische Geistliche an. (Welcher Fortschritt für die aufblühende Gemeinde.) Anlässlich eines Berichtes über drohende Baukostenübersteigerungen beim Bau der dritten Schule beantragt Vertreter Kollenberg eine geheime Sitzung. In derselben werden vom Vortrat diese Gerüchte als nicht zutreffend bezeichnet, wenn von einigen Mehrkosten nach Änderungen im Projekt abgesehen würde. Unsere Genossen erhoben Protest dagegen, daß die Baukommission selbstständig solche Änderungen anordnen. Beschlossen wird, der nächsten Sitzung eine genaue Kostenrechnung des Baues vorzulegen und das Ergebnis der geheimen Sitzung zu veröffentlichen. — Bei dem auf der Gemeindeflächenanlage errichteten neuen Markturm sind die Fundamentmauern eingestürzt. Nach einem Gutachten soll eine Erneuerung möglich sein und muß der Unternehmer dieselben herstellen.

Spandau.

In geradezu auffälliger Weise mehren sich die Unfälle bei der Firma Orenstein u. Koppel. Vor einigen Tagen, als mit einer neu erbauten Feldbahn Fahrversuche angestellt wurden, ist ein Arbeiter gegen den Pressbock geschleudert worden, wobei er schwere Kontusionen am rechten Bein erlitt. Es wäre sehr erwünscht, wenn über die Ursachen der in letzter Zeit erfolgten Unfälle einmal nähere Untersuchungen angestellt würden.

Ein wahrer Auswandererort russischer Emigranten ist der eine halbe Stunde von Spandau entfernt liegende Bahnhof Rudow. Täglich zeigt sich hier ein Bild des Elends und der Folterhaftung russischer Barbarei. An 2000 Personen treffen täglich aus dem Reiche Väterdorns ein, um von hier ihre Reise fortsetzend sich jenseits des großen Wassers eine neue Heimat zu suchen. Im Sonderzuge werden sie von hier nach den Hafentädten befördert. Nur allzu oft sind es Familien, deren Ernährer im Strudel der Revolution verschwunden ist. Auf's Geratewohl geht's nun in die unbekannte Ferne, ihre Habe am Ort schmuckvoller Barbarei im Stich lassend. Wilde größter Sympathie begleiten sie auf ihrer Reise.

Mit der Lokalfrage beschäftigte sich am Dienstag in dem erst der Partei freigegebenen Lokal von Vorchardt, Seeburgerstr. 20, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Genosse Linz vertrat sich in längeren Ausführungen über dieselbe und rügte namentlich das pflichtwidrige Verhalten eines Teiles der gemeinschaftlich organisierten Arbeiter in der Beachtung und Befolgung der Lokalfeste. Nach langer Debatte, in der namentlich Genosse Scholz den Standpunkt vertrat, daß man beim Sperren von Lokalen zunächst erst das von den Arbeitern am meisten Besuchte herausgreifen möge, wurde folgende von Linz gestellte Resolution mit großer Majorität angenommen:

Angefaßt der kommenden Reichstagswahl ist es die vornehmste Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Lokalfeste genau zu beachten, ganz besonders ist das Lokal „Roter Adler“ auch bei Theater, Konzerten und sonstigen Vergnügungen zu meiden. Ferner erklärt die heutige Generalversammlung, in den Gewerkschaftskreisen energisch für eine wirksamere Lokalsperre einzutreten und des weiteren dafür zu sorgen, daß nur in den Gastwirtschaften verkehrt wird, wo die Arbeiterpresse ausliegt.

Angenommen wurde auch ein Vorschlag von Holz, die Lokalkommission um vier Mitglieder zu verstärken. Die Wahl entfiel auf die Genossen Holz, Rührmund, Strauß und Vestin. Die Abrechnung über die am 12. August abgehaltene Parteifeier zeigt eine Einnahme von 686,85 M. und eine Ausgabe von 799,81 M.; es ist somit ein Defizit von 106,96 M. entstanden. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde die Versammlung auf Dienstag, den 18. September, vertagt. Diese Versammlung findet im „Fürstendof“ bei Schwabe, Seegfelderstraße, statt. Zur Verhandlung stehen die unerledigten Punkte: Bericht von der Kreis-Generalversammlung und Bericht von der Provinzialkonferenz.

In der Generalversammlung wurde wohl aus Versehen ein Schirm mitgenommen; derselbe ist abzugeben beim Genossen Vechend, Meyerstr. 18, Quergebäude.

Potsdam.

Die letzte diesjährige Schwurgerichtsperiode am hiesigen Landgericht soll am 8. Oktober beginnen. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Geher führen. Voraussichtlich werden acht Sitzungstage notwendig sein. Die Auslösung der hierfür nötigen dreißig Geschworenen hat bereits stattgefunden.

Die Allgemeine Automobil-Omnibusgesellschaft (G. m. b. H.) ist jetzt als Konkurrenzunternehmen gegen die hiesige Straßenbahn gegründet worden. Die neue Verkehrs-gesellschaft ist mit einem Grundkapital von 60 000 M. ins Handelsregister eingetragen. Ihr Zweck ist die Automobilverbindung innerhalb der Stadt sowohl wie mit den Vororten. Namentlich wird sie sich die notwendige Verbindung nach den Friedhöfen und Rowaves-Reuendorf, ferner nach Redlich und Wildpark angehen lassen, da an eine Ausdehnung unseres städtischen Straßenbahnnetzes nach diesen Orten vorläufig nicht zu denken ist. Der private Unternehmungsgeist muß also wieder einmal im allgemeinen Interesse da einspringen, wo die kommunale Verkehrs-politik vollständig versagt.

Die Wiedereröffnung des Stadtparlaments findet am heutigen Freitag statt. Große Aufgaben harren der Erledigung. Wenn ihre Veranlagung nicht chronisch werden soll, dann muß hier endlich einmal das bisherige „gemüthliche“ Herdehantempe verlassen werden. Leider gibt der Stand der Straßenbahnangelegenheit hierzu wenig Hoffnung. Still und friedlich wie das an verletzter Stelle liegende „Baubureau der Straßenbahn“ scheint ihre Umwandlung zum elektrischen Betriebe zu ruhen. Nur nicht zu schnell vorwärts! Das scheint hier allenthalben die Lösung des öffentlichen Lebens zu sein.

Die erste Sitzung nach den Ferien bringt den hiesigen „Stadtvätern“ eine Tagesordnung von 23 Punkten zur Erledigung. Davon interessieren besonders der Bericht über getroffene Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose, ferner die Genehmigung des Bauprojektes und Kostenschlages für den Umbau der Irrenstation im städtischen Krankenhaus sowie die „Erhöhung des Grundgehaltes der technischen Beamten“. Von prinzipieller Bedeutung ist noch der Antrag auf Anstellung von Schulärzten und Bewilligung der erforderlichen Geldmittel.

Witterungsbericht vom 13. September 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Schwabmünde	766,0	3	heiter	10	Damparanda	770,0	3	heiter	10		
Hamburg	768,0	2	Regen	10	Petersburg	775,0	3	Regel	7		
Berlin	763,0	3	heiter	11	Scilly	761,0	3	bedeckt	16		
Kranf.a.M.	766,0	2	bedeckt	9	Aberdeen	758,0	3	bedeckt	13		
Bränchen	766,0	3	bedeckt	8	Berlin	766,0	3	bedeckt	7		
Wien	761,0	5	wolkig	11							

Wetter-Prognose für Freitag, den 14. September 1906. Wohl und vorwiegend kühe mit Regenfällen und ziemlich starkem nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau. Sturmwarnung.

Wegen eines in Oesterreich-Ungarn befindlichen barometrischen Minimums, das mit starken nördlichen Winden nordwestwärts vorzurücken scheint, ist heute vormittag der östliche Teil der Dänische Inseln von Komet bis Darß-Zingst seitens der Seewärte gewarnt worden.